

DIE FRATZE DER AGGRESSION

Die Welt sieht erneut die Fratze eines Aggressionskrieges — nicht auf Stabskarten mit den Pfeilen von Militäroperationen, sondern in der dramatischen Wirklichkeit: auf dem glühenden Strand des Mittelmeers, wo Durst und Hunger für die Palästinenser und Libanesen, die dorthin getrieben werden, besonders qualvoll sind; in Saida, das auf Begins Befehl ausgelöscht worden ist; in den ausgebrannten Fenstern der zerstörten Hochhäuser von Beirut. All diese unheilvollen Bilder lassen an die Ereignisse von vor 40 Jahren zurückdenken. Besonders suggestiv sind wohl die Militärstreifen, die Kolonnen von Verhafteten und die drohenden Bekanntmachungen an den Häusermauern in den okkupierten Siedlungen Südlibanons. Was soll man erst von den weißen Kreuzen sagen, die die Okkupanten auf der Kleidung der palästinensischen Flüchtlinge sehen wollen? Diesen Unglücklichen wird eindeutig das gleiche Los bereitet, wie den Millionen mit dem gelben Davidstern, die von den Faschisten vor vier Jahrzehnten vernichtet wurden.

Auf diese Weise agieren heute die Machthaber eines Staates, der ja von der internationalen Gemeinschaft für die Juden, die der Hitlerfaschismus ausrotten wollte, ins Leben gerufen wurde. Nicht von ungefähr nannte der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, auf alle diplomatische Höflichkeit verzichtend, die Regierung Israels halbfaschistisch. Was ist das, ein Paradoxon der Geschichte? Wenn es auch ein tragisches Paradoxon ist, so entspringt es der klassengebundenen Politik und Ideologie des Imperialismus, mit dem der Zionismus aufs engste verbunden ist. Chauvinismus und religiöse Intoleranz, Drang nach endloser Ausbreitung des eigenen „Lebensraums“ und primitiv militaristisches Herangehen an politische Probleme: Das zeichnet die Denk- und Handlungsweise der zionistischen Machthaber Israels aus.

All das wird bei ihnen von ihrem Seniorpartner kultiviert. Objektive Beobachter haben natürlich bemerkt, daß die bourgeoise US-Presse absolut gleichgültig der Vernichtung

von vielen Tausenden Palästinensern und Libanesen gegenübersteht. Eine solche Haltung ist in ihrer Art logisch: Für den Imperialismus waren unschuldige Menschen mit ihren Qualen und Leiden stets nur Mittel zum Zweck. Denken wir doch daran, wie grausam — und wie erfolglos! — sie Vietnam „in die Steinzeit zurückbomben“ wollten. Denken wir daran, wie das ausging: Das ist besonders angebracht jetzt, da Pläne bestehen, die arabische Welt erneut ins Joch zu zwingen, das nationale Selbstbewußtsein nicht nur der Araber, sondern auch der anderen schon freien oder um ihre Freiheit noch kämpfenden Völker zu untergraben und ihnen angst vor dem kolonialen Aufseher zu machen. Vor allem aber hofft die Reagan-Administration, daß die israelischen Militaristen den Weg für die US-Truppen ebnen, die sich darauf vorbereiten, nach Libanon zu gehen, etwa unter der Flagge der „multinationalen Kräfte“ wie schon auf Sinai. Auf diese Pläne verwies die Sowjetregierung in ihrer Erklärung vom 14. Juni, worin es u. a. heißt, daß der Nahe Osten in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenzen liegt und daß folglich die dortige Entwicklung uns unmittelbar angeht. Hinzu kommt, daß diese Region für das Pentagon ein potentieller Kriegsschauplatz in dem globalen Krieg ist, den es vorbereitet. Inzwischen ist es ein Übungsplatz, auf dem die Schemata der aggressiven Strategie sowie die neuesten Waffen, die die USA Israel liefern, getestet werden.

Nun, zumindest ein Ergebnis der Tests ist schon klar. Wer diese Schemata befolgt und diese Waffen (z. B. Kassetten- und Kugelbomben) anwendet, macht keinen Unterschied zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung. Beim Anblick der Opfer dieser Bomben empfinden die Menschen beinahe körperlich, welch ein Inferno der moderne Krieg ist, der in seiner nuklearen und also globalen Variante natürlich noch unvorstellbar verheerender wäre.

Die Entwicklung im Nahen Osten läßt viele Schlüsse ziehen. Die Aggressoren und ihre Hintermänner wollten den Willen der arabischen Völker lähmen, haben aber das Gegenteil bewirkt. Davon zeugen z. B. die Massendemonstrationen in Ägypten gegen die Camp-David-Abmachung, Demonstrationen, die sich nicht so leicht sprengen ließen. Nicht nur die arabischen Völker sehen heute noch klarer, welche Gefahren die Politik des Imperialismus und seiner Handlanger in sich birgt. Gefahren, die keineswegs abstrakt, sondern konkret und sichtbar sind. Im Nahen Osten wurde gleichsam das Tarnnetz gelüftet, mit dem die Friedensfeinde die von ihnen ausgehende Gefahr für die Menschheit maskieren wollten. Es ist deshalb gesetzmäßig, daß sich gegen die vom Imperialismus hervorgebrachte Kriegsgefahr und forcierte Aufrüstung neue Millionen Menschen auf allen Kontinenten erheben.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 26 JUNI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktsionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Fratze der Aggression	1
An die zweite Sondertagung der UNO-Vollversammlung	5
J. Gudkow — Zwei Positionen	6
M. Al-Shaer: Der Kampf geht weiter (Interview)	8
W. Sagladin — Aufruf zum Handeln	9
M. Saripow — Mauritius. Erfolg der Linken	11
V. Sowetow — Namibia. Gegen den Volkswillen	12
W. Larin — Großbritannien. Thatcherismus: Zweite Phase	12
W. Kusnezow — NATO. Krise der Krisenstrategie	14
Notizen ◆ Glossen	16
M. Tscheroussow — Amerikanische Illusionen	18
S. Goljakow — UdSSR—Finnland. Vertrauen	20
E. Kowaljow — Mit Liebe zu Spanien (Das politische Buch)	23
V. Swetow — Polen. Zielona Gorá '82	23
B. Pistschik — Autonom, sozialistisch	24
B. Assojan — Afrika. Strippenzieher der Zwistigkeiten	26
F. Wolkow — „Dora“ meldet (Dokumentarbericht)	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der 26. Juni ist der Tag der Freiheit Südafrikas. Die zunehmenden Repressalien der Rassisten in der RSA werden von einer Verstärkung der Widerstandsbewegung beantwortet. Die Solidaritätsorganisation der Völker Asiens und Afrikas verkündete das Jahr 1982 gemeinsam mit dem Afrikanischen Nationalkongress Südafrikas zum Jahr der Aktionseinheit an allen Fronten des politischen und bewaffneten Kampfes gegen die Apartheid, der von den Fortschrittskräften der Welt unterstützt wird.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadji. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadji, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

In einer am 19. Juni veröffentlichten Mitteilung heißt es, das Politbüro des ZK der KPdSU und der UdSSR-Ministerrat haben den Rechenschaftsbericht der sowjetischen Delegation unter Nikolai Tichonow über die Ergebnisse der 36. RGW-Ratstagung vom 8. bis 10. Juni in Budapest gehörte. Das Politbüro des ZK der KPdSU und der UdSSR-Ministerrat billigten die Tätigkeit der UdSSR-Delegation und beauftragten die zuständigen sowjetischen Organe, Maßnahmen zur strikten Einhaltung der aus den Beschlüssen der Tagung herrührenden Verpflichtungen der Sowjetunion auszuarbeiten und durchzusetzen.

Am 18. Juni wurde der 100. Geburtstag des hervorragenden Mannes der bulgarischen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, Georgi Dimitroffs, begangen. Am 17. Juni fand dazu eine Versammlung von Vertretern der Öffentlichkeit in Moskau statt, auf der der Sekretär des ZK der KPdSU Russakow das Referat „Georgi Dimitroff — hervorragender Kämpfer für Frieden und Sozialismus“ hielt. Gleichentags schloß in Sofia die internationale theoretische Konferenz „Die Sache Georgi Dimitroffs und unsere Gegenwart“. Der Delegationschef der KPdSU Ponomarjow hielt dort das Referat „Georgi Dimitroff und die Gegenwart“. Das Schlubwort sprach Todor Shiwkow. Anlässlich des 100. Geburtstags Dimitroffs wurden am 18. Juni in Sofia Kränze an seinem Mausoleum niedergelegt. Gleichentags gab es in Sofia eine Festsetzung, auf der Todor Shiwkow und Boris Ponomarjow das Wort ergriffen (s. S. 9).

Am 21. Juni traf das Mitglied des Politbüros des ZK der Bulgarischen KP und Vorsitzender des Ministerrats der VR Bulgarien Grischa Filipow zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR ein. Am 21. Juni wurden Verhandlungen zwischen Nikolai Tichonow und Filipow aufgenommen, am 22. Juni wurde der Gast von Leonid Breschnew empfangen.

Am 19. Juni traf in der UdSSR eine Delegation der Portugiesischen KP unter ihrem Generalsekretär Alvaro Cunhal ein. Am 21. Juni traf Cunhal mit Leonid Breschnew zusammen, der in diesem Gespräch die Weltlage als alarmierend beurteilte. Quelle der zunehmenden Spannungen sei vor allem die Politik der USA. Namens der KPdSU und der PKP verurteilten Breschnew und Cunhal den Überfall Israels auf Libanon. Sie bekundeten die Solidarität ihrer Parteien mit der gerechten Sache des arabischen Volkes von Palästina.



Am 20. Juni fanden in der Sowjetunion Wahlen in die örtlichen Sowjets und in die Volksgerichte statt. Unsere Bilder: Leonid Breschnew bei der Stimmabgabe; ein Wahllokal in der Hauptstadt

Fotos: TASS und W. Panow



■ Am 17. Juni empfing Nikolai Tichonow den Kandidaten des Politbüros des ZK der SED und stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden der DDR Gerhard Schürer, mit dem er die weitere Entwicklung der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR besprach.

■ In New York dauert die 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO an. Die Sowjetunion legte der Tagung ein Memorandum „Die zunehmende nukleare Bedrohung verhüten, das Wettrüsten zügeln“ und den Entwurf „Hauptpunkte einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen sowie über ihre Vernichtung“ vor (s. S. 6).

■ Am 18. Juni traf Andrej Gromyko in New York mit US-Außenminister Alexander Haig zusammen. Gromyko bewarbte den außenpolitischen Kurs der USA prinzipiell als den Interessen des Friedens und der Festigung der Welt sicherheit zuwiderlaufend. Gleichzeitig betonte Gromyko, die Sowjetunion ihrerseits trete dafür ein, geduldig, Schritt für Schritt die Gesundung des politischen Klimas in den Beziehungen zwischen unseren Ländern, die Regelung aktueller Probleme, vor allem in unmittelbar die Fragen Krieg und Frieden berührenden Bereichen, anzustreben. Am 19. Juni nahm in einem zweiten Gespräch zwischen Gromyko und Haig die gefährliche Lage im Nahen

Osten infolge der erneuten Aggression Israels wesentlichen Raum ein. Sowjetischerseits wurde auf die Verantwortung hingewiesen, die die USA für das aggressive Vorgehen Israels tragen, und die Forderung nach dem sofortigen und bedingungslosen Abzug der israelischen Truppen aus Libanon untermauert.

■ Am 20. Juni traf das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP Belorusslands Kisseljow mit einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Brasilien ein.

■ Am 17. Juni wurde der Vorsitzende der Libanesischen KP Nicolas Chaoui 70 Jahre alt. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh dem Jubilar den Orden der Oktoberrevolution.

■ Namhafte sowjetische Wissenschaftler und Kulturschaffende wandten sich an ihre Kollegen in der ganzen Welt sowie an alle Gutgewillten, ihre Stimme für die Opfer der israelischen Aggression in Libanon zu erheben und die sofortige Beendigung der Intervention sowie den bedingungslosen Abzug der Okkupanten aus Libanon zu fordern.

■ In Libanon dauert die israelische Aggression an. In einer Botschaft des PLO-Chefs Yasser Arafat an den UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar

heißt es, bei der Invasion habe es mehr als 30 000 Tote und Verwundete gegeben, 10 000 Menschen seien vermisst und 800 000 obdachlos. Arafat appelliert an die UNO, unverzüglich eine Kommission auf höchster Ebene zur Untersuchung der Verbrechen des Aggressors zu entsenden. Der UNO-Sicherheitsrat äußerte am 19. Juni tiefe Beunruhigung über die Leiden der libanesischen und palästinensischen Zivilbevölkerung und rief die Konflikts Seiten auf, die Rechte der Zivilbevölkerung zu achten, sich jeglicher Gewaltakte gegenüber dieser Bevölkerung zu enthalten und alle zur Erleichterung der Leiden nötige Maßnahmen zu ergreifen. Der Sicherheitsrat faßte eine Resolution über die Verlängerung des Mandats der UNO-Friedenstruppe in Libanon auf zwei Monate. Die Sowjetunion enthielt sich dabei der Stimme. Die patriotischen Kräfte leisten dem Aggressor weiterhin heldenhaften Widerstand (s. S. 8).

■ Am Morgen des 21. Juni beschossen israelische Truppen die westlichen Bezirke von Beirut, darunter den Bezirk in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Botschaft. Einschläge auf dem Gelände der Botschaft fügten ihr materiellen Schaden zu.

■ Am 16. Juni begannen im Genfer Palast der Nationen afghanisch-pakistanische Verhandlungen unter Vermittlung des Beauftragten des UNO-Generalsekretärs, Diego Cordovez. Die afghanische Delegation wird vom Außenminister der DRA Dost, die pakistanische vom Außenminister Pakistans Ali Khan geleitet.

■ Am 20. Juni beteiligten sich in Paris über 250 000 Personen an einem landesweiten Friedensmarsch. Dem Aufruf

von 80 Organisationen unterschiedlicher Tendenzen und Anschauungen folgend, waren Vertreter aller Departments in die Hauptstadt gekommen.



Am 20. Juni begann in Moskau der IX. Weltkongress für Kardiologie, dem Leonid Breshnew eine Grüßbotschaft übersandte, in der es heißt, es sei die Pflicht jedes klgenden Menschen auf der Erde, die nukleare Katastrophe abzuwenden. In allen Teilen der Welt trafen die Ärzte immer aktiver und organisierter für die Verhinderung eines nuklearen Krieges auf. „Ich bin sicher“, erklärte Breshnew, „daß die Mitarbeiter des Gesundheitswesens ihren würdigen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern leisten werden.“ *Unser Bild: Eröffnung im Kongresspalast des Kreml*

Foto: TASS

Nach Meldungen aus Buenos Aires vom 18. Juni wurde auf den Malvinen die Feuereinstellung beschlossen. Vorgesehen ist die Evakuierung der argentinischen Truppen von den Malvinen, die Übergabe der Pläne verminter Bezirke an die Briten, um diese Bezirke minnenfrei zu machen, die Bildung einer britisch-argentinischen Kommission zur Ablösung der Verwaltung auf den Inseln. Die britischen Okkupationstruppen sind mit Hubschraubern auf der Insel Southern Thale gelandet, die zur Gruppe der Südlichen Sandwich-Inseln, einem Teil der Falklands (Malvinas), gehören. Offiziell wurde bekanntgegeben, Generalleutnant Galtieri sei von seinem Amt als Präsident und Oberkommandierender des argentinischen Heeres zurückgetreten. Provisorischer Präsident wird Innenminister General Saint Jean, Heereschef Divisionsgeneral Nicolaides. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des UNO-Sicherheitsrats heißt es, Argentinien werde sich nicht mit der Verewigung der Kolonialherrschaft im Südatlantik abfinden. Die endgültige Lösung des Konflikts könnte nur durch

Verhandlungen unter UNO-Schirmherrschaft erzielt werden, die zur Beseitigung der illegalen Kolonialherrschaft Großbritanniens führen müßten.

■ Am 15. Juni wurden in Indonesien die Wahlergebnisse vom 4. Mai bekanntgegeben. Die regierende Golkar-Gruppierung erhielt 246 Mandate, die moslemische Partei der Einheit und Entwicklung 94 und die Demokratische Partei Indonesiens 24 Mandate. Die restlichen 96 Parlamentssitze werden den bestehenden Regeln nach mit vom Präsidenten ernannten Abgeordneten besetzt.

■ Am 16. Juni endete in Singapur die jährliche Außenministerkonferenz der ASEAN-Länder Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und Philippinen.

■ US-Präsident Reagan gab den Beschuß bekannt, das Ende v. J. verhängte Lieferverbot für Erdöl- und Gasausrüstungen an die Sowjetunion zu verlängern und wesentlich auszudehnen. Während bisher nur Erzeugnisse von US-Firmen unter das Verbot fielen, erstreckt es sich jetzt auch auf Erzeugnisse ausländischer Tochtergesellschaften der USA sowie auf ausländische Firmen, die derartige Ausführungen auf US-Lizenz herstellen.

■ Irak gab seinen Truppenabzug von dem während des iranisch-irakischen Konflikts besetzten Territorium Irans bekannt.

■ Die Regierung Kolumbiens hob den seit 34 Jahren mit kurzen Unterbrechungen bestehenden Ausnahmezustand auf.



Dieses Foto entstand in der Nähe von Miami (US-Staat Florida) in einem Ausbildungslager für Terroristengruppen, die in Nikaragua eingesetzt werden sollen. Die Banditen werden von der CIA aus konterrevolutionären Emigranten Kubas, ehemaligen Somoz-Gardisten und „Green Barrels“, die an der US-Aggression gegen Vietnam teilnahmen, angeworben

Foto aus: „Cambio-16“ (Spanien)

Außerordentlich empört bin ich über die Aggression, die Israel mit Unterstützung der USA gegen das souveräne Libanon entfesselt hat. Erneute Blutvergießen. Friedliche Bürger Libanons und palästinensisches Flüchtlings kommen um. Eine entsetzliche Aggression, während in New York die 2. Abrüstungssondertagung der UNO stattfindet, in die die Menschheit große Hoffnungen setzt.

T. FAISULIN
Gebiet Tscheljabinsk,
RSFSR

Der parasitäre Charakter des Kapitalismus findet seinen höchsten Ausdruck im Wettrüsten. Immer höhere Anteile des von den Werktagen erarbeiteten Landeshaushalts werden für den Unterhalt riesiger Armeen, die Herstellung schrecklicher Waffenarten, die Vorbereitung und Führung imperialistischer Kriege ausgegeben, in denen viele Menschen ihr Leben lassen müssen. Die Kriegsbrandstifter der NATO, des Militär-Industrie-Komplexes der USA und alle politischen Abenteurer müssen bekämpft werden. Man darf nicht zulassen, daß die Welt an einen Abgrund gerät. Die Demonstrationen in ganz Europa und auf anderen Kontinenten sind die entschlossene Antwort der Öffentlichkeit auf die wahnsinnige und aggressive Politik des Imperialismus. Die internationale Lage verursacht tiefe Besorgnis. Wir alle sollten die Friedensvorschläge der Sowjetunion unterstützen, da sie den Weg zu einem dauerhaften Frieden bahnen würden.

Joaquin RODRIGES
Brüssel, Belgien

Mit großem Interesse las ich den Artikel W. Fetows „Noch einmal kartographische Aggression“ (NZ 15/82). Der Verfasser schreibt sehr zu Recht, daß die Großmachtbestrebungen Chinas den Frieden in Asien bedrohen. Ich sehe da Beziehungen zum Revanchismus der BRD, wo ebenfalls Karten mit den Grenzen Deutschlands von 1937 hergestellt und in den Schulen verbreitet werden. Das fördert keinesfalls normale Beziehungen der BRD zur DDR, zur VR Polen oder zur CSSR.

L. LEUSCHNER
Reichenbach, DDR

An die zweite Sondertagung der UNO-Vollversammlung

Im Namen der Sowjetunion, im Namen der 269 Millionen Sowjetbürger wende ich mich an die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen, die zu ihrer 2. Abrüstungssondertagung zusammengetreten ist.

Die Tagung steht vor großen und verantwortungsvollen Aufgaben. Ihre Tagesordnung enthält eine Reihe von Fragen, die erstrangige Bedeutung haben.

Wenn man aber das Allerwichtigste herausnimmt, das Brennendste, was heute die Menschen in allen Teilen unseres Planeten bewegt, worauf sich die Gedanken von Staatsmännern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in vielen Ländern der Welt konzentrieren, so ist das die Sorge darum, daß dem endlosen Anhäufen immer verheerender Waffen Einhalt geboten, eine Wende zur Verbesserung der internationalen Beziehungen herbeigeführt und eine nukleare Katastrophe verhindert wird.

In der Politik der UdSSR hat die Sorge um den Frieden Vorrang. Wir sind überzeugt, daß keine Gegensätze zwischen den Staaten oder Staatengruppen, keine Unterschiede in der Gesellschaftsordnung, der Lebensweise oder Ideologie und keine Augenblicksinteressen die grundlegende, allen Völkern gemeinsame Notwendigkeit verdrängen können, den Frieden zu erhalten und einen Kernwaffenkrieg zu verhindern.

Heute müssen alle Staaten wie nie zuvor zielbewußt und ausgewogen handeln, um dieses hohe Ziel zu erreichen.

In dem Bestreben, alles von ihm Abhängende zu tun, um die Gefahr einer nuklearen Verwüstung von den Völkern abzuwenden und in der Endkonsequenz eine solche Möglichkeit aus dem Leben der Völker zu bannen, erklärt der Sowjetstaat feierlich:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verpflichtet sich, Kernwaffen nicht als erste einzusetzen.

Diese Verpflichtung tritt sofort, im Augenblick ihrer Verkündung von der Tribüne der UNO-Vollversammlung, in Kraft.

Warum entschließt sich die UdSSR zu diesem Schritt, während die der NATO-Gruppierung angehörenden Nuklearmächte, darunter die USA, kein Geheimnis daraus machen, daß ihre Militärdoktrin nicht nur die Möglichkeit des Ersteinsatzes von Kernwaffen nicht ausschließt, sondern faktisch auf dieser gefährlichen Voraussetzung aufbaut?

Indem die UdSSR diese Entscheidung trifft, geht sie von der unumstößlichen und in der gegenwärtigen Weltlage bestimmenden Tatsache aus, daß ein Kernwaffenkrieg, einmal ausgebrochen, die Zerstörung der menschlichen Zivilisation oder gar den Untergang allen Lebens auf der Erde bedeuten kann.

Folglich ist es die oberste Pflicht der Staatsmänner, die sich ihrer Verantwortung für das Schicksal des Friedens bewußt sind, alles daranzusetzen, daß Kernwaffen niemals angewendet werden.

Die Völker der Welt erwarten mit Recht, daß der Entscheidung der UdSSR entgegenkommende Schritte der anderen Staaten, die Kernwaffen besitzen, folgen werden. Wenn diese Staaten eine ebenso klare und unmißverständliche Verpflichtung übernehmen, Kernwaffen nicht als erste einzusetzen, so würde das in der Praxis gleichbedeutend sein mit dem Verbot des Ein-

satzes von Kernwaffen überhaupt, wofür die weitaus meisten Länder eintreten.

Selbstverständlich wird die UdSSR auch künftig in ihrer Politik berücksichtigen, wie sich die anderen kernwaffenbesitzenden Staaten verhalten und ob sie der Stimme der Vernunft Gehör schenken und unserem guten Beispiel folgen oder die Welt an den Rand des Abgrunds bringen.

Die Initiative der UdSSR verfolgt ferner das Ziel, den Grad des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu erhöhen. Das ist in der gegenwärtigen internationalen Situation besonders wichtig, da das Vertrauen durch die Aktivitäten jener schwer erschüttert worden ist, die das bestehende Kräftegleichgewicht zu zerstören, eine militärische Überlegenheit über die UdSSR und deren Verbündete zu erlangen und all das Positive zu vernichten suchen, das die Entspannungs-politik mit sich bringt.

Die militärpolitischen Schablonen, die aus den Zeiten des einstigen Atombombenmonopols übernommen wurden, sind längst überholt. Die Realitäten von heute erfordern ein grundsätzlich anderes Herangehen an die Fragen von Krieg und Frieden. Die jetzige Aktion der UdSSR erleichtert es, den gesamten Komplex der Probleme neu zu bewerten, die mit der Begrenzung und Reduzierung von Rüstungen, insbesondere von Kernwaffen, zusammenhängen, sie erleichtert die Abrüstung insgesamt.

Die gewaltigen Leistungen, die das schöpferische und technische Genie der Menschheit vollbracht hat, gestatten es den Völkern, ein neues Kapitel in ihrer Geschichte einzuleiten. Schon heute gibt es wahrhaft unübersehbare Möglichkeiten, die Lösung allgemein-menschlicher Probleme wie der Bekämpfung von Hunger, Krankheiten, Elend und vieler anderer Probleme in Angriff zu nehmen. Dazu ist es jedoch erforderlich, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ausschließlich in den Dienst der friedlichen Bestrebungen der Menschen gestellt wird.

Die UdSSR verpflichtet sich dazu, Kernwaffen nicht als erste einzusetzen, weil sie dem gesunden Menschenverstand vertraut und daran glaubt, daß die Menschheit eine Selbstvernichtung vermeiden sowie Frieden und Fortschritt für die heutige und die kommenden Generationen sichern kann.

Des weiteren möchte ich die Aufmerksamkeit der Vertreter der Staaten, die zur Sondertagung der UNO-Vollversammlung zusammengetreten sind, auf folgende Frage lenken.

Auf der Suche nach Maßnahmen, die dem Wettrüsten real Einhalt gebieten würden, wenden sich viele Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens verschiedener Länder in letzter Zeit der Idee des Einfrierens zu, mit anderen Worten, der Einstellung der weiteren Erhöhung der nuklearen Potentiale. Nicht alles ist eindeutig in den dazu geäußerten Überlegungen, doch insgesamt gehen sie unseres Erachtens in die richtige Richtung. Wir sehen in ihnen einen Ausdruck der tiefen Sorge der Menschen um ihr Schicksal. Bildlich ausgedrückt, stimmen die Menschen dafür, daß der höchste Wert in der Welt, das menschliche Leben, erhalten bleibt.

Die Idee des beiderseitigen Einfrierens der nuklearen Arsenale als erster Schritt auf dem Wege zu ihrer

Reduzierung und in der Endkonsequenz zu ihrer vollen Liquidierung kommt dem sowjetischen Standpunkt nahe. Mehr noch, von unserem Land gehen auch konkrete Vorschläge aus, die darauf gerichtet sind, das nukleare Wettrüsten quantitativ und qualitativ zu stoppen.

Und schließlich noch eine Frage, an der die UNO-Vollversammlung unseres Erachtens nicht vorbeigehen kann.

Bei all der Gefahr, die die Kernwaffen in sich bergen, darf nicht vergessen werden, daß Staaten auch andere Massenvernichtungsmittel in ihren Depots haben, darunter chemische Waffen. Schon der Gedanke ist schrecklich, und doch ist es Tatsache, daß einige Kilogramm Giftstoffe von den Zehntausenden Tonnen in den Arsenalen einiger Staaten genügen, um Millionen Menschen zu töten. Dabei werden neue Programme für die Produktion noch raffinierterer chemischer Vernichtungswaffen angekurbelt.

Es muß alles getan werden, damit die chemischen Waffen von der Erde verschwinden. Die UdSSR setzt sich dafür aus tiefster Überzeugung ein. Wir sind be-

reit, unverzüglich eine Vereinbarung über das vollständige Verbot der chemischen Waffen und die Vernichtung der vorhandenen Vorräte einzugehen.

Generell tritt die UdSSR für Fortschritte in allen Richtungen ein, wo sich Möglichkeiten für die Begrenzung und einschneidende Reduzierung der Rüstungen bieten, seien es Kernwaffen, andere Massenvernichtungswaffen oder konventionelle Rüstungen. Es gibt keinerlei Rüstungen, die die UdSSR nicht bereit wäre, auf gegenseitiger Basis zu begrenzen oder zu verbieten.

Ich möchte die Gewißheit zum Ausdruck bringen, daß die Sondertagung der UNO-Vollversammlung über Abrüstung der Einstellung des Wettrüstens und dem Übergang zu praktischen Maßnahmen einer realen Abrüstung einen wirksamen Impuls verleiht. Damit wird sie die Hoffnungen rechtfertigen, die die Völker in diese so repräsentative Forum setzen.

Ich wünsche den Tagungsteilnehmern fruchtbare Arbeit zum Wohle der Völker, zum Wohle des Weltfriedens.

L. BRESHNEW

Aus „Prawda“ vom 16.6.82

ZWEI POSITIONEN

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Die Abrüstungssondertagung der UNO steht vor dem Abschluß ihrer ersten Etappe: Am 23. Juni ist der letzte Tag der Generaldebatte. Es werden Ansprachen der Vertreter von 79 nichtstaatlichen Organisationen folgen, worauf sich die Delegierten auf die Arbeitskommissionen und -gruppen verteilen.

Heute kann man schon mit vollem Grund sagen, daß das zentrale Moment der Generaldebatte Leonid Breshnews Botschaft war. Ihr Ton und Inhalt entsprechen den Hoffnungen von Millionen Menschen und lenken die Arbeit der Tagung in praktische Bahnen, weil das Dokument den allgemeinen Erwägungen konkrete Vorschläge entgegenstellt.

Die Botschaft bestimmte die neuen wichtigen Initiativen der sowjetischen Delegation.

Die Verpflichtung, auf den Erst-einsatz von Kernwaffen zu verzichten. Sie trat sofort, im Augenblick ihrer Verkündung von der Tribüne der UNO-Vollversammlung, in Kraft. Die UdSSR hatte wiederholt den anderen Nuklearmächten entsprechende Vereinbarungen vorgeschlagen. Jetzt übernahm sie eine solche Verpflichtung erstmalig von sich aus. Diesem Beschuß liegen zwei Hauptmotive zugrunde. Nach Ansicht der UdSSR wäre es, wenn die anderen Staaten ihrem Beispiel folgen, praktisch gleichbedeutend mit dem Verbot der Anwendung von Kernwaffen. Zugleich erhöht sich der Grad des zwischenstaatli-

chen Vertrauens. Das ist besonders wichtig heute, da die Anhänger des Wettrüstens den kalten Krieg wiedereröffnen und den Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen behindern wollen. Ihr Ziel ist es, das Streben nach einer militärischen Überlegenheit und nach Veränderung des Kräftegleichgewichts zu rechtfertigen. Wie es in der Botschaft Leonid Breshnews heißt, erleichtert es die Initiative der UdSSR, „den gesamten Komplex der Probleme neu zu bewerten, die mit der Begrenzung und Reduzierung von Rüstungen, insbesondere von Kernwaffen, zusammenhängen, sie erleichtert die Abrüstung insgesamt“.

Einfrieren der Kernwaffen auf dem bestehenden Niveau. Auch diese Frage fand ihren Niederschlag in der Botschaft, worin es heißt: „Die Idee des beiderseitigen Einfrierens der nuklearen Arsenale als erster Schritt auf dem Wege zu ihrer Reduzierung und in der Endkonsequenz zu ihrer völligen Liquidierung kommt dem sowjetischen Standpunkt nahe.“ Sowjetischerseits ist man schon jetzt, mit dem Beginn der Verhandlungen in Genf am 29. Juni, bereit, die strategischen Waffen quantitativ einzufrieren und deren Modernisierung maximal einzuschränken.

Vollständiges Verbot der chemischen Waffen. Die Botschaft berührt auch dieses Problem, von dem voller Unruhe fast jede Ansprache auf der Tagung handelte.

Die UdSSR legte der Tagung zwei Dokumente vor: ein Memorandum in dem die prinzipielle Haltung und die wichtigsten Vorschläge der UdSSR zur Zügelung des Wettrüstens zusammengefaßt sind, und den Entwurf „Grundbestimmungen einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen sowie über ihre Vernichtung“.

Das Memorandum enthält ein ganzes Programm der nuklearen Abrüstung: Einstellung der Entwicklung neuer Kernwaffensysteme, der Produktion von Spaltmaterialien zwecks Entwicklung verschiedener Kernwaffen, Einstellung der Produktion von Kernmunition jeder Art und der Trägermittel, dazu allmähliche Reduzierung der Kernwaffenvorräte einschließlich der Trägermittel und volle Liquidierung der Kernwaffen. Zugleich ist die UdSSR bereit, eine Vereinbarung über den Verzicht auf alle Mittelstreckenwaffen und über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffentests einzugehen. Moskau ist bereit, die Militärbudgets zu kürzen und einen Weltvertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu schließen. Die Grundbestimmungen einer Konvention über das Verbot der C-Waffen schließen auch viele Vorschläge anderer Staaten ein.

Somit liegt der Botschaft Leonid Breshnews ein durchdachter, aus-

gewogener und realistischer Aktionsplan zugrunde, mit dessen Verwirklichung die UdSSR sofort beginnen könnte.

Zurückhaltung und betonte Leidenschaftslosigkeit zeichnen die UNO-Sitzungen aus. Die Unterschiede in den nationalen Interessen und den Ansichten über Probleme sind auf dem Forum von 157 Staaten nicht selten beträchtlich. Um so bedeutsamer war der stürmische Beifall, mit dem der Saal sowohl die Botschaft als auch die neuen sowjetischen Vorschläge quittierte.

Die sowjetische Position entspricht dem Geist der Zeit und den Aufgaben der Tagung. Die UdSSR gab Antworten auf die Fragen, die die Menschheit heute bewegen. Das Mitglied der indischen Delegation Shyen Seren unterstrich im Interview, das er mir gewährte: „Eine zentrale Frage der Tagung ist das Problem der Verhütung eines Kernwaffenkrieges. Die sowjetische Verpflichtung, Kernwaffen nicht als erster Staat einzusetzen, entspricht vollauf dieser Aufgabe... Meines Erachtens ist der Entwurf einer Konvention über das Verbot der chemischen Waffen auf das aufmerksamste zu prüfen, insbesondere im Genfer Abrüstungsausschuß, wo bereits die künftige Konvention über die C-Waffen erörtert wird. Das ist ein weiterer nützlicher Beitrag sowjetischerseits.“

Die Position der UdSSR ist nicht konjunkturbedingt, vielmehr stützt sie sich auf das Friedensprogramm des XXVI. Parteitages der KPdSU für die 80er Jahre. Außenminister Andrej Gromyko, der auf der Tagung die Botschaft Leonid Breshnews verlas, sagte: „Die UdSSR setzte und setzt sich dafür ein, daß die Aufgabe der Zügelung des Wettrüstens, die Aufgabe der Abrüstung und der Bannung der Gefahr eines neuen Krieges auf praktischer Ebene, durch Abkommen zwischen den Staaten gelöst wird. Das ist das Wesen der Botschaft Leonid Breshnews an die UNO. Auch zur heutigen Tagung ist die sowjetische Delegation gekommen, um aktiv dazu beizutragen.“

Einen krassen Kontrast zu dieser Linie bildet der Kurs auf weiteres Wettrüsten zu dem Zweck, das Kräftegleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO zu stören. Der Vorwand lautet: Erhöhung der Rüstungen zwecks erfolgreicher Verhandlungen über ihre Reduzierung. Resultat einer solchen Politik ist die Destabilisierung der Weltlage und die Predigt der Entfesselung eines Nuklearkrie-

ges. Auf der Tagung erklärte Andrej Gromyko: „Die UdSSR lehnt den Kurs auf militärische Überlegenheit prinzipiell ab.“ Sie trete dafür ein, daß die Verhandlungen die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen beziehen und nicht als Rauchvorhang für das Wettrüsten dienen, daß sie die legitimen Sicherheitsinteressen der einen wie auch der anderen Seite auf der Basis der Gleichheit und gleichen Sicherheit berücksichtigen. Die UdSSR setze sich dafür ein, all das Positive, das früher erreicht wurde, zu erhalten, und sei bereit, an allen Abkommen, die solchen Zielen entsprechen, teilzunehmen. Eine ebenso prinzipielle und zugleich konstruktive Position beziehen die anderen sozialistischen Länder auf der Tagung.

Ein NBC-Korrespondent sagte zu den sowjetischen Vorschlägen in einer Fernsehsendung: „Die Führung der UdSSR hat eindeutig die Initiative in ihre Hand genommen. Sobald Reagan nach New York kommt, um auf der Tagung der Vollversammlung zu sprechen, werden die Diplomaten aufmerksam verfolgen, ob er der Initiative Breshnews etwas Ebenbürtiges entgegensetzen kann.“

Als dieser Tag kam, hörten die Tagungsteilnehmer, wie die „Washington Post“ schrieb, „die härteste aller in der UNO von einem US-Präsidenten je gehaltenen Reden“. Sie unterschied sich in nichts von den zahlreichen antisowjetischen Klischees, mit denen Ronald Reagan als Vertreter des konservativen Flügels der Republikaner seit 1964 hervorgetreten war, und war im Geiste seiner jüngsten Londoner Rede mit dem Aufruf zu einem „Kreuzzug“ gehalten. Nicht Suche nach Verständnis, sondern Konfrontation: Das ist der Sinn der US-Position.

Die betont kühle Aufnahme, die die Teilnehmer der Sondertagung dieser Rede bereiteten, zeigte überdeutlich von ihrem Eindruck. Als ein Delegierter von Journalisten gebeten wurde, sich zur Rede des Präsidenten zu äußern, zuckte er die Achseln und sagte: „Immer das gleiche.“ Frau Inga Torsson von der schwedischen Delegation bemerkte, daß sie enttäuscht sei. Selbst die Presse macht kein Geheimnis aus ihrer Enttäuschung, ja Verärgerung. Tom Wicker von der „New York Times“: „Die Sowjetunion hat großen politischen Vorsprung durch ihre Verpflichtung gewonnen, Kernwaffen nicht als erste anzuwenden... Breshnews Erklärung mag viel bedeutsamer sein, als das State Department zugibt.“

Präsident Reagan hat kein Wort darüber verloren. Sprecher des State Department aber verwiesen die Journalisten auf Haigs Erklärung vom 6. April: Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen sei gleichbedeutend mit der Aufforderung, Europa mit konventionellen Waffen anzugreifen. Kurz, unter Berufungen auf neuerliche „Lücken“ (diesmal ist es die Stärke der konventionellen Rüstungen der NATO-Streitkräfte) planen die USA ebenso wie vor 20 Jahren einen Kernwaffenkrieg in Europa.

Reagan begann seine Rede auf der Tagung mit den Worten: „Ich bin gekommen, um das aufrichtige Friedensstreben meines Volkes zu bekunden...“ Daß die Amerikaner Frieden und nicht Wettrüsten wollen, unterliegt keinem Zweifel. Aber offensichtlich ist auch, daß sie ebenso entschlossen gegen die Politik ihrer Regierung, deren Ziele dem diametral entgegengesetzt sind, auftreten. Im vorigen Herbst protestierten 3 Millionen Westeuropäer gegen die US-Pläne eines Nuklearkrieges in Europa. Am 12. Juni beteiligten sich 2 Millionen Amerikaner in New York, San Francisco, Los Angeles, Chicago usw. an Demonstrationen gegen die Gefahr einer nuklearen Katastrophe und die Last des Rüstungswettkampfs. Das Friedensstreben ist in der Tat nicht zu unterdrücken. Aber heute verlangen die Völker nicht Worte, sondern Taten. Die Friedensbewegung tritt in ein neues Stadium. An dem Tage, als der US-Präsident zur Sondertagung kam, wurde er in New York von zwei Protestdemonstrationen empfangen: am frühen Nachmittag vor dem UNO-Haus und abends vor dem Hotel Sheraton, wo Reagan bei einem Essen vor Republikanern sprach. Ein Demonstrant sagte auf meine Frage nach den Gründen seiner Teilnahme: „Heute nimmt in den USA nur die Rüstungsproduktion zu, alles übrige steckt in der Depression, und wir haben keine Arbeit. Wir verlangen, daß nicht wir, sondern das Pentagon auf Hungerration gesetzt wird. Wir werden ein neues Hiroshima verhindern.“

New York, den 21. Juni

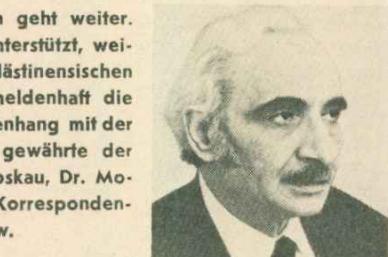
MOHAMMED AL-SHAER: DER KAMPF GEHT WEITER

Die Aggression Israels gegen Libanon geht weiter. Von den patriotischen Kräften Libanons unterstützt, weisen die eingeschlossenen Einheiten der Palästinensischen Widerstandsbewegung (PR) in Beirut heldhaft die Angriffe der Eroberer zurück. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation in Libanon gewährte der Außerordentliche Vertreter der PLO in Moskau, Dr. Mohammed Al-Shaer, am 22. Juni dem NZ-Korrespondenten Dmitri Sgerski nachstehendes Interview.

Erläutern Sie bitte die jüngste Entwicklung in Libanon.

Es muß festgestellt werden, daß die israelische Soldateska mit Unterstützung des US-Imperialismus ganz Südlibanon okkupieren konnte, einschließlich der so wichtigen Grenzlinie wie des Litani, der den Landessüden in ostwestlicher Richtung durchfließt. Der Angriff erfolgte in drei Richtungen. Ein Teil der israelischen Truppen stieß längs der Küste Libanons vor. Viele Orte, darunter die Häfen Tyr und Saida, wurden zerstört und besetzt. Diese Gruppierung nahm auch Damur und erreichte die Vororte der libanesischen Hauptstadt.

Seinen zweiten, stärksten Stoß richtete der Aggressor nordwärts. Die israelischen Truppen forcierten den Litani und nahmen Nabatiye, Bayat al-Din und viele andere Orte. In der östlichen Richtung schließlich wollten die Interventen den Süden vollständig besetzen und Beirut von Damaskus abtrennen, wozu sie die strategische Chaussee zwischen beiden Hauptstädten unterbrechen muß-



ten. Ferner plante der Aggressor, auf syrischem Boden die Chaussee Damaskus—Homs—Hama—Haleb zu erreichen. Diese Pläne wurden durch den heldhaften Widerstand unserer syrischen Brüder vereitelt, die erbitterte Luft- und Panzergefechte führten.

Gegenwärtig wird in Beirut gekämpft. Den Westsektor der Hauptstadt, wo das PLO-Hauptquartier liegt, hat der Feind faktisch doppelt blockiert. Dieser Sektor wird nach wie vor mit Bomben und Raketen belegt. Von See her versuchten die Israelis mehrmals Landetrupps abzusetzen, die aber von den PR-Kräften abgewiesen wurden.

Beirut leidet unter akutem Mangel an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten. Die internationale Organisation vom Roten Kreuz und Rotem Halbmond hat dorthin große Sendungen eingeleitet. Aber Israel stört die Versorgung der Opfer. Der weitaus größere Teil der Medikamente und Lebensmittel sammelt sich auf Zypern sowie in Syrien an. Rote-Kreuz-Arzte wollten in die eingeschlossenen Viertel Beiruts gelangen, der Zivilbevölkerung zu helfen. Israelische Soldaten machten nicht davor halt, sie „gefangen zu nehmen“.

Welche Pläne hat die PR in der heutigen komplizierten Lage?

Im besetzten Südlibanon geht der Partisanenkampf weiter. Neben palästinensischen Einheiten nehmen daran Truppen der patriotischen Kräfte Libanons und der Organisation „Al-Amal“ teil. Südlich des Litani setzen sie Panzer- und andere Militärtechnik des Feindes außer Gefecht und bringen ihm Menschenverluste bei.

Aber die heftigsten Kämpfe tobten doch in Beirut. Daran beteiligt sich auch Yasser Arafat. Mit seinem Beispiel hebt er die Kampfmoral unserer Truppen.

Wie Sie verstehen werden, können heute nicht alle Pläne des palästinensischen Widerstandes publik gemacht werden. Unser Volk muß seit Jahrzehnten kämpfen. Nun, die heutigen Kämpfe

festigen die Erfahrungen bei der Bekämpfung des hinterlistigen Feindes und erhöhen unser militärisches Können. Wenn die Rede von der Zukunft ist, so denken wir nicht daran, Libanon den Zionisten und ihren US-Gönnern zu überlassen. Die PLO-Führung weiß: Heute wird um Libanon gekämpft, und wenn den Eroberern nicht eine Abfuhr erteilt wird, kann der Kampf morgen um Jordanien oder Syrien entbrennen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sinai-Halbinsel erneut zum Kriegsschauplatz wird, denn das lehrt uns die Analyse der zionistischen Aggression.

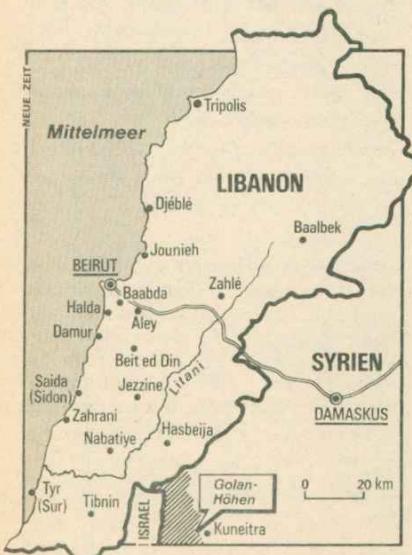
Trotz der schweren Lage ist das arabische Volk Palästinas optimistisch. Was unseren Optimismus in erster Linie bedingt, sind nicht Waffen und Militärtechnik, sondern die Kampfmoral unserer Soldaten und ihr unerschütterlicher Glauben an den Sieg der gerechten Sache. In unserem Jahrhundert hat die Geschichte bewiesen: Ein Volk ist nicht zu besiegen. Der Völkermord wird verhindert werden.

Die bürgerliche Presse bemüht sich, die Schuldfrage des gegenwärtigen libanesischen und palästinensischen Dramas zu vertuschen.

Dabei ist die Frage klar. Die Schuld tragen der US-Imperialismus und der von ihm ermunterte zionistische Aggressor. In der Welt von heute haben sich klar zwei Gruppierungen herausgebildet. Die eine verkörpert die Kräfte des Guten, des Friedens und unterstützt die unterdrückten Völker. Die Vorhut dieser Kräfte bilden die sozialistische Staatengemeinschaft, die UdSSR. Uns hilft im Kampf nicht nur der Heldenmut unserer Kämpfer, sondern auch die Unterstützung der befriedeten UdSSR. Die Erklärung der Sowjetregierung hat den Aggressor wohl über die Folgen nachdenken lassen, die der weitere Landraub nach sich ziehen kann.

Andererseits wirken sich auf die Lage im Nahen Osten die Kräfte der Aggression, Grausamkeit und Barbarei aus. Die Verkörperung dieser Kräfte sind die USA und ihre Handlanger, die israelischen Machthaber. Sie machen vor dem Raub fremder Gebiete und fremder Reichtümer nicht halt.

Die USA meinen, die Nahostfrage nach ihrem Gudünken zu kneten. Das ist ein schwerer Irrtum. Wir Palästinenser sind überzeugt, daß das entscheidende Wort hier die Kräfte des Friedens und Fortschritts sprechen werden. Die blutige zweite Etappe der Camp-David-Abmachung wird unser Volk nicht vernichten. Trotz unserer Verluste sind wir überzeugt, daß die Schlacht in Libanon mit einer schweren Niederlage des Aggressors enden wird.



AUFRUF ZUM HANDELN

Wadim SAGLADIN

Sofia, Volkskulturpalast, am Abend des 17. Juni. Die internationale theoretische Konferenz „Das Werk Georgi Dimitroff und unsere Gegenwart“ kommt zum Abschluß. Todor Shiwkow, Generalsekretär des ZK der Bulgarischen KP und Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgarien, sagt von der Tribüne:

„Unsere Partei ist der Ansicht, daß die Teilnehmer der theoretischen Konferenz zum 100. Geburtstag des großen Friedenskämpfers Georgi Dimitroff — Vertreter von 140 kommunistischen, revolutionärdemokratischen und fortschrittlichen Parteien sowie internationaler demokratischer Organisationen — guten Grund haben, sich an alle Völker und alle friedliebenden Kräfte in der Welt mit dem Aufruf zu wenden, die Initiative der UdSSR zu unterstützen und von allen anderen Nuklearmächten zu fordern, daß sie ihrem Beispiel folgen und ebenfalls auf den Ersteinsatz von Kernwaffen verzichten. Das würde das faktische Verbot ihrer Anwendung bedeuten.“

Langanhaltender Beifall im Saal. Der von Todor Shiwkow vorgeschlagene Aufruf wird somit von allen Anwesenden gebilligt.

Mancher Leser mag fragen, warum eine Jubiläumskonferenz, eine Konferenz zum Andenken Georgi Dimitroffs, mit einem so aktuellen, höchst politischen Akt abgeschlossen wurde.

Das ist Ausdruck der allgemeinen Haltung der Kommunisten und Revolutionäre zu Jubiläen. Der Leninschen Tradition getreu, empfinden sie denkwürdige Daten nicht als Vorwand für Erinnerungen, sondern als Ausgangspunkt für das Nachdenken über das Heute, über noch nicht gelöste oder neu entstehende Aufgaben. Das wäre zum einen.

Das andere ist die Aktualität von Dimitroffs Ideen, die unvergängliche Bedeutung seines revolutionären Vermächtnisses, die im Volkskulturpalast betont wurde, in welcher Sprache die Redner auch sprachen, ob sie ihn Georgi, Georg, Georges, Jorge und Giorgio nannten.

Über 150 Redner ergriffen das Wort auf den Plenarsitzungen und in den drei Sektionen der theoretischen Konferenz. Die Ansprachen waren ebenso verschieden wie die Diskussionsteilnehmer selbst. Es gab auch differierende Gedanken. Aber drei Hauptaspekte in Dimitroffs Schaffen wurden allgemein hervorgehoben.

Erster Aspekt. Georgi Dimitroffs schöpferische Aktivität erreichte ihren Höhepunkt zu der Zeit, als die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus infolge der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre in der Politik des Monopolkapitals tiefe Wandlungen verursachte.

Schon in den 20er Jahren charakterisierte Dimitroff die nach der Oktoberrevolution in Rußland einsetzende neue Etappe in der Klassenstrategie und internationalen Politik des Imperialismus als die „Phase des imperialistischen Krieges gegen die nahende internationale proletarische Revolution“. Unter diesem Blickwinkel betrachtete er die imperialistische Intervention gegen Sowjetrußland und die späteren Versuche, über den ersten sozialistischen Staat eine Blockade zu verhängen; dann die vom Imperialismus betriebene Vorbereitung eines neuen Weltkrieges, die ausgeprägten antisowjetischen, antisozialistischen Charakter trug; und schließlich den Faschismus, in dem er früher als andere Marxisten-Leninisten mit Recht das schärfste Reagieren des Kapitalismus auf den sich vertiefenden revolutionären Weltprozeß erkannte.

Die Teilnehmer der Jubiläumsveranstaltungen fühlten sich vor allem von Dimitroffs Analyse der Probleme von Krieg und Reaktion, Krieg und Faschismus in den 30er/40er Jahren angesprochen, setzt doch die heutige Gegenoffensive des Imperialismus gegen die Kräfte des Sozialismus und Demokratie im Grunde jene Klassenstrategie der alten Gesellschaftsordnung fort, die Dimitroff seinerzeit so brillant und tiefschürfend bloßlegte. Seine Analyse der jüngsten Vergangenheit hilft uns die Gegenwart verstehen.

Natürlich ist, wie der Delega-

Boris Ponomarjow auf der internationalen theoretischen Konferenz in Sofia.

Telefoto: BTA/TASS



tionsleiter der KPdSU Boris Ponomarjow sagte, eine direkte Parallele zwischen den 30er und den 80er Jahren unmöglich, schon deshalb, weil die imperialistischen Kräfte heute Raketenkernwaffen haben. Infolgedessen können die Versuche des Imperialismus, durch Entfesselung eines neuen weltweiten Konfliktes einen Ausweg aus seinen Widersprüchen zu finden, die alte Ordnung zwar keineswegs retten, aber trotzdem die ganze Menschheit an den Rand des Abgrunds bringen.

Gerade deshalb ist der Aufruf Georgi Dimitroffs so aktuell, alles zu tun, um dem Imperialismus die Entfesselung eines neuen Krieges unmöglich zu machen und das verbrecherische Komplott der Gegner des Weltfriedens zu durchkreuzen.

Das erste also, was die Teilnehmer der Jubiläumsfeier zu Dimitroffs Schaffen hinzog, war seine Analyse der imperialistischen Strategie und der Quellen der Kriegsgefahr in unserer Zeit. Sehr wichtig ist, daß die Diskussionsteilnehmer im Sofioter Volkskulturpalast in der Regel betonten: Dimitroffs Gebot, nicht nur die Kriegsgefahr zu veranschaulichen, sondern auch klipp und klar zu sagen, woher sie kommt, welche Gesellschaft und welche Kräfte sie heraufbeschwören, ist heute sogar noch aktueller als gestern. Viele erinnerten daran, daß die Friedensgegner alles tun, um die Kämpfer gegen den Krieg irreführen, ihre Aufmerksamkeit von den wirklichen Schuldigen an der Kriegsgefahr — vom Imperialismus, in erster Linie vom US-Imperialismus — abzulenken und wenigstens einen Teil dieser Schuld der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zuzuschreiben.

Das führt uns an den zweiten Aspekt von Dimitroffs Schaffen heran, der ebenfalls auf der Jubiläumskonferenz hervorgehoben wurde: an die Dimitroffsche Analyse der Rolle des Weltsozialismus und der UdSSR als Hauptbollwerk des Weltfriedens.

Schon 1917 schrieb Dimitroff: „Nur der Sozialismus kann der Menschheit aus der Sackgasse heraushefen, in die sie von der Bourgeoisie geführt worden ist — ohne Sozialismus kein Frieden.“ Drei Jahrzehnte später sagte er: „Die Garantie des Friedens und der Völkerfreiheit ist die wachsende Stärke und internationale Autorität der Sowjetunion. Es war noch nie so klar wie heute, nach dem zweiten Weltkrieg, daß es ohne die Sowjetunion keine Freiheit und Unabhängigkeit der Völker gibt oder geben kann.“

Hieraus zog Dimitroff den Schluß: Unter den Verhältnissen, die sich nach der Oktoberrevolution erga-

ben, und erst recht angesichts der zunehmenden Aggressivität der imperialistischen Bourgeoisie muß alles getan werden, um den Weltsozialismus zu stärken.

Die Pflicht der Kommunisten jedes Landes bestand, wie Dimitroff betonte, darin, maximal die UdSSR und alle volksdemokratischen Länder in ihrem konsequenten Friedenskampf zu unterstützen. Hier möchte ich ein Dimitroffsches Dokument zitieren, das jetzt erstmalig in der Zeitschrift „Kommunist“ (Moskau) veröffentlicht worden ist. Auf der Präsidiumssitzung des Exekutivkomitees der Komintern vom 26. März 1936 sagte er: „Man kann nicht eine einheitliche internationale Politik des Proletariats durchführen, wenn man den Sowjetstaat den anderen Staaten gleichsetzt, wenn man den gewaltigen, grundsätzlichen Unterschied zwischen der UdSSR als dem Staat des Proletariats, der den Sozialismus aufbaut, und den kapitalistischen Staaten übersieht.“

Man kann nicht eine einheitliche internationale Politik des Proletariats gestalten, wenn die Führer der II. und der Amsterdamer Internationale die Sowjetunion als einen Staat ansehen, der ebenfalls imperialistische Pläne im Schilde führt. Man kann nicht solche internationale Politik des Proletariats durchführen, wenn man nicht den Unterschied hervorhebt zwischen der Roten Armee als Armee des proletarischen Staates, die nicht Instrument der imperialistischen Eroberungspolitik, sondern faktisch das Bollwerk des Friedens zwischen den Völkern ist, und den Armeen der kapitalistischen Länder.“

Diese Worte wurden vor mehr als 45 Jahren gesagt. Doch könnten sie auch heute gesagt werden, zumal es auch jetzt Genossen gibt, die bereit sind, zwischen Sozialismus und Imperialismus ein Gleichheitszeichen zu setzen und ihnen gleiche, wie sie sagen, hegemonistische Absichten zuzuschreiben. Heute muß man sagen, daß eine solche Haltung den vollen Bruch mit der Dimitroffschen, internationalistischen Tradition der kommunistischen Bewegung bedeutet.

Wenn Dimitroff sagte, daß „nur der Sozialismus der Menschheit aus der Sackgasse heraushelfen kann, in die sie von der Bourgeoisie geführt worden ist“, so meinte er natürlich nicht, daß man bis zum weltweiten Sieg des Sozialismus die Hände in den Schoß legen und sich von den Ereignissen treiben lassen solle. Viele Redner in Sofia erinnerten an seine Worte, daß man gegen die vom Imperialismus hervorgebrachte Kriegsgefahr aktiv, ständig und beharrlich kämpfen muß. Der

Erfolg in diesem Kampf kann erzielt werden.

Das wiederum führt uns an den dritten Aspekt von Dimitroffs Schaffen heran, den fast alle Teilnehmer der Konferenz in Sofia erwähnten: die Notwendigkeit der Einheitsfront im Kampf gegen Reaktion und Krieg.

Einige Redner berührten die Probleme der Einheitsfront im Lichte der eigenen Geschichte und beschränkten sich deshalb in der Hauptsache auf die nationalen Erfahrungen. Aber die meisten sprachen auch über die Notwendigkeit einer wahrhaft weltweiten Friedensfront und die Bedeutung der breitesten Aktivierung der Antikriegskräfte.

So wurde z.B. Dimitroffs Aufruf erwähnt: „Es bedarf einer Einheitsfriedensfront, die nicht nur die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die schaffende Intelligenz und die anderen Werktäglichen umfassen würde, sondern auch die unterdrückten Nationen und Völker jener Länder, deren Unabhängigkeit von den Kriegsbrandstiftern bedroht wird... Eine solche Friedensfront wird machtvoll und unüberwindlich sein, wenn sie praktische Massenaktionen veranstaltet und sich nicht auf Proteste, Resolutionen und Deklarationen beschränkt.“

Es gilt, durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen für die Kriegsbrandstifter einen wirklichen Belagerungszustand zu schaffen. Es gilt, sie dermaßen in die Enge zu treiben, daß sie nicht imstande sind, ihre verbrecherischen Pläne zu verwirklichen. Es gilt, über den Erdball ein solches Netz von Organisationen der Friedensfreunde, eine so mächtige Bewegung der internationalen Solidarität und so wirksame Maßnahmen der einheitlichen internationalen Politik des Proletariats um des Friedens willen auszubreiten, daß den verbrecherischen Kriegshetzern das Handwerk gelegt wird.“

Natürlich beschränkte man sich in Sofia auch in dieser Frage nicht nur auf Bezüge zur Vergangenheit. Vielmehr waren zahlreiche und kennzeichnende Zeugnisse von der Entfaltung des Kampfes gegen den Krieg in der Gegenwart zu hören. Über die in der Geschichte der USA beispiellose Manifestation gegen die Kriegsgefahr, die vor dem UNO-Gebäude in New York stattfand, berichtete Henry Winston, Vorsitzender der KP der USA. Über die Probleme des Kampfes gegen die Kriegsgefahr in der BRD und in Japan — Ländern, in die der gegenwärtige Imperialismus im Hinblick auf Europa und Asien besondere Hoffnungen setzt — sprachen der DKP-Vorsitzende Herbert Mies

und das Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees der Sozialistischen Partei Japans Noboru Yagi.

Der Antikriegskampf war ein Leitmotiv der Konferenz. Die allgemeine Ansicht lautete: Die Bewegung gegen den Krieg muß wachsen, verstarken und immer mehr Initiativen an den Tag legen. Kurz, die Diskussion zeigte von einem unbestreitbaren Optimismus, der zwar die Schwierigkeiten auf dem Wege der Friedenkämpfer nicht übersieht, aber auch deren Möglichkeiten genau erkennt.

Das Gesagte erschöpft natürlich bei weitem nicht den ganzen Inhalt des Meinungsaustausches in Sofia. Er widerspiegeln nicht nur den Reichtum und die Vielfalt von Dimitroffs Schaffen, sondern auch den ganzen Reichtum und die Vielfalt der Probleme der heutigen Welt. Aber die Hauptthemen waren doch, wie gesagt, Verhütung des Krieges; der Sozialismus als Hauptbollwerk im Kampf gegen den Krieg; die Bewegung gegen den Krieg als reale Kraft, die den Frieden schützen kann.

In diesen Fragen zeigte sich die umfassendste Einheit der Konferenzteilnehmer in Sofia. Das traf besonders für die Positionen der Vertreter der kommunistischen Parteien zu. Deren Willen zum Zusammenschluß ihrer Reihen und zur Festigung ihres Zusammenwirkens, vor allem im Kampf gegen Krieg und Reaktion, zog sich wie ein roter Faden durch die meisten Diskussionsbeiträge der Delegierten der Bruderparteien.

Das Treffen in Sofia wird zweifellos der weiteren Aktivierung der Aktionen der Bruderparteien im Kampf gegen Krieg und Reaktion, für die friedliche Zukunft der ganzen Menschheit einen starken Impuls geben.

Um auf die zu Beginn dieses Beitrags erwähnte Frage zurückzukommen: Ich glaube, jetzt ist es verständlich, warum die Teilnehmer der Veranstaltungen zum Dimitroff-Jubiläum ihre Arbeit mit dem brennend aktuellen Aufruf an die Völker der Welt beschlossen, die Initiative der UdSSR zu unterstützen und darauf hinzuwirken, daß alle Nuklearmächte ihrem hochsinnigen Beispiel folgen.

Die Kraft von Dimitroffs Genie lag darin, daß er es verstand, anhand tiefschürfender theoretischer Verallgemeinerungen präzise praktische Schlüsse zu ziehen, die die Massen mobilisierten und organisierten. Diesem Beispiel Georgi Dimitroffs folgend, zogen die Teilnehmer der Sofioter Konferenz ebenfalls einen praktischen Schluß, der mobilisiert und zum Kampf ruft.

ERFOLG DER LINKEN

Midkhat SARIPOW

Beim Anblick der schönen Landschaften auf Mauritius sagte Mark Twain einst: „Gott schuf zuerst diese Insel und dann, nach ihrem Muster, das Paradies.“ Aber nicht nur durch seine gesegnete Natur und sein mildes Klima zog Mauritius die holländischen, französischen und später britischen Kolonisatoren an. Die Insel (Fläche: 2045 km², Bevölkerung: 950 000) liegt im Westen des Indischen Ozeans am Schnittpunkt lebelter Seestraßen, die Europa, den Fernen Osten und Afrika miteinander verbinden, und ist deshalb ein starkes Magnet für die imperialistischen Strategen. Nicht von ungefähr klammern sich die USA, die den Indik zu einer ihrer „vitalen Zonen“ erklärt haben, an die Insel Diego García, die die Imperialisten Mauritius geraubt haben. Es sei daran erinnert, daß der Chagos-Archipel, zu dem Diego García gehört, vor Gewährung der Unabhängigkeit an Mauritius durch Großbritannien von dieser ehemaligen britischen Kolonie abgetrennt wurde. Im Jahre 1966 „verpachtete“ London die Insel Diego García an die USA bis zum Jahr 2016. Das Pentagon legte dort eine starke Flieger- und Flottenbase an, die es ihm ermöglicht, sehr wichtige Seeverbindungen im Visier zu halten.

Im Lichte dieser Politik ist es verständlich, daß der Westen die Parlamentswahlen vom Juni auf Mauritius höchst aufmerksam verfolgte.

Die Wahlen fanden in der Situation verschärfter sozialökonomischer Widersprüche im Lande statt. Die Inflation hat 50% erreicht, das Haushaltsdefizit beträgt beinahe eine Milliarde Rupien (89 Mio Dollar). Die Lage der Werktätigen hat sich beträchtlich verschlechtert: Jeder fünfte Einwohner von Mauritius ist auf der Suche nach einem ständigen Einkommen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Republik hängt hochgradig von ausländischer Hilfe ab. Ende v. J. erreichten die Schulden von Mauritius an westliche Länder, den Internationalen Währungsfonds und andere Organisationen des Monopolkapitals 4,3 Md. Rupien.

Die kleine Insel zählt sechs Parteien, aber der Hauptkampf entbrannte zwischen der Labour Party

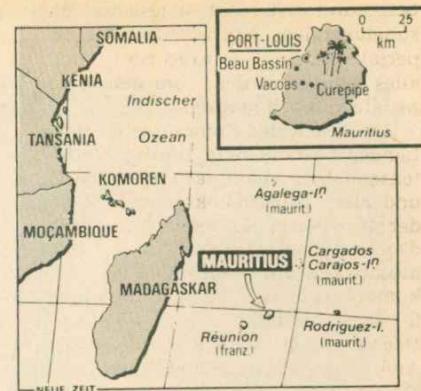
des Ministerpräsidenten Seewoosagur Ramgoolam, die seit Verkündung der Unabhängigkeit ständig an der Macht war, und dem oppositionellen Block, den die Kämpferische Bewegung von Mauritius (MMM) und die Sozialistische Partei von Mauritius gebildet hatten.

Die Wahlplattform der Labours enthielt nichts Neues. Der Block dagegen bot ein präzises und konkretes Wahlprogramm an. Wie die Zeitschrift „Africa Confidential“ (London) im April schrieb, sei es „ein sozialistisches Programm, das verspricht, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, die Mindestlöhne heraufzusetzen, die Sozialfürsorge zu erweitern und die Außenpolitik umzuorientieren“. Die 1969 von einer Gruppe junger Vertreter der Intelligenz gegründete MMM hat in den 13 Jahren seitdem Anhänger in den Gewerkschaften und Jugendorganisationen gewonnen. Ihr Einfluß auf die Arbeiter zeigte sich während der Dauerstreiks von 1971 und 1979. Wegen aktiver Teilnahme am Streik der Hafenarbeiter wurde MMM-Generalsekretär Paul Bérenger verhaftet und mußte das ganze Jahr 1972 im Gefängnis bleiben.

Die MMM erstarkte im Kampf. Bei den Parlamentswahlen von 1976 erhielt sie 34 von den 70 Mandaten, und nur der Block der Labours mit den Sozialdemokraten hinderte die Linken damals daran, das Recht auf die Verwaltung des Landes zu erkämpfen.

Der rasche Erfolg der MMM beunruhigte Washington, vor allem die CIA, für die Mauritius, wie die Presse schrieb, schon seit langem eine „Arbeitszentrale“ ist. Den Imperialisten passen die Aufrufe des MMM-Programms nicht, den Indik zu entmilitarisieren, gegen die Anlegung von Militärstützpunkten in dieser Region zu kämpfen, die Kontakte zur rassistischen RSA einzuschränken, die Beziehungen zu den unabhängigen afrikanischen und arabischen Staaten aber auszubauen.

Wie die Zeitschrift „Afrique-Asie“ (Paris) im Oktober 1981 schrieb, gelte es nach Meinung der CIA, um jeden Preis zu verhindern, daß sich jemand vom US-Einfluß befreie. „Dabei ist klar, daß weder die Regie-



lung Reagan noch die Rassisten Pretorias sich mit dem Gedanken abfinden werden, Mauritius könnte den Weg des Sozialismus und der entschlossenen Blockfreiheit gehen.“

Während der Wahlkampagne aktivierte sich Agenten der CIA und der britischen Geheimdienste. Dazu „Afrique-Asie“: „Die Labour Party von Mauritius wird vom britischen Geheimdienst MI-6 unterstützt. Er hat die Aufgabe, durch psychologische Operationen Differenzen in der MMM zu schüren.“

Laut Pressemeldung gab es sogar Pläne, die MMM-Führung physisch zu vernichten. In diesem Zusammenhang legte die Partei bei dem US-Botschafter auf Mauritius Protest ein und verlangte, daß sich weder die CIA noch die US-Regierung in die internen Angelegenheiten des Landes einmische.

Die Umtriebe der Reaktion scheiterten. Der Block der Linken trug den absoluten Sieg davon. Ein völliger Mißerfolg dagegen waren die Wahlen für die rechte Sozialdemokratische Partei unter Gaëtan Duval, die sich für die Erweiterung und Festigung der Verbindungen von Mauritius mit dem Westen und der rassistischen RSA einsetzte.

Nach amtlichen Angaben aus der Hauptstadt Port Louis erhielten die Linken 60 von 62 Mandaten. Nach der Verfassung hat die Gesetzgebende Versammlung 70 Mitglieder, darunter 8 ernannte Abgeordnete. MMM-Vorsitzender Aneerood Jugnauth wurde Ministerpräsident, Verteidigungs-, Innenminister und Minister für Verfassungsreformen, Paul Bérenger Finanzminister.

Die Leidenschaften um die Wahlen haben sich gelegt. Aber das Volk sieht sich vielen komplizierten Problemen gegenüber. Ebendeshalb hat es jene vorgezogen, die ein konstruktives und realistisches Herangehen an ihre Lösung vorgeschlagen haben.

GEGEN DEN VOLKSWILLEN

Kürzlich meldete Reuter: „Vertreter des Westens äußerten Enttäuschung darüber, daß die schwarzen Nationalisten“ (d. h. SWAPO) „die letzten Vorschläge abgelehnt haben, die den Weg für die Gewährung der Unabhängigkeit an... Namibia Anfang 1983 bahnen sollten.“ In dieser Meldung finden sich lauter Halbwahrheiten. Es stimmt, daß die SWAPO tatsächlich die Vorschläge der „Kontaktgruppe“ für eine Namibiaregelung abgelehnt hat. Es stimmt auch, daß die westlichen Länder sowie die RSA damit unzufrieden sind. Doch Behauptungen, die westlichen Länder wollten „den Weg für die Unabhängigkeit Namibias bahnen“ und die SWAPO widersetze sich dem, sind erlogen und überdies eine Provokation.

Bereits 1966 hatte die UNO der RSA das Mandat über Namibia entzogen. Pretoria ignorierte diesen Beschuß und verwandelte das Territorium de facto in seine Kolonie. Es ignorierte auch eine Reihe anderer UNO-Resolutionen zu Namibia, darunter die Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrates, die einen Plan für den Übergang des Landes zur Unabhängigkeit enthält.

Logischerweise und entsprechend der UNO-Charta sollten gegenüber der RSA energische Maßnahmen, bis hin zu umfassenden Sanktionen, ergriffen werden. Doch die westlichen Länder USA, Großbritannien und Frankreich eilten den Rassisten zu Hilfe. Zusammen mit Kanada und der BRD übernahmen sie ungebeten die Vermittlung zwischen der RSA und der SWAPO, der Organisation, die den Kampf für die Unabhängigkeit Namibias leitet und von der UNO als einziger und authentischer Vertreter des Volkes anerkannt ist.

Das Wesen der Vorschläge der „Kontaktgruppe“, die aus diesen fünf NATO-Ländern besteht, läuft darauf hinaus, die Behandlung der Namibiafrage aus der UNO herauszuholen und die SWAPO zur Annahme der RSA-Bedingungen zu zwingen, die der Organisation im Grunde die Möglichkeit nehmen würden, in Zukunft das Land wirksam zu regieren und dessen nationale Interessen zu verteidigen. Verstehend, daß es aussichtslos ist, die SWAPO gleich zum Rückzug an allen Fronten zu zwingen, suchte die Fünfergruppe ihr eine „etappenweise Regelung“, genauer gesagt einen etappenweisen Rückzug aufzuzwingen. Die SWAPO wies das zurück und insbesondere den Vorschlag, Wahlen zur Konsti-

tuanter nach dem Prinzip „Ein Mann — zwei Stimmen“ oder „Ein Mann — eine Stimme — zwei Zählweisen“ durchzuführen. Ist ja die vorgeschlagene Wahlprozedur nicht nur zu kompliziert und für die Bedingungen Namibias unanwendbar, sie würde vor allem die Grundlage dafür schaffen, daß die weiße Minderheit ihre Herrschaft bewahrt.

Bezeichnenderweise trugen die letzten westlichen Vorschläge im Grunde ultimatischen Charakter. Doch das Ergebnis war ein ganz anderes, als die „Kontaktgruppe“ erwartet hatte. Die Erfahrungen der letzten fünf Monate haben, wie die SWAPO erklärt, sie überzeugt, daß etappenweise Verhandlungen der RSA helfen, Zeit zu gewinnen, um die von ihr in Namibia geschaffenen Marionettenparteien zu festigen. Wir sind bereit, unsere eingehenden Vorschläge zur schnellstmöglichen Lösung der Namibiafrage auf dem Verhandlungsweg zu formulieren, einer Lösung, die auf der Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats sowie auf den anderen UNO-Beschlüssen zu Namibia basiert, hieß es in der SWAPO-Erklärung. Die SWAPO schlug vor, unverzüglich eine Konferenz einzuberufen, an der sowohl sie als auch die RSA teilnehmen würden. Diese Initiative wurde von den Frontstaaten des südlichen Afrika entschieden unterstützt und erhielt die Billigung des UNO-Namibiarates.

Unter diesen Bedingungen begannen die Fünfergruppe und die RSA erneut zu manövriren. Um Druck auf die SWAPO und die sie unterstützenden Staaten auszuüben, begab sich eine Gruppe von Beamten des US-Außenministeriums auf Afrikareise. Nach ihnen brachte eine Delegation der Fünfergruppe neue Vorschläge: die Entscheidung über das Wahlsystem zu verschieben und die Verhandlungen über Fragen der nachfolgenden Etappe fortzusetzen. Daß solche Verhandlungen um der Verhandlungen willen kaum Ergebnisse zeitigen dürften, kümmert sie offenbar wenig. Vor allem müsse Zeit gewonnen werden. Wofür? Um die Öffentlichkeit auf eine neokolonialistische „innere Regelung“ vorzubereiten. Nicht von ungefähr nannte Dirk Mudge, Premier der Marionettenregierung Namibias, offen die „innere Regelung“ eine „Alternative zur Sicherheitsratsresolution Nr. 435“. Die RSA und ihre Lakaienten kümmern sich weder um die UNO noch um den Volkswillen.

V. SOWETOW

Der Thatcherismus ist in eine neue Phase getreten. Sie ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß drei Jahre seit dem Machtantritt der Tory-Regierung vergangen sind. Wichtiger ist etwas anderes: Konkrete Ergebnisse ihrer Tätigkeit sind deutlich geworden. Worüber man sich früher nur in Mutmaßungen erging, nahm Gestalt an. Hauptbesonderheit der zweiten Phase des Thatcherismus ist die weitere Verstärkung des Rechts-trends.

„Die Philosophie hinter Margaret Thatchers Programm ist klar, obgleich fraglich“, sagte Prof. Monica Charlot (Sorbonne). Die Tories verhießen ein starkes Wirtschaftswachstum durch monetaristische Maßnahmen. Die Regierung versprach eine Zügelung der Inflation, die Steigerung der Produktion und eine Hebung des Lebensstandards. Und die Ergebnisse?

Die Einkünfte der 22 Millionen Arbeitnehmer sind in den ersten drei Quartalen 1981 um mehr als 4% zurückgegangen. Der Thatcherismus sagt auch weitaus nicht allen Vertretern der Geschäftswelt zu — obgleich da die Lage natürlich eine andere ist. Die Profite in Industrie und Handel kletterten im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 13%.

Die Rezession wird von vielen Fachleuten für katastrophal erachtet: Die Industrieproduktion ist 1981 gegenüber 1979 um 11,5% gesunken. Die Arbeitslosenzahl stieg um mehr als das Doppelte, überschritt die 3-Millionen-Schwelle und beträgt jetzt 12,4%. Nach Prognosen der Zeitschrift „Economist“ wird die Depression in den kommenden fünf Jahren zunehmen und die Arbeitslosigkeit 13,5% erreichen.

Die Tories hatten versprochen, „die Einkommenssteuern auf allen Ebenen zu senken, um die Menschen für harte Arbeit, für Verantwortung und Erfolg zu belohnen“. Das klang vielversprechend, doch wie kam es wirklich? Die Einkommenssteuer wurde tatsächlich von 33 auf 30% herabgesetzt. Doch das wurde mehr als wettgemacht durch höhere indirekte Steuern, Sozialabgaben usw. Infolgedessen bleibt heute, wie die „Financial Times“ konstatierte, einer englischen Familie nach Abzug der Steuern und der anderen Abgaben 5,5% weniger Geld als im Jahr des Tory-Machtantritts. Nach dem Einverständnis des Finanzministeriums liegt der Mindeststeuersatz heute höher als in jedem anderen EG-Land. Ein Ehepaar mit zwei Kindern verliert 37,75% seiner Einkünfte (1978 — 31,5%) durch Steuern und Sozialabgaben.

Die Inflation konnte nicht gezu-

THATCHERISMUS: ZWEITE PHASE

Wladimir LARIN

gelt werden — zumindest nicht im versprochenen Ausmaß. Wenn man dazu die steigenden Preise für Gas, Strom, Verkehrsmittel, die höheren Lokalsteuern und Mieten nimmt (durchschnittlich von 21% im Mai 1979 auf 43% im Mai 1981 und um weitere 10 bis 25% bis zum März 1982), ist ein spürbares Absinken des Lebensstandards zu konstatieren.

Die Tories haben von Anfang an den Gewerkschaften den Kampf erklärt, um den Widerstand der Werk-tätigen gegen den Regierungskurs zu erschweren. Die Offensive erfolgt in zwei Hauptrichtungen: Als Hebel wird die Massenarbeitslosigkeit eingesetzt. Die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes bremst die Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder. Überdies sieht eine Sondergesetzgebung die weitere Einschränkung des Streikrechts und eine weitgehende Schwächung der Positionen der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern vor.

Ein weiterer Zug der zweiten Phase des Thatcherismus ist die unver-söhnliche Haltung der Ministerpräsidentin gegenüber jenen Kabinettsmitgliedern und hohen Beamten, die Zweifel an der Richtigkeit des Regierungskurses äußern. Geschätzter werden nur widerspruchlose Ergebenheit und vorbehaltlose Unterstüt-zung. Seit 1979 nahm Thatcher mehr-mals entsprechende Kabinettsumbe-setzungen vor.

Ein ausgesprochen harter, extre-mistischer Kurs bestimmt die Außen-politik der Regierung. Ein besonde-rer „Höhepunkt“ war der britisch-argentinische Konflikt: Die Regie-rung Thatcher stellte mit Waffenge-walt den kolonialen Status der Falk-landinseln (Malvinen) wieder her. Eine sehr spezifische Vorstellung von den heutigen internationalen Bezie-hungen ist nötig, um Anfang der 80er Jahre einen Kolonalkrieg zu entfesseln.

Der außenpolitische Kurs Wash-ingtons und Londons ist von Ag-gressivität gekennzeichnet. Natürlich treten die USA in der internationa-llen Arena in einer anderen „Ge-wichtsklasse“ auf als Großbritannien. Doch ihrer Entspannungsfeindlichkeit nach steht die britische Regie-rung der amerikanischen nicht nach.

Und in einer Reihe von Fällen bean-sprucht sie sogar die erste Geige.

Die Tories haben von Anfang an erklärkt, sie würden eine „Politik der Stärke“ verfolgen, vor allem gegen-über der Sowjetunion. Die britisch-argentinische Krise hat gezeigt, daß dieser Kurs in Wirklichkeit weiter ausgerichtet ist.

Drei Jahre lang verstärkten die Tories immer wieder das Militärpo-tential des Landes. Bei allen Veränderungen von Etatposten wurden die Rüstungsausgaben stets angehoben.

Doch etwas hat noch gefehlt. Die Wochenschrift „Economist“ zitiert die vor einem Jahr erfolgte ver-trauliche Äußerung einer hochge-stellten Persönlichkeit aus Ma-rinekreisen. Damals waren gerade Gerüchte über mögliche Veränderun-gen im Rüstungshaushalt in Umlauf, die die Interessen der Kriegsflotte berühren könnten. Hier diese Äuße-rung: „Ein kleiner Kolonalkrieg, der eine große Zahl von Schiffen verlangt, ist das, was wir jetzt und drin-gend brauchen.“ Im April 1982 bot sich eine solche Möglichkeit.

Auf den Britischen Inseln fanden die Ideen für eine Ausweitung des NATO-Gebiets besonderes Interesse. Anfangs bekundete London Ver-ständnis für die Pläne der NATO- und US-Strategen bezüglich mögli-cher Nahostaktionen. Im Südatlan-tik waren die Tories selbst die ersten, fest überzeugt von der Unterstützung Washingtons und der NATO-Partner. Sie täuschten sich nicht.

Harte Töne schlägt der Thatche-riusmus bisweilen selbst gegenüber Verbündeten an. Das stieß kürzlich auf entschiedenen Widerstand in der EG. Die Partner stimmten entgegen Londons Veto für eine neue Agrar-preisordnung. „Ihrer Politik der Stärke folgend, die sie seit dem Bei-tritt zur Gemeinschaft verfolgen, ha-ben die Engländer eine offene Krise ausgelöst, die ernsthafte Folgen ha-ben kann“, konstatierte der Pariser „Monde“.

Thatcher und Reagan verstehen einander immer besser. Doch in vie-len anderen Bereichen ist in den ver-gangenen drei Jahren die Lage der Briten komplizierter geworden. Das gilt für die Verbindungen zu den sozialistischen Ländern, zu den ande-

ren EG-Mitgliedern und den Staaten Lateinamerikas. Großbritanniens Zu-stimmung zur Beteiligung an der multinationalen Sinai-Truppe löste Proteste in der arabischen Welt aus.

Der weitere Rechtstrend fand sei-nen Niederschlag auch im ideologi-schen Klima des Landes, besonders während des Konflikts mit Argenti-nien. Die Regierung vermochte chauvinistische Stimmungen aufzu-wöhnen.

Meinungsumfragen zufolge hat das Vertrauen zur Regierung von April bis Juni zugenommen. Die Tories konnten sogar in diesem Zeitraum dank der allgemeinen Hysterie eini-ge Nachwahlen gewinnen.

Doch zugleich treten viele Briten für eine friedliche Regelung der Streitfrage ein und verlangen die Respektierung der UNO-Charta. Doch im Trommelfeuer der offiziellen und regierungsfreundlichen Kritik haben sie es nicht leicht.

Als die BBC am 10. Mai im TV-Programm „Panorama“ nicht nur den Standpunkt der Regierung, son-dern auch die Meinung Andersden-kender (der offenkundigen Minder-heit, wie dabei betont wurde) darstellen wollte, entbrannte ein Skandal. Thatcher persönlich bekundete „tiefe Besorgnis“. Die Moderatoren mußten sich rechtfertigen.

All das ist kein Zufall. Seit ihrem Machtantritt manipulieren die Tories die öffentliche Meinung, um das geeignete psychologische Klima zur Verwirklichung ihrer Ideen zu schaf-fen. Die Tories führen Propaganda-kampagnen zur Unterstützung der NATO-Doktrinen durch. Neutronen- und chemische Waffen werden ge-priesen, die Feindschaft gegenüber der Sowjetunion und den anderen so-zialistischen Ländern wird geschürt.

Die ideologische Großoffensive hat ihre Spuren hinterlassen und der Öf-fentlichkeit Dinge eingeredet, die manche Leute daran hindern, die Realitäten zu sehen.

Heute fragen sich viele Menschen in Großbritannien, wie es denn wei-tergehen soll.

Die wahren chauvinistischen Or-gien um den „kleinen Krieg“ im ent-fernten Südatlantik haben die Posi-tion der Regierung etwas gefestigt. Die Konservativen sind etwas zusam-mengerückt, die oppositionelle La-bour Party ist noch tiefer gespalten. Die Aufmerksamkeit der Werktäti-gen wurde vorübergehend von den schweren sozialen und wirtschaftli-chen Folgen der Tory-Politik abge-lehnt. Doch all das überwindet nicht die langfristigen Probleme und bringt keine Lösungen für die komplizier-ten wirtschaftlichen, sozialen und po-litischen Fragen Großbritanniens.

KRISE DER KRISENSTRATEGIE

Wladlen KUSNEZOW

Nach dem Gipfel der „Sieben“ in Versailles und der NATO-Ratstagung in Bonn ist im Westen die Rede davon, man habe dort geradezu eine neue Ära der Ost-Beziehungen eingeleitet. Eine Ära, so behauptet man, sehr viel konstruktiver als die schüttete Politik der Entspannung und der Konfrontation, mit der man sich jetzt in Washington und auch in einigen anderen Hauptstädten der NATO-Länder frustrierte. Die Völker dieser Staaten fordern jedoch etwas anderes: die Einhaltung des Friedenskodex der Entspannung, das Festhalten am Geist von Helsinki, korrekte Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Verbündeten, Suche nach Übereinstimmung in den Schlüsselfragen zur Verhütung eines Krieges und zur Eindämmung des Wettrüstens. Diese Forderungen werden auf großen Kundgebungen beiderseits des Atlantik laut. Man kann sie nicht einfach wie eine lästige Fliege hinwegwedeln. So muß man eben sein mein culpa auf die NATOgepanzerte Brust schlagen und seinen Friedenswillen bekunden.

Die sozialökonomische Krise im Westen hat bereits mehrere Regierungen ins Aus laviert. Massenarbeitslosigkeit, Inflation, sinkender Lebensstandard gestalten kein ruhiges Regieren, sondern halten „die da oben“ in ständiger Spannung, in der Angst vorm „Vertriebenenschicksal“. Nun sieht es aus, als zeichne sich am politischen Horizont des Westens eine neue Gefahr ab.

Vor den Treffen in Versailles und Bonn brachte die „New York Times“ einen bemerkenswerten Artikel des ehemaligen BRD-Kanzlers und jetzigen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der einen feinen Riecher für die Tendenzen und Nuancen der Weltpolitik hat. Er hat auch ein Gespür für die Gefahr, die dem Westen sehr bald große Unannehmlichkeiten machen könnte. Gemeint ist hier nicht die „sowjetische militärische Bedrohung“ und nicht einmal die Wirtschaftskrise, die bereits eine unaufhörliche Quelle politischer Misere wurde. Willy Brandt beunruhigt etwas anderes. „Es gibt da eine zunehmende Opposition gegen die Basis der westlichen Sicherheitspolitik“, warnt Brandt. Diese Opposition erwächst vor allem aus dem Kurs der Washingtoner Administration in den internationalen Angelegenheiten und insbesondere gegenüber der Sowjetunion. „Die trans-atlantischen Spannungen, die in den letzten Monaten entstanden sind“, schreibt Brandt, „erklären sich hauptsächlich aus der Tatsache,

dass die Vereinigten Staaten anscheinend einseitig eine Politik der militärischen Stärke favorisieren, während ihre europäischen Partner, da sie erkennen, dass es dabei peinliche Rückschläge gegeben hat, weiter vorhaben, die Ost-West-Kontakte fortzusetzen.“ Weiter seien aus dem europäischen Blickwinkel „alle Versuche, militärische Überlegenheit zu erlangen, und andere Anstrengungen, die andere Seite durch die Eskalierung der Verteidigungsausgaben Bankrott zu machen, ebenso unrealistisch wie gefährlich“.

Das sind, wie wir sehen, vorsichtige und delikate Formulierungen, deren Schärfe dennoch offenbar ist. Wenn die NATO auf die friedliche Gesinnung einer breiten Öffentlichkeit keine Rücksicht nimmt und sich nicht von ihrer blinden und hypertrophierten Verfechtung der Politik der militärischen Gewalt trennt, dann könnte es den „Großen der Welt“ im Westen übel ergehen. Das friedenshungrige „Fußvolk“ hat die Mittel zur Einwirkung auf die aggressiven „Oberen“, wenigstens solche, wie den Wahlzettel. Willy Brandts Schlussfolgerung: „Viel wird von uns allen abhängen, in den USA und in Europa, ob es uns gelingt, die Bürger unserer Länder von unserem Willen und unserer Fähigkeit, den Frieden zu erhalten, zu überzeugen.“

Bislang ist das nicht gelungen. Eher im Gegenteil. Brandt hat hier die Achillesferse der NATO-Politik berührt, die nicht nur sozialökonomische Zukunftsunsicherheiten, sondern auch die Unsicherheit am Frieden vom Morgen schafft. In den NATO-Ländern beurteilt man nämlich die Politik der Regierungen heute immer eindeutiger nach dem wichtigsten Kriterium, das lautet, wie sie zur Frage aller Fragen, zur Verhütung eines Kernkriegs stehen.

Kein einziges Problem, wie bedeutend es auch immer sei, darf als wichtiger gelten, als die Notwendigkeit, eine allgemeine nukleare Katastrophe zu vermeiden. Diese Äußerung wird laut Agenturmeldungen dem kanadischen Premier Trudeau auf der Bonner NATO-Ratstagung zugeschrieben. Er nannte die Verhütung des nuklearen Wettrüstens, das „beide Lager zur gegenseitigen Vernichtung führen könnte“ als höchstes Ziel. Das NATO-Treffen hat jedoch gezeigt, daß Washington ganz andere höchste Ziele und andere Prioritäten im Auge hat. Das ist die totale nukleare Hochrüstung in dem übersteigerten Drang, die erste Militärmacht der Erde zu werden. Das ist der Kurs auf die militärstrategi-

sche Überlegenheit der USA über die UdSSR und der NATO über den Warschauer Vertrag; ist der ideologische „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus; ist der Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten.

Diese höchsten Ziele preisen das Weiße Haus, das State Department und das Pentagon auch den Verbündeten als gemeinsame Plattform des Nordatlantikpakts an. Und die hören nun einmal mehr auf die Forderungen aus Washington als auf die ihrer Völker und auf die Appelle kompetenter Politiker und angesehener Experten, den nuklearen Eifer zu bremsen sowie auf gefährliche und provokatorische Doktrinen zu verzichten. Die am Rhein versammelten NATO-Mitglieder hatten kein Ohr für das Verlangen der Völker, auf die Erstanwendung der Kernwaffe und auf die Konzeption des „begrenzten Nuklearkriegs“ zu verzichten. Sie beharren im Grunde weiter auf der einseitigen nuklearen Abrüstung der UdSSR, ohne selbst irgendwelche Zugeständnisse machen zu wollen. Sie erklärten erneut ihre Intensionen, die Stationierung neuer US-amerikanischer Kernraketensteine mittlerer Reichweite in der Nähe der Grenze zur sozialistischen Gemeinschaft zu Ende zu führen.

Die NATO-Ratstagung hat erneut gezeigt, daß die Mitglieder weit entfernt davon sind, sich der Kurzsichtigkeit und der kleinlich-giftigen militärpolitischen Stereotypen und Dogmen aus den Zeiten des einstigen Atombombenmonopols zu entledigen. Weit entfernt auch von jener zutiefst verantwortungsbewußten und globalen Einstellung zu den Fragen Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter, wie sie die Sowjetunion demonstriert, die auf der zweiten Abrüstungsversammlung der UNO verkündete, sie verpflichtete sich, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen.

In einer Analyse des Bonner Trefens kommt der kanadische „Toronto Star“ zu dem Schluß: „Die NATO hat die Möglichkeit verschenkt, gleichzeitig die Beziehungen zur Sowjetunion etwas zu verbessern und ihr ein Zeichen zu geben, daß der Westen ernstlich an einer Wiederaufnahme des Dialogs über die Rüstungsbegrenzung denkt. Das NATO-Schlussschreiben will lediglich sagen, daß der Westen nur jene Versuche zur Entspannung als echt ansieht, die den amerikanischen Konzeptionen entsprechen.“ Anders ausgedrückt: entweder Entspannung auf amerikanisch oder überhaupt keine.

Ja, die Möglichkeiten waren verschenkt. Die Teilnehmer an der NATO-Ratstagung hatten für die sowjetischen Vorschläge zu den grundlegenden Problemen in den Ost-West-Beziehungen, insbesondere zur Abrüstung, nur ein Schweigen. So als gäbe es diese Vorschläge überhaupt nicht, als richteten sie sich nicht an die NATO-Mitglieder, sondern an Außerirdische. Gleichzeitig aber finden sich im NATO-

Kommuniqué viele hochgestochene Worte von „Verantwortungsgefühl“, von Bestreben, „den Krieg zu verhüten“, „den friedlichen Fortschritt in aller Welt zu fördern“. Gesprochen wird auch davon, „in Dialogen, Verhandlungen und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit konstruktive Ost-West-Beziehungen herzustellen“.

Man möchte diese Schalmeiklänge geradezu mit der Frage unterbrechen, ob denn ein Dialog möglich sei, wenn der eine nicht zuhören wolle, was der andere sage? Ob es konstruktive Beziehungen geben könne, wenn die eine Seite sich nicht einmal die Mühe macht, die Vorschläge der anderen zu prüfen? Die Sowjetunion hat den einseitigen Beschuß gefaßt, die weitere Stationierung der Mittelstreckenraketen in ihrem europäischen Landesteil einzustellen. Sie begann damit — wieder einseitig —, einen Teil dieser Waffen abzubauen. Unter Berücksichtigung westlicher Wünsche erläuterte sie ihre Position und versicherte, sie werde keinerlei Mittelstreckenraketen zusätzlich dort stationieren, wo Länder Westeuropas in ihrer Reichweite lägen. Die NATO aber, an deren Adresse das alles gerichtet ist, zuckt nicht einmal mit den Brauen.

Die Ost-West-Beziehungen können nicht gehaltvoll sein, wenn die NATO die sowjetischen Vorschläge verschweigt oder unbesehn zurückweist, ohne in deren Wesen eindringen zu wollen, oder jahrelang — auch das gab es — keine vernünftige Antwort darauf gibt. Diese Beziehungen werden nicht gehaltvoll sein, wenn man sich nicht auf das wichtigste konzentriert, nämlich auf die Suche nach Wegen zur Minderung der militärischen Konfrontation, zur Eindämmung des Wettrüstens und zur Erzielung konkreter Abkommen betriffs der einen oder anderen Abüstungsprobleme am Verhandlungstisch.

In den letzten Jahren sprach man in einigen NATO-Ländern, vor allem in der BRD, von der „Sicherheitspartnerschaft“. Die Sowjetunion ist für eine solche Partnerschaft. Sie betrachtet die NATO-Länder eben als Partner in der Entspannung und nicht als „potentielle Gegner“ oder gar als „Todfeinde“ (aus dem beliebten Wortschatz der Washingtoner und mancher NATO-„Falken“). Einzig und allein partnerschaftlich dürfen die Beziehungen zwischen den Staaten der gegensätzlichen Systeme im Kernzeitalter sein. Doch wir wiederholen, Partnerschaft ist ein hoher, verpflichtender Begriff, der an seine Teilnehmer ernsthafte Anforderungen stellt. Von der elementaren Prüfung der Gedanken und Projekte der anderen Seite bis zur grundlegenden Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen.

Die Sowjetunion, erklärte nach der Bonner-NATO-Ratstagung Bundesaußenminister Genscher, könne „sicher sein, der Westen will nicht einseitige Vorteile für sich, ihm sind die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion genauso bewußt wie seine eigenen“.

Sein Wort in Washington Gehörung! Wenn die Dinge so stünden, wie Genscher behauptet, gäbe es in den Ost-West-Beziehungen nicht jene Probleme, die sie belasten. Es gäbe vor allem kein Mißtrauen. Gäbe keine Spannungen, die diese Beziehungen und die gesamte Welt-situation belasten. Man möchte gern an den guten Willen glauben, wie aber soll man die „Sicherheitspartnerschaft“ mit den Intentionen in Einklang bringen, die Sicherheit des Partners zu bedrohen? Oder mit den Plänen Washingtons und seiner westeuropäischen Verbündeten, Pershing 2 und Marschflugkörper auf die Sowjetunion zu richten, die innerhalb von 5 bis 6 Minuten über denen zerbersten könnten, denen man versichert, man sei sich ihrer Sicherheitsinteressen genauso bewußt wie der eigenen, d.h. derer, die als erste auf den Knopf drücken können.

Von welcher Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite durch die NATO kann überhaupt die Rede sein, wenn eines ihrer eigenen Mitglieder, gemeint ist Washington, bereit ist, dergleichen Interessen seiner westeuropäischen Verbündeten zu mißachten. Versailles und Bonn haben erneut bewiesen, daß Washington auf die fundamentalen Interessen der Westeuropäer, ob nun in Wirtschaft, Politik oder Militärstrategie, pfeift.

US-Außenminister Haig selbst mußte zugeben, daß die kurzsichtige Handels- und Wirtschaftspolitik der Administration mit ihren Sanktionen und Embargos „ernstliche Opfer seitens der US-Industrie hinsichtlich der Arbeitsplätze und zukünftiger Märkte“ erfordere. Nach dem Motto: Wenn es mir selbst schlecht geht, dürfen auch die anderen nichts zu lachen haben, sollen die westeuropäischen Länder ruhig „ernstliche Opfer“ bringen. Und schon verlangt Washington, daß auch Westeuropa der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern den Wirtschaftskrieg ansage. Man will dort keine Rücksicht darauf nehmen, daß eine Reduzierung des Ost-Handels für Westeuropa unvorteilhaft wäre, dem dieser Handel ein nicht unwichtiger Faktor der eigenen sozialökonomischen Stabilität ist. Diese Stabilität untergräbt Washington auch auf andere Weise. Die Hochzinspolitik der USA, der „teure Dollar“ führen zum Abfluß westeuropäischen Kapitals nach Übersee. Dort finanziert man damit das eigene Haushaltdefizit und das Wettrüsten des Pentagon. Während manche westlichen Kommentatoren sich der Illusion des „Geistes von Versailles“ hingeben, beschritt Washington erneut westeuropäische Stahlimporte, und Paris mußte den Franc abwerten, um dem Dollardruck standzuhalten.

Diese Mißhelligkeiten aber stehen in keinem Vergleich zu dem, was das Pentagon Westeuropa mit dem „begrenzten Nuklearkrieg“ bereitet. Die da als Verteidiger der Alten Welt dastehen wollten, könnten zu ihren

Totengräbern werden. Darüber werden sich Millionen Westeuropäer immer klarer.

„Die militärische Strategie der NATO befindet sich in einer tiefen Krise“, konstatiert die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Analyse der NATO-Ratstagung und der Ausmaße der Massenbewegung gegen die Planer eines Kernkriegs. Diese Strategie wird von der Mehrheit der Bevölkerung in den NATO-Ländern abgelehnt. Dazu gibt es auch in der Organisation selbst keine Einhelligkeit.

In der NATO wird viel von Sicherheitsproblemen geredet. Und da sollte man doch fragen dürfen, ob dieser Pakt eine vernünftige Sicherheitskonzeption besitzt, die den Erfordernissen des Nuklearzeitalters entspricht. Schließlich kann man doch die Konzeption des Erstschlags, des „begrenzten Nuklearkriegs“, der militärischen Überlegenheit und lokaler Konflikte nicht als vernünftig ansehen. Eine Konzeption, die auf die Untergrabung der Sicherheit der anderen Seite abzielt, ist eine Konzeption der Globalstrategie zur Destabilisierung, also eine Konzeption, die die Sicherheit auch jener Staaten untergräbt, in denen derartige Doktrinen geboren werden. Sie ist also eine Konzeption des Selbstmords.

Heute mehr denn je ist erkennbar, daß die NATO mit dem Pentagon voran der Hauptantrieb der Spannungen in der Welt ist. Sie schafft die Atmosphäre, in der Aktionen wie die Kolonialexpedition Großbritanniens im Südatlantik und die israelische Aggression gegen Libanon möglich werden.

NATO-Generalsekretär Luns erwähnte den „schmutzigen Krieg“ des Pentagon in Indochina und erklärte, die Organisation habe sich in der Vergangenheit immer seinen Mann gestanden. Dagegen verkündet der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa General Rogers, die NATO müsse wichtige Lehren aus dem britisch-argentinischen Konflikt ziehen. Man müsse die Lehre studieren, diese Erfahrung richtig einstufen und sie in Zukunft nutzen. Es gebe immer Prinzipien, die es wert seien, daß dafür gekämpft werde. Das klingt bedrohlich, besonders wenn man bedenkt, daß in der Bonner Erklärung ein Ausschwärmen der NATO über ihren geographischen Bereich ins Auge gefaßt wird.

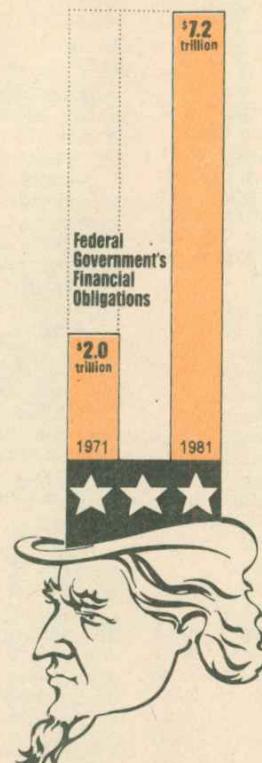
Die Krisenstrategie der NATO steckt in einer Krise. Das macht sie jedoch nicht weniger gefährlich. Eher umgekehrt. Mit dem Verlust ihrer politischen Stützpunkte wird die NATO immer eindeutiger ein militaristischer Pakt. Das verpflichtet die Völker zu höchster Wachsamkeit.

WER SOLL DAS BEZAHLEN...

„Nach letzten Berechnungen belaufen sich die Schulden der amerikanischen Regierung auf 7,2 Billionen Dollar — 3,5 mal soviel wie vor 10 Jahren.“ Diese Nachricht brachte „U.S. News and World Report“ im Mai seinen Lesern.

Das würde mehr als das 2,4fache des USA-Bruttonzialprodukts ausmachen — dem Nachrichtenmagazin zufolge pro Kopf 31 000 Dollar.

Woher stammen diese riesigen Schulden? Vor allem aus der gestiegenen direkten Verschuldung durch Staatsanleihen (1,1 Billionen Dollar). Doch das ist nur ein Siebtel der Gesamtschulden. Vor allem ist das durch die juristischen Verpflichtungen der



US-Regierung bedingt, fristgemäß und auf die erste Anforderung hin zu

zahlen. An Lieferfirmen aus Kontrakten (509 Md. Dollar), deren Löwenanteil auf Rüstungsaufträge entfällt. Die Versicherung für Privatkredite und Bankenlagen sowie für Verluste durch Unruhen, Kriegshandlungen und Naturkatastrophen (2,6 Billionen). Die Regierung hat ferner finanzielle Garantien für diverse Bundesprogramme (ca. 2,9 Billionen Dollar) abgegeben.

Wohl kaum werden die Bundesbehörden all diese riesigen Verpflichtungen gleichzeitig einlösen müssen, beruhigt „U.S. News and World Report“. Selbst angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Wahrscheinlichkeit von Massenbankrotten können nur 2 Billionen Dollar gleichzeitig von ihr verlangt werden.

Doch woher soll Washington die 2 Billionen nehmen — ist es ja auch so total verschuldet? Auf diese Frage gibt das Blatt keine Antwort.

P. ANDREJEW



Washingtoner Solist

Zeichn.

EDU, PDU...

Am 26. Juni findet in Tokio die konstituierende Konferenz der „Pazifischen Demokratischen Union“ (PDU) statt. Gründer der neuen Allianz sind die Liberaldemokratische Partei Japans, die Nationalpartei Neuseelands, die au-

stralische Partei, die Pr... werden USA Als Gründungsmitglied „Europäische Union“ 1976 v... servativ

NACH NATO-WUNSCH

Erst vor einem halben Jahr hatten hohe Vertreter von Bundeswehr und Rüstungsindustrie bei einem Treffen in Bad Godesberg Gegenmaßnahmen gegen die bundesdeutsche Friedensbewegung beschlossen. Die Attacke wurde über die Massenmedien eröffnet — man beschloß, „objektiv“ über „Verteidigungs“probleme und „Sicherheitspolitik“ zu berichten. Doch ohne „einseitige Panikmache“ (das tun ja angeblich die Abrüstungsdemonstranten).

Gesagt, getan. Kürzlich lief im 1. Programm des BRD-Fernsehens der Film „Frieden — aber wie? Die Bundeswehr und die Friedensbewegung“.

„Die einen gehen auf die Straße für den Frieden ohne Waffen..., die anderen ... tun ihren

Dienst für den Frieden mit Waffen“, tönt eine Sprecherstimme. Weiter erfährt der Zuschauer, daß jene „ohne Waffen“ nur Angst und Panik auf die Straße tragen, doch keinerlei „glaubwürdige Alternativen“. Im Gegensatz zu den wahren Friedenskämpfern, denen mit der Waffe — Soldaten und Offiziere der Bundeswehr. Und es scheint nur so, als ob sie die Kriegsgefahr auf die leichte Schulter nähmen. Nur wissen sie es genau: Kriegsvorbereitungen sind notwendig, ebenso wie Nuklearraketen und -bombe, chemische Waffen... Die Augen hat ihnen der Verteidigungsminister höchstpersönlich geöffnet. Er erklärte: „Die traditionelle Sicherheitspolitik“ hat sich schon seit langem überlebt



und ist „kaum noch an den Mann zu bringen“.

Auf dem Bildschirm erscheinen dann kräftige junge Männer, „Jugendoffiziere“ der Bundeswehr, die für die Stationierung

von US-Mittelstreichern Europa trommeln.

Der Film macht zufolge Eindruck, was anders, als man dacht hatte. Nich...

RAKETEN UND MAFIA

„Solange wir nicht die Raketen beseitigt haben, kann von einem Aufbau der Industrie auf Sizilien und vom Kampf gegen die Mafia nicht die Rede sein...“. Das sagte Pio La Torre, Mitglied des IKP-Vorstandes und Führer der sizilianischen Kommunisten, der kürzlich von Terroristen in Palermo ermordet wurde.

Die Mafia erwähnte er nicht von ungefähr. Bereits jetzt reißen sich Profitgeier um die Aufträge zum Bau des Stützpunktes Comiso für amerikanische Cruise Missiles. In letzter Zeit wirkte Pio La Torre besonders aktiv am Aufbau der Friedensbewegung auf Sizilien mit. Er war ein Initiator des Friedensmarsches der Hundertausend nach Comiso. Offenbar störten seine Aktivitäten die Pläne jener Spionagedienste, die sich damit befassen, den Boden für Washingtons militaristische Unterfangen zu bereiten. Und die wandten sich an die Mafia. Für die ist es ein Kinderspiel, eine unbequeme Person zu beseitigen. Offenbar sind die Aufträge, an denen man sich so richtig gesundstoßen kann, der Mafia schon sicher.

V. ROMANOW

kiridis

ei und
ervative
Tagung
us den

ten die
OU die
atische
en, die
e kon-
ich-de-

mokratischer Parteien Westeuropas gegründet wurde.

In Zukunft sollen beide Organisationen die Grundlage einer „Freien Internationale“ [der Gedanke gehört der britischen Ministerpräsidentin Margaret Thatcher] werden, die ein Gegengewicht gegen die Sozialistische Internationale [SI] zu bilden hätte. Die ganze Tätigkeit der SI für

einen Ost-West-Dialog ist den Konservativen ein Dorn im Auge.

Doch das außenpolitische Programm der japanischen Liberaldemokraten, die das militärisch-politische Bündnis mit den USA festigen wollen und Kurs auf Militarisierung genommen haben, der australischen Liberalen, die das Land in die Globalstrategie des Pentagon einziehen wollen, und der anderen PDU-Gründungsparteien ist hinreichend bekannt. Wohl kaum dürfte die Weltöffentlichkeit das als eine vernünftige Alternative zur Entspannungspolitik ansehen.

Seinerzeit wurde das Credo der „Europäischen Demokratischen Union“ so formuliert: „Bekämpfung von Kommunisten und Sozialisten“. Die gleiche Aufgabe setzt sich nun auch die PDU.

All diese Jahre vegetierte die „Europäische Demokratische Union“ fast unbemerkt vor sich dahin. Der „Kampf gegen den Kommunismus“ überforderte sie offenbar. Ob jetzt alle Hoffnung in die PDU gesetzt wird?

L. SMIRNOWA

Derartige Reklame — dieses Foto entnahmen wir dem „Spiegel“ — findet sich immer häufiger in der bundesdeutschen Presse. Die Bundeswehr wirbt junge Leute an, indem sie ihnen ein „interessantes Leben“ verspricht. Hierbei vergibt man nicht hinzuzufügen, einziges Ziel sei der „Friede“.

L. MLETSCHIN

NICHT NUR DIE PFERDESTÄRKEN

Für den Vorschlag der bürgerlichen schwedischen Regierung stimmte weniger als die Hälfte der Riksdagsmitglieder. Und doch wurde das Gesetz über das neue Rüstungsprogramm Schwedens angenommen. Kostenpunkt: ca. 83 Md. Kronen. Die Sozialdemokraten meinen, daß diese Summe noch höher ausfallen kann.

Die Bürgerlichen suchen jetzt diese Ausgaben vor den Steuerzahldern zu rechtfertigen.

Die Regierung verweist auf die Neutralität Schwedens. Und die müsse angeblich mit modernsten Streitkräften zuverlässig geschützt werden, dann werde auch die Sicherheit des Landes gegenüber ausländischen Mächten gewährleistet sein. Und die Unabhängigkeit?

Die moderne Rüstungstechnik ist kompliziert und kostspielig. Ein kleineres Land, selbst wenn es über eine entwickelte Industrie verfügt, kann das nicht alleine schaffen: Hierfür müßte die gesamte schwedische Wirtschaft für die Rüstung arbeiten. Allerdings gibt es noch



einen anderen Weg — die militärisch-technische Zusammenarbeit mit den USA und der NATO. Gerade in diese Falle wollen die Bürgerlichen das Königreich Schweden locken.

Man nehme nur das JAS, ein Mehrzweckkampfflugzeug für die schwedische Luftwaffe. Seine Entwicklung ist ein Kernpunkt des Rüstungsprogramms. Die Motoren und einige weitere Details sollen aus den USA geliefert werden.

Technische Abhängigkeit im militärischen Bereich ist der erste Schritt zur politischen Abhängigkeit. Gerade diese Gefahr verbirgt sich nach Meinung der demokratischen Kräfte Schwedens hinter dem Rekordrüstungsprogramm. Die neuen Waffen festigen keineswegs die Neutralität, im Gegenteil — sie gefährden sie nur. Für die Amerikaner ist das ein gefundenes Fressen. Um die traditionelle Neutralitätspolitik Schwedens zu untergraben, sind sie bereit, selbst ihre Flugzeugmotoren einzusetzen. Und die Kraft dieser Motoren bemüht sich nicht nur nach Pferdestärken.

D. KISSELJOW
Unser Bild: Der JAS
Foto: „Norrskensflamman“
(Schweden)

AMERIKANISCHE ILLUSIONEN

Michail TSCHERNOUSSOW

Die Herrschenden in „Gottes eigenem Land“ sind schon nicht das erste Jahrzehnt von der gefährlichen Illusion einer „Pax Americana“, dem Traum von amerikanischer Weltherrschaft, besessen. Heute werden ausgedehnte Regionen in verschiedenen Weltteilen einfach zur Zone der „Lebensinteressen“ der USA erklärt. Gegen die Welt des Sozialismus, die bei der Errichtung der Weltherrschaft stört, wird zum „Kreuzzug“ geblasen. Auf alle, die sich der Verwirklichung des Traums von der „Pax Americana“ widersetzen, wird Druck ausgeübt.

Vor diesem Hintergrund nehmen sich die Äußerungen der westlichen Presse von der Unerfahrenheit, der Inkonsistenz und der Unvorhersehbarkeit der außenpolitischen Handlungen der Reagan-Administration nicht sehr seriös aus. Noch weniger seriös erscheint die Vorliebe für Streitereien zwischen Administrationsmitgliedern. In den letzten Wochen haben die westlichen Beobachter eine neue Beschäftigung gefunden — die Reden des Präsidenten am Kammerton abzustimmen. Man lauscht, wie die Stimme des Präsidenten vor der Rede in Eureka, dabei und danach klang: Gegenüber der Sowjetunion wurden ein harter Ton und hohe Noten angeschlagen, dann sei der Ton weicher geworden, die Stimme klang eine Note tiefer, dann wurde sie wieder härter. Im britischen Parlament gab der US-Präsident schließlich gänzlich unparlamentarische Töne von sich. Im gleichen Geiste war auch seine Rede auf der zweiten Abrüstungssoforttagung der UNO-Vollversammlung gehalten.

Doch sind die Washingtoner Streitereien und der Klang der Auftritte, der sich von Woche zu Woche ändert und propagandistischen Zwecken zu dienen hat, letztlich so wichtig? Man könnte denken, jeder neue US-Präsident begäne seine eigene Politik. Und alles hänge von Persönlichkeiten, von deren intellektuellem Gepäck, von Erfahrungen und Kenntnissen, der Kunst zu sprechen und ähnlichem ab. Natürlich spielen solche Faktoren eine gewisse Rolle, doch sind sie das eigentlich Wesentliche?

Der Charakter der Politik des amerikanischen Imperialismus, den W. I. Lenin räuberisch nannte, ändert sich im Grunde nicht. Die Zeit vergeht, die Lage, Bewertungen und Kriterien für konkrete Handlungen Washingtons, Details, die die Präsidenten einbringen, ändern sich. Doch das Wesen der Politik — die Errichtung der Weltherrschaft — bleibt unverändert.

Das ist das Ziel. Auf einem anderen Blatt steht dessen Realisier-

barkeit. Die Vereinigten Staaten trösten sich traditionell mit Illusionen über die Macht, den Einfluß und die Möglichkeiten ihres Landes.

Die gefährlichen Weltherrschaftsillusionen verstärken die internationale Spannung. Das illusorische Ziel bringt ein ebenso illusorisches Mittel hervor — die ungefähre militärische Parität zwischen den USA und der UdSSR, zwischen Ost und West zu stören und zu versuchen, Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erlangen, um dieser Angst einzujagen. Eine verhängnisvolle Logik von Angst und Gewalt diktiert auch die militärisch-politischen Pläne.

Begrenzt wie langdauernd

Auf Erringung der militärischen Überlegenheit der USA orientiert das „Modernisierungsprogramm der USA, das Reagan im Oktober v. J. bekanntgab. Die Strategie der „totalen Konfrontation“ zwischen der UdSSR und den USA im globalen wie im regionalen Maßstab trägt offen aggressiven Charakter. Sie sieht den Einsatz militärischer Macht als Mittel zur Verwirklichung des globalen Diktats des amerikanischen Imperialismus vor.

Ein besonderer Akzent in dieser Strategie liegt auf der Vorbereitung eines „begrenzten Nuklearkrieges“. Am 17. Oktober 1981 bekämpfte Reagan, daß ein solcher Krieg vor allem weit von den USA entfernt, in erster Linie in Europa, gedacht wird.

Am 30. Mai d. J. enthüllte R. Halloran in der „New York Times“, daß im Pentagon ein Plan auch für die Führung eines langdauernden Nuklearkrieges erarbeitet wurde.

„Die Schöpfer der Politik im Pentagon haben einen neuen Fünfjahresverteidigungsplan verfaßt, in dem sie von der Voraussetzung ausgehen, ein nuklearer Konflikt mit der Sowjetunion könne langdauernd sein, und haben ihre erste eigene Strategie zur Führung eines solchen Krieges formuliert“, schrieb die Zeitung.

Worin nun besteht diese Strategie?

Die USA planen Nuklearschläge gegen die UdSSR und deren Verbündete. So soll „die ganze militärische und politische Struktur der UdSSR“ und ihrer Verbündeten „ausgeschaltet“ werden. Verlangt wird die garantierte Vernichtung der „nuklearen und konventionellen Streitkräfte und der Industrieobjekte von entscheidender militärischer Bedeutung“. Weiter soll militärische Hilfe an China gegeben werden, um die sowjetischen Kräfte im Osteil der UdSSR zu binden. (Walter Stoessel,

erster Stellvertreter des US-Außenministers, sagte am 4. Juni: „Die Vereinigten Staaten betrachten die Beziehungen zur VR China als wichtigen Teil ihrer Militärstrategie der Konfrontation mit der Sowjetunion in Asien wie in globalem Maßstab.“)

Diese Strategie sieht die Führung eines gleichzeitigen Krieges in verschiedenen Weltregionen vor. Geplant ist die Schaffung eines Sonderfonds zur Finanzierung der Waffenkäufe und zur Schaffung von Arsenalen mit Rüstungsgütern, mit denen unter „außerordentlichen Umständen“ die Verbündeten oder andere mit den USA befreundete Länder unterstützt werden könnten. Zu Friedenszeiten, meinen die Verfasser des Dokuments, müßten die Vereinigten Staaten und deren Verbündete der Sowjetunion einen wirtschaftlichen und technischen Krieg erklären. Amerika müsse dem neuen Plan zufolge Waffen entwickeln, denen „die Russen schwer etwas entgegenzusetzen“ hätten, ihnen unverhältnismäßig hohe Ausgaben aufzwingen und „Modelle von im Weltraum stationierten Waffensystemen, auch zur Vernichtung sowjetischer Satelliten, schaffen“.

Den letzten Satz erläuterte kürzlich R. Halloran in der „New York Times“: „Verteidigungsminister Weinberger hat die Luftstreitkräfte angewiesen, in fünf Jahren ein System von Anti-Satelliten-Waffen im Rahmen des umfassenden Programms von Präsident Reagan einzuführen.“

In Washington will man offenbar nach wie vor einen Weltkrieg in größtmöglicher Entfernung vom Territorium der USA entfesseln — davon spricht der globale Charakter der Militärstrategie. Ohne diesen Plan eingehend kommentieren zu wollen, sei gesagt, daß bei einem Nuklearkrieg niemand abseits stehen würde. „Die Illusionen von militärischer Überlegenheit gegenüber der UdSSR aber sollte man lieber aufgeben“, betonte Leonid Breschnew.

Was hinter einfachen Lösungen steckt

Beobachter meinen, daß die Pentagon-Dokumente absichtlich der Öffentlichkeit zugespielt wurden, um vor Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen Druck auf die UdSSR auszuüben. Edward Rowny, Leiter der US-Delegation bei diesen Verhandlungen, erklärte, solche Vermutungen gleichsam bestätigend, in einem Interview für das Nachrichtenmagazin „U.S. News and World Report“: „Die Russen sehen, daß die

Entschlossenheit des Präsidenten nicht nachläßt. Das muß auf sie ernsthaften Einfluß ausüben, ich denke dabei an die Tatsache, daß er weiterhin unsere Verteidigungsprogramme trotz aller Kritik unterstützt. Das ist mein stärkster Verhandlungstrumpf."

Die Hoffnung, die Antikriegs- und Antinuklearbewegung betrügen zu können, ist eine weitere Illusion des Weißen Hauses.

„Alle Vorschläge Reagans sind einfach und an die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten und Europas gerichtet“, schrieb das Nachrichtenmagazin „Newsweek“ am 14. Juni, „doch berühren sie nicht die komplizierten Momente, die unweigerlich auftreten werden, sobald ernsthafte Verhandlungen beginnen.“

In Westeuropa erreicht die Friedensbewegung ihren Höhepunkt — denken wir nur an den vergangenen Herbst. Gegen den US-Imperialismus gerichtete Stimmungen, hervorgerufen durch die militaristische Politik Washingtons, erreichen einen kritischen Punkt. Die Westeuropäer wenden sich gegen die Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen. Da wirft Reagan eine einfache und für den unwissenden, aufgeschreckten Kleinbürger verständliche Lösung in die Debatte, die „Null-Lösung“. Angeblich sollten keinerlei neue US-Raketen in Europa stationiert werden — und keine sowjetischen. Die USA seien für Verhandlungen auf dieser Basis (nach 10 Monaten Verzögerung). Eingänglich und auf den ersten Blick attraktiv. Hierbei wird natürlich verschwiegen, daß die Sowjetunion bereits seit langem die USA zu Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen auffordert. Washington will der Friedensbewegung den Wind aus den Segeln nehmen und mit einem Propagandatrück weitere Kriegsvorbereitungen tarnen.

Bereits die erste Analyse von Reagans „Null-Lösung“ zeigt ihre völlige Absurdität. Während die Zahl der nuklearen Mittelstreckenwaffen der UdSSR und der NATO etwa gleich ist, wird der Sowjetunion vorgeschlagen, alle ihre Mittelstreckenraketen im Austausch dafür zu demonstrieren, daß die NATO 1983 nicht mit der Stationierung von zusätzlich 572 Nuklearraketen in Westeuropa beginnen wird. Die UdSSR wird also aufgefordert, sich selbst zu entwaffnen, während der Westen die amerikanischen nuklearen Forward Based Systems sowie das britische und das französische Nuklearpotential in voller Stärke behält.

Die Lösung ist also in die Welt gesetzt und ein Teil der mit der US-Politik Unzufriedenen „besäuftigt“. Einige westeuropäische Spitzendpolitiker, die sich bei Washington einschmeicheln und nur zu gut wissen, daß die „Null-Lösung“ für die UdSSR unannehmbar ist, unterstützen nichtsdestoweniger den amerikanischen Vorschlag. Washingtons Manöver paßt ihnen in den Kram. Sie demonstrieren atlantische und Klas-

sensolidarität und zeigen zugleich ihren Mitbürgern, daß auch sie angeblich für Sicherheit und Verhandlungen eintreten.

So gelangt mit Unterstützung der Verbündeten Washingtons eine bewußt inakzeptable Variante aus einer Reagan-Rede in die amerikanische Verhandlungsgrundlage für die Gespräche mit der UdSSR über die Begrenzung der Nuklearrüstungen in Europa. Die amerikanische Seite beharrt auf ihrem Entwurf, lehnt die konstruktiven sowjetischen Vorschläge ab und ist offenbar bereit, die Verhandlungen weitmöglichst in die Länge zu ziehen.

Nach einem ähnlichen Szenario ging man auch bei den Verhandlungen über eine Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen vor. War es ja gerade die Sowjetunion, die eine Wiederaufnahme dieser Verhandlungen vorgeschlagen hatte. Nach 16 Monaten Verzögerungsmanövern gab Reagan grünes Licht. Doch das sollte so aussehen, als ob die Vereinigten Staaten der Initiator von Verhandlungen wären. Kurz vor seiner Reise nach Westeuropa mußte er erneut die Schminke des „Friedensstifters“ anlegen, da die frühere abgegangen war und nur Schmutzspuren hinterlassen hatte.

Was nun verbirgt sich hinter der Bereitschaft Washingtons zu einer Reduzierung der strategischen Nuklearrüstungen? Die USA greifen aus der Gesamtheit der strategischen Mittel als Verhandlungsgrundlage nur die ballistischen Raketen heraus, mit dem Schwergewicht vor allem auf die landgestützten ballistischen Interkontinentalraketen, d. h. auf jene strategische Waffengattung, wo das zahlenmäßige Übergewicht — wenn man diesen Faktor isoliert betrachtet — auf Seiten der UdSSR ist. Zugleich wird die Frage anderer Komponenten der strategischen Rüstungen vertuscht, bei denen die USA ein Übergewicht, und zwar ein großes, haben.

Trotz der strukturellen Unterschiede sind die strategischen Potentiale der Seiten ausgeglichen. Das bestätigen die Angaben über den Stand der strategischen Rüstungen der UdSSR und der USA, die die Seiten 1979 bei der Unterzeichnung des SALT-2-Abkommen austauschten — genau vor drei Jahren. Doch bald schon begannen Carter und dann Reagan, zu erklären, es gebe keinerlei Gleichgewicht und die UdSSR habe die USA bei den strategischen Rüstungen weit hinter sich gelassen. Wodurch erklärte sich das? Ist es denn denkbar, daß die UdSSR in ein, zwei Jahren die Überlegenheit, um so mehr eine wesentliche, bei den strategischen Waffen zu erringen vermochte, deren Entwicklung viele Jahre verlangt? Das waren grundlose Erklärungen Washingtons, das die SALT-2-Ratifizierung vereitelte. Das ungefähre Gleichgewicht bei den strategischen Rüstungen bleibt bis auf den heutigen Tag bestehen.

Wenn der USA-Plan aber ver-

wirklicht wäre, würde das strategische sowjetische Nuklearpotential (nach der Zahl der Gefechtsköpfe) nur ein Drittel des amerikanischen ausmachen. Nehmen wir zusätzlich die vielen tausend see- und landgestützten Cruise Missiles, die die USA zusätzlich in Stellung bringen wollen. Die Sowjetunion muß auch deren Pläne für eine „Nachrüstung“ Westeuropas mit neuen Mittelstreckenraketen berücksichtigen. Die USA wollen also ein solches Abkommen erhalten, das zu einseitigen Vorteilen führen sowie der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft schweren Schaden zufügen würde.

Auf wen ist ein solcher Vorschlag angelegt? Dachte man in Washington etwa, Moskau würde nicht verstehen, was damit bezweckt wird? Wohl kaum. Doch tröstete man sich offenbar mit Illusionen, die Öffentlichkeit werde Zutrauen in Reagans Friedensliebe fassen und den USA erlauben, unter Geplapper von einer „ernsthaften und gewissenhaften“ Haltung gegenüber Verhandlungen das Wettrüsten zu eskalieren.

„Die Probleme von Krieg und Frieden darf niemand leichtnehmen...“, betonte Andrej Gromyko in seiner Rede auf der zweiten Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung. „Die Frage ist angebracht, ob denn nicht gewisse Leute in den westlichen Hauptstädten ihre Äußerungen zu Fragen von Krieg und Frieden etwas seriöser fassen könnten. Das gleiche gilt auch für Prophetezeiungen über den Sozialismus und dessen Zukunft, die bisweilen zu politischer Hysterie werden.“

Imperiales Gebaren

Am Ufer des Potomac weigert man sich hartnäckig, die Realitäten der Welt von heute zur Kenntnis zu nehmen. Im Englischen gibt es dafür einen treffenden Ausdruck — „fools paradise“, sehr frei als „illusorischer Frieden“ übersetzt.

In London trommelte Reagan zum „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus, in der Meinung, dies sei ein neues Wort in der Politik, der Gipfel staatsmännischer Weisheit. Die Rede basierte auf seiner außenpolitischen Direktive, die, wie der „Philadelphia Inquirer“ schrieb, „ein Signal zur wirtschaftlichen, politischen, diplomatischen und propagandistischen Offensive gegen die Sowjetunion und deren Einfluß überall in der Welt gibt.“

Die Welt des Kapitals geht erneut zu einem Frontalangriff auf den Sozialismus über. Die „Dreiseitige Kommission“ — ein Geheimgremium des Finanz- und Industriekapitals der USA, Westeuropas und Japans — hält die „Anfang der 70er Jahre aufgekommene Ansicht für illusorisch, die wirtschaftliche Kooperation zwischen Ost und West könnte die Spannungen zwischen den Blöcken abbauen“. Mit anderen Worten seien Entspannung und Zusammenarbeit

eine Illusion. Ist dann die Konfrontation eine Realität?

Reagan verabschiedet ein Quasiregierungsprogramm, das, wie Mitarbeiter des Weißen Hauses erklären, „zur Festigung der Demokratie in den Entwicklungsländern und, wo das möglich sein wird, in den kommunistischen Ländern beitragen soll“. Das Programm wurde gemeinsam vom Weißen Haus, dem State Department, von den Landeskomitees der Republikanischen und der Demokratischen Partei, der AFL/CIO und der Handelskammer erarbeitet. Dem neuen Projekt zufolge sollen die USA, wie Haig erläuterte, „demokratischen Kräften, wo immer sie sich befinden, einschließlich auch jener Länder, die jetzt kommunistisch sind, energische Unterstützung erweisen. Wir dürfen bei der Verbreitung unserer Prinzipien nicht schwanken.“ Was das für Prinzipien sind, ist hinreichend bekannt. Von konkreten Schritten sprechen zwei im Projekt erwähnte Beispiele: Die AFL/CIO „hilft“ „Solidarność“, „das Programm wird eine gewisse Rolle in El Salvador und Guatemala spielen, wo die demokratischen Kräfte Attacken ausgesetzt sind“. Wie wir sehen, geht es um eine offene Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker.

Der Politrentner Kissinger erklärte kürzlich: „Die Linksliberalen haben sich lange an die Illusion geklammert, wir könnten eine feste Position nur mit eigenen guten Absichten, unabhängig von jedem Begriff der realen Macht, bewahren, die Konservativen aber an die Illusion, die Mauern von Jericho würden allein durch laute Erklärungen zum Einsturz gebracht, und wir bräuchten hierfür nicht die geringste Andeutung von Strategie. Nach den Erschütterungen von Vietnam und Watergate wurden bei uns Präsidenten gewählt, die beide extreme Positionen vertraten — Carter und Reagan. Die Wirklichkeit hat den einen wie den anderen zur goldenen Mitte geführt.“

Das, was Kissinger als Illusion und als extreme Positionen bezeichnet, waren nur taktische Manöver im Rahmen der Gesamtstrategie, um die Welt nach amerikanischem Muster umzumodeln. Auch die jetzige „goldene Mitte“ Reagans ist eine Fortführung dieser Strategie. Praktisch hinter allen Konfliktsituationen und ungelösten Problemen, konstatierte Leonid Breshnew, „stehen letztlich egoistische imperialistische Interessen, Chauvinismus und die Unlust, mit der Gesamt situation im Nuklearzeitalter zu rechnen“.

Bald schon 65 Jahre attackiert die Welt des Kapitals die Sowjetmacht. In dieser Zeit amtierten 13 amerikanische Präsidenten (Reagan ist gerade der 13., doch wir sind nicht abergläubisch). Es dürfte wohl endlich an der Zeit sein, die Sinnlosigkeit jeglicher Art von Blockaden, „Sanktionen“ und „Kreuzzügen“ einzusehen.

VERTRAUEN

Von unserem Sonderberichterstatter
Sergej GOLJAKOW

Die Finnen nennen ihr Land nicht Finnland, sondern Suomi und sich selbst Suomalaiset. Beide Landesnamen bedeuten Moorland. Die Landschaft, die man aus dem Abteifenster des Expresszuges Moskau—Helsinki sieht, bestätigt, daß der Name zutrifft. Nur wenige Felder sind nicht von schmalen, tiefen Entwässerungsgräben durchzogen, und fast jedes Feld ist von säuberlich geschichteten großen Feldsteinen gesäumt, die der Bauer von seinem Acker geschleppt hat. Jedes Stückchen Land ist der Natur abgerungen. Aber die Finnen sind außerordentlich fleißig und geduldig.

Ich bin erst vor ungefähr vier Jahren hier gewesen. Inzwischen aber hat sich Helsinki eine U-Bahn mit fast lautlosen apfelsinenfarbenen Zügen angeschafft, neue Vierstel eleganter Wohnhäuser sind in der Nähe des bekannten Marktes Kauppatori in die Höhe gewachsen, auf dem die Fischer ihren Fang direkt von den Kahn aus verkaufen und es nach Räuchersprotten und Frühlingsblumen duftet. Gegen Mittag, wenn es bis zur Schließung des Marktes nur noch zwei Stunden hin ist, stellt sich besonders viel Kundschaft ein, obwohl die Preise in den paar Jahren merklich hochgeschnellt sind.

Ein verkaufter Amerikaner hat in der an den Markt stoßenden Esplanade mehrere Nächte hintereinander die Schatten der sie säumenden hohen Bäume weiß auf den Asphalt gemalt. Im Licht der Scheinwerfer vorbeifahrender Autos spielt das glänzende Weiß in vielen Farben, so daß den Fahrern fast schwindlig wird. Aber die Städter verhalten sich zu der Marotte des zugereisten Künstlers mit ihrer angeborenen Nachsicht. Sie haben ja auch andere Sorgen: wegen der vernichtenden Raketen, die in Übersee für Europa erzeugt worden sind. Davon ist auf einer Antikriegskundgebung der Jugend in der anstoßenden Grünanlage die Rede. Ein großes blondes Mädchen spricht, energisch gestikulierend, darüber ins Mikrofon, daß das Recht auf ein friedliches Leben keine Himmelsgabe ist, sondern daß es erkämpft werden muß. Ihre Worte lösen ein zustimmendes Brausen der Menge aus.

Solche Großkundgebungen hat Helsinki früher selten gesehen. Die größere politische Aktivität der Einwohner ist noch ein neues Merkmal des heutigen Finnlands. Sie machte sich auch im Januar bei den vorfristigen Präsidentenwahlen fühlbar.

Der neue Präsident

Viele Finnen sagten uns, ihnen sei der 10. September v. J. noch genau in Erinnerung, als sie in den Morgenblättern die amtliche Mitteilung lasen, daß Präsident Urho Kekkonen erkrankt sei. Der hervorragende Politiker bedeutete in der Geschichte Finlands, in dessen Beziehungen zur UdSSR und in der Weltpolitik eine ganze Epoche. Über ein Vierteljahrhundert hat er sein Land ununterbrochen geleitet. Seine Außenpolitik erwarb Finnland in der ganzen Weltgemeinschaft Anerkennung und Hochachtung.

„Präsident Kekkonen hat in dem Vierteljahrhundert sehr viel Her vorragendes geleistet“, sagte Ministerpräsident Kalevi Sorsa zu uns. „Daß er seinen Posten plötzlich niedergelegen mußte, war für viele Finnen ein Schock.“

Ende Oktober v. J. gab Urho Kekkonen bekannt, daß er aus Gesundheitsrücksichten die Obliegenheiten des Präsidenten nicht länger wahrnehmen könne. Am selben Tag beschloß der Staatsrat die vorfristigen Wahlen.

Nach Beurteilung der finnischen Presse war der Wahlgang kurz und ruhig. Aber Umfragen in der Öffentlichkeit unmittelbar vor den Wahlen zeigten, daß die meisten Mauno Koivisto, dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, den Vorzug gaben. In seinem Wahlkampf wies er nachdrücklich immer wieder auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Außenpolitik Finlands — der Paasikivi-Kekkonen-Linie — hin. Damit eben bringen die Kommentatoren seinen Wahlsieg weitgehend in Zusammenhang. Gleich im ersten Wahlgang bekam er 167 von den 300 Stimmen der Wahlmänner, und so ist er für sechs Jahre der neunte Präsident der Republik geworden u. zw. ab 27. Januar 1982.

In seiner Rede beim Festakt zum Amtsantritt versicherte Koivisto, er werde alles in seiner Macht Stehende tun, um die internationale Anerkennung und das Vertrauen zu bewahren und zu verstärken, die Finnland dank seiner Friedenspolitik erworben hat. Vorrangig sei die Fortentwicklung der auf dem Vertrag von 1948 beruhenden Beziehungen zur UdSSR, ein Ausbau der Zusammenarbeit der nordischen Länder und die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu allen anderen Staaten.

Kurs unverändert

„Präsident Koivisto ist mit einer sehr ansehnlichen Mehrheit gewählt worden“, sagte uns Außenminister Per Stenbäck. „Er hat vom Volk also das Mandat auf eine Fortsetzung der Außenpolitik erhalten, zu der Kekkonens das Fundament legte. Als Außenminister sehe ich meine Aufgabe darin, diesen Kurs entschlossen weiter zu steuern. Die unveränderten Beziehungen zu unseren nächsten Nachbarn zeigten sich eindeutig bei den kürzlichen Besuchen Präsident Koivistos in der UdSSR und in Schweden.“

Der Minister betonte, daß beide Seiten in den Moskauer Gipfelgesprächen das Fehlen jedweder Probleme zwischen ihnen vermerkt haben. Sie haben die Bereitschaft bestätigt, den Kurs der Gutnachbarlichkeit und des Vertrauens auch in Zukunft zu halten. Minister Stenbäck fügte hinzu: „Das sehen wir als Finlands wichtigste außenpolitische Aufgabe an.“

Zugleich will Finnland nach wie vor zur Sanierung der Weltlage beisteuern. Das Land, in dessen Hauptstadt die KSZE-Schlüßakte unterzeichnet wurde, hat die Absicht, alles für die Fortentwicklung und Konsolidierung der Entspannung in Europa und in der ganzen Welt zu tun. Wie der Minister sagte, hat sich Finnland bei seiner Teilnahme an der zweiten Abrüstungssondertagung der UNO, am Madrider Treffen und an anderen internationalen

Gremien dieses Ziel gesetzt. Präsident Kekkonens Vorschlag bleibt aktuell, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären.

Auf die unvergängliche Bedeutung der Paasikivi-Kekkonen-Linie wies im Gespräch mit uns auch der Vorsitzende der Zentrumspartei, Paavo Väyrynen, hin. Ende April fand in Moskau ein Treffen von Delegierten der Führung dieser Partei mit einer Delegation der KPdSU statt. Eindrucksvoll ist der weite Kreis außenpolitischer Fragen, in denen sie sich restlos einig waren.

Die Vertreter beider Parteien äußerten tiefe Besorgnis über die Zunahme der Spannungen in der Welt und vor allem über das nukleare Wettrüsten, das die Kriegsgefahr erhöht. Sie betonten, wie wichtig es ist, daß sich die Parteien, die breite Öffentlichkeit und alle Friedenskräfte um die Verhütung einer nuklearen Katastrophe bemühen.

Herr Väyrynen sagte: „Wir haben vermerkt, daß es wichtig ist, den Frieden und die Stabilität in Nordeuropa und der Ostsee aufrechtzuerhalten und zu festigen, und haben in diesem Zusammenhang auch auf die Aktualität der Bemühungen Finnlands um die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa und um die Erhöhung der Sicherheit in diesem Raum hingewiesen. Einmütig war das Bestreben, alles zu tun, damit das Vertrauen und die Freundschaft zwischen unseren Völkern bestehenbleiben und sich fortentwickeln.“

Diesen Wunsch äußerten ausnahmslos alle unsere finnischen Gesprächspartner. Indes versuchten bald nach den Präsidentenwahlen gewisse Kreise im Westen, einen Keil zwischen die UdSSR und Finnland zu treiben und auf Finnland zu drücken, es solle die Prioritäten und Akzente in seiner Außenpolitik versetzen. Die „New York Times“ und nach ihr auch die norwegische „Af-

tenposten“ behaupteten völlig unbegründet, einfach das Gewünschte als Tatsache hinstellend, der Führungswechsel in Finnland werde zu einer Revision der Paasikivi-Kekkonen-Linie führen. Spekulationen wurden auch über die Frage einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa ange stellt. Es wurde behauptet, die Stellungnahme der neuen finnischen Führung zu dieser Frage sei anders als diejenige Präsident Kekkonens.

Was solche Behauptungen sollen, ist durchsichtig genug. Die rechtsgleichen und für beide Teile vorteilhaften Beziehungen zwischen der UdSSR und Finnland passen unverkennbar nicht ins Konzept der Entspannungsgegner hinein und gehen denen gegen den Strich, die eine internationale Partnerschaft als Gelegenheit ansehen, sich alleinige Vorteile zu verschaffen und die eigenen Probleme dem Partner aufzuhalsen.

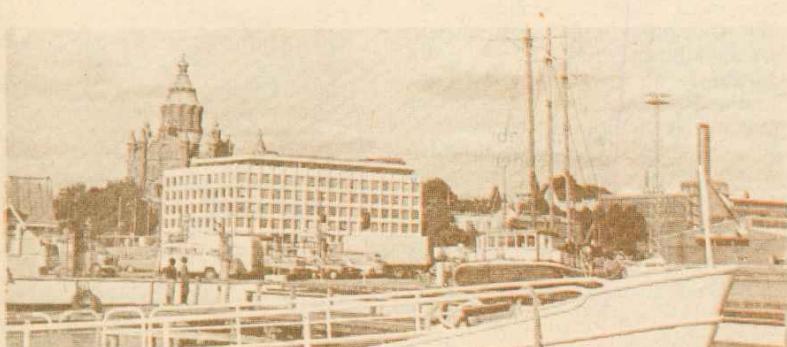
Man weiß auch sehr genau, wer sich vor allem der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa widersetzt. Es sind die Regierungen der USA und der anderen NATO-Staaten. US-Staatssekretär Haig sagte in einem Interview für den „Stern“ unumwunden, daß Washington entschieden gegen kernwaffenfreie Zonen, auch eine in Nordeuropa, ist. Warum? Der größte Teil der amerikanischen Kernwaffen befindet sich außerhalb der USA auf 2500 Stützpunkten und Objekten vornehmlich im Vorgelände der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß das Pentagon unter gewissen Umständen versuchen kann, Kernwaffen auch in denjenigen NATO-Ländern zu stationieren, in denen jetzt keine sind. Davon zeigte doch wohl beispielsweise die Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Bodø (Norwegen). Norwegen behauptet zwar, daß sich auf seinem Boden keine amerikanischen Kernwaffen befänden, seine indirekte Beteiligung an den Kernwaffen der USA ist jedoch kaum zu leugnen. Anderseits wollen sich die USA und die NATO nicht verpflichten, gegen Länder in einer kernwaffenfreien Zone keine Kernwaffen einzusetzen.

Eine Ausführung der Idee Kekkonens, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, schlöß eine derartige Entwicklung aus. Gerade das will Washington aber verhindern. Daher die Versuche, die Öffentlichkeit mit angeblich unheilvollen Folgen einer Ausführung dieser Idee zu schrecken, und die Behauptung, die neue finnische Führung stehe anders als die frühere dazu.

Am 26. Mai wies Präsident Koivisto im finnischen Parlament diese Behauptungen entschieden zurück.

Auf Reede im Hafen Helsinki

Foto des Verfassers



Er erklärte: „Die Auslands presse möchte Veränderungen feststellen, obwohl ich doch beim Antritt der Präsidentschaft ihren Vertretern versichert habe, daß Finnland unbirrbar den von meinen zwei Vorgängern festgelegten Weg gehen wird. Ich möchte ganz besonders hervorheben, daß die Grundlagen unserer Außenpolitik unverändert sind und sich, solange ich Präsident bin, nicht ändern werden.“

Gutes Beispiel

Unsere Gesprächspartner sind fest davon überzeugt, daß das Gerede von einer Finnlandisierung, das man manchmal im Westen hört, völlig unbegründet ist. Es kommt nur von Leuten, die sich wegen ihrer herkömmlichen Mentalität rechtsgleiche Beziehungen zwischen zwei Staaten, die in ihrer Größe und ihrer Lebensweise so verschieden wie die sozialistische UdSSR und das kapitalistische Finnland sind, einfach nicht vorstellen können.

In der Welt von heute gibt es solche Beispiele tatsächlich nicht allzu viele. Die Geschichte der sowjetisch-finnischen Zusammenarbeit zeugt aber davon, daß es mehr sein könnten. Die Unterschiede in der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stehen dem Zusammenwirken der Staaten im Sinne einer Wirtschaftskooperation, auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Verbindungen, ihrer gegenseitigen kulturellen Bereicherung und einer Ausdehnung der persönlichen Kontakte keinesfalls im Wege.

Bei unseren Begegnungen mit Repräsentanten der finnischen Geschäftswelt wurden sowjetische Betriebe, ihre Leiter und die verschiedenen sowjetischen Industrien und Außenhandelsorganisationen sowie Fachkräfte aus den Planungsorganisationen oft erwähnt. Herr Pertti Kajanne, Manager des Zentralverbandes der Metallindustrie Finlands, sagte: „Wir haben schon lange eine gemeinsame Sprache gefunden, und wenn man unsere Beziehungen mit einem Wort umschreiben will, so ist dieses Wort Vertrauen.“

Gewiß geht es bei einer so wichtigen Sache wie den außenwirtschaftlichen Beziehungen zweier Länder manchmal nicht ohne Schwierigkeiten ab. Aber die langjährigen Erfahrungen und die genaue Kenntnis der Potenzen und Bedürfnisse des anderen ermöglichen es, entstehende Probleme zur beiderseitigen Zufriedenheit zu lösen. Das ist um so wichtiger, als sich der Außenhandelsumsatz wesentlich auf den Lebensstandard in Finnland

auswirkt, dessen größter Handelspartner die UdSSR ist. Auf sie entfällt beinahe ein Viertel des finnischen Exports. Der wechselseitige Warenumsatz erreichte voriges Jahr einen Wert von 5 Md. Rubel. In den mehr als drei Jahrzehnten ist er auf ein Vielfaches angewachsen.

In manchen westlichen Hauptstädten, besonders in Washington, hält man sich gern über angeblich einseitige Vorteile der UdSSR von den Wirtschaftsverbindungen mit kapitalistischen Firmen auf. Wie denkt man in den Geschäftskreisen Finnlands darüber?

„Wenn Sie mich fragen, wer vom sowjetisch-finnischen Handel mehr hat, da kann ich nur lachen“, sagt Herr Harri Mildh, der Vizepräsident des größten finnischen Konzerns Nokia. Dieser hat seine ersten Kontrakte mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen vor mehr als 30 Jahren geschlossen, im selben Jahr, in dem der sowjetisch-finnische Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe unterzeichnet wurde. Seitdem sind die Lieferungen des Konzerns in die UdSSR auf ein Vielfaches angewachsen und beliefen sich voriges Jahr auf 154 Mio Rubel.

Herr Mildh spannt diesen Gedanken so aus: „Der Weltmarkt kennt keine Begriffe wie einen einseitigen Vorteil. Nur bei einem beiderseitigen Interesse kommen Partnerschaften zustande.“ Nokia beliefert die UdSSR schon lange mit Kabeln, Papier, Schuhen und anderen Erzeugnissen und kauft in der UdSSR Rohstoffe, elektronische Ausrüstungen, Komplettierungsteile und Kautschuk. Damit hat die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit aber nicht ihr Bewenden. Am aussichtsreichsten ist heute die Herstellung gemeinsamer Projekte, die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und die Produktionskooperation. Die Möglichkeiten gemeinsamer Lieferungen von Ausrüstungen an Drittländer werden zur Zeit erwogen.

Für Länder mit kapitalistischer Wirtschaft sind ein stabiler Markt und Garantien gegen Konjunkturschwankungen besonders wichtig. Solche Garantien enthält das langfristige Programm für den Ausbau und die Vertiefung der kommerziellen, wirtschaftlichen, industriellen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit der beiden Länder bis 1995. Es bedeutet, daß die sowjetisch-finnischen Geschäftsverbindungen eine fest umrissene Perspektive und verlässliche Stabilität haben. Nicht von ungefähr denken viele Firmen Finlands daran, Vertretungen in Moskau zu eröffnen oder die

sich vorhandenen zu erweitern. Das plant z. B. Finnpap, der Verband der finnischen Papierfabriken, der weltgrößte Papierexporteur. Er steht mit mehr als 100 Ländern im Handelsverkehr, und die UdSSR nimmt in seinem Export den dritten Platz ein.

„An einem so großen Kunden sind wir sehr interessiert“, sagt Finnpap-Direktor Juve Toll. „Meine Firma hat Jahreskontrakte mit sowjetischen Organisationen und wäre bereit, sie auf 5 und 15 Jahre zu schließen. Das wäre eine gute Grundlage für die Zukunft.“

Bekanntlich ist von der Wirtschaftskrise im Westen auch Finnland nicht verschont geblieben. Sie ist aber nicht so akut wie in den anderen Ländern, die der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) angehören. Finnland steht besser im Hinblick auf die Beschäftigung und die Zahlungsbilanz. Der Kurs der Finnmark schwankt nicht.

Nach Ansicht von Arbeitsminister Jouko Kajanoja, dem Vorsitzenden der KPFi, ist das direkt auf die festen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR zurückzuführen. Er bekräftigt das mit den Ergebnissen vor kurzem angestellter Untersuchungen. Die wichtigste Schlußfolgerung lautet so: Der Rückgang des finnischen Exports nach dem Westen wird durch seine Ausdehnung nach der Sowjetunion weitgehend wettgemacht. Erstrangige Bedeutung hat dabei natürlich die allgemeinpolitische Atmosphäre des Zusammenwirkens aufgrund des Vertrags von 1948; ebenso die geschichtlichen Erfahrungen und die guten Traditionen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Um den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bemüht, zieht man in der UdSSR zweifellos in Betracht, daß er zur Milderung der Krisenscheinungen und Produktionschwankungen in den Ländern mit einer Marktwirtschaft beiträgt, daß er den Werktätigen ihre Lage erleichtert, die Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen ermöglicht und die Arbeitslosigkeit verringert.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Bresnew:

„Das Leben erfordert fruchtbare Zusammenarbeit aller Staaten zu dem Zweck, die friedlichen, konstruktiven Aufgaben, die vor jedem Volk und der gesamten Menschheit stehen, zu lösen.“

Die auf gegenseitigem Vertrauen und Gleichberechtigung fußenden sowjetisch-finnischen Beziehungen sind ein gutes Beispiel solcher Zusammenarbeit.

Helsinki—Moskau

MIT LIEBE ZU SPANIEN



Im Verlag für politische Literatur ist ein neues Buch über Spanien erschienen. Der Verfasser Anatoli Krassikow hatte das für einen Journalisten seltene Glück, Augenzeuge der wichtigen Wende in der Geschichte des Landes zu werden, des Übergangs von der Franco-Epoche zu der Epoche demokratischer Umgestaltungen.

Das Spanien der Franco-Zeit... Dieses Regime war über 40 Jahre hinweg eine Art Anachronismus auf der politischen Karte Westeuropas der 70er Jahre. Die Kapitel, die dem Leben und der Moral der Franco-Hierarchie gelten, sind eines der interessantesten in der „Spanischen Reportage“. Sie lösen Assoziationen zu Versailles kurz vor der französischen Revolution und zum Hitler-Bunker vor dem Zusammenbruch aus. Die gleichen Intrigen und Zwigstigkeiten in der Camarilla. Der gleiche tödliche Haß aufeinander und die ständigen Schmeicheleien, das sklavenhafte Verneigen vor dem obersten Herrscher. Die gleiche Engstirnigkeit des politischen Horizonts, das Bemühen, Unrettbares um jeden Preis zu retten.

Sehr prägnant schildert Krassikow den Schock der Franco-Spitzen bei der Revolution im benachbarten Portugal, die Politik des Zuckerbrots und der Peitsche, nur um das vor knapp vier Jahrzehnten errichtete

Machtssystem zu bewahren. Und wenn Veränderungen schon unausbleiblich sein sollten, dann sollten sie doch wenigstens ohne Erschütterungen bewältigt werden.

Das aber geschah eben nicht. Eine dieser Erschütterungen kostete den offiziellen Nachfolger Francos, Admiral Carrero Blanco, das Leben. Die Geschichte des Attentats auf den „eisernen Premier“, wie ihn die Presse taufte, liest sich wie ein spannender Politik-Thriller, wo die Hauptpersonen weniger die baskischen Terroristen sind als vielmehr die spanischen Geheimdienste und die CIA. Sie nämlich legte die Panzerabwehrgranate, die den Wagen des Admirals bis zum 4. Stock hochschleuderte.

Nicht ohne Anteilnahme schreibt der Verfasser von den ersten demokratischen Reformen. Von der Legalisierung der KP, als Fotos des Gebäudes des ZK der KP Spaniens die ersten Seiten aller Zeitungen schmückten und Tausende kamen, das „Haus der Kommunisten“ zu betrachten. Von den Begegnungen mit Dolores Ibárruri, der Pasionaria, in deren Biographie sich das Leben einer ganzen Generation von Spaniern, der Generation der Kämpfer für die Sache des Volkes, wider spiegelt.

Der Übergang des Landes zur bürgerlichen Demokratie, sein Ausbrechen aus der internationalen Isolierung waren schwierig. Die ersten Kontakte mit Moskau im Bereich der Information, an deren Zustandekommen auch Anatoli Krassikow beteiligt war, die Ankunft des ersten sowjetischen Botschafters in Madrid, die ersten Parlamentswahlen. Und die ersten Versuche der Militärputschisten, die Gegenoffensive der mit dem Sturz der Diktatur unzufriedenen Reaktion.

Das Interesse des Verfassers beschränkt sich nicht auf Politik, Wirtschaft, soziale Verhältnisse, Diplomatie. Er erzählt auch von dem Haus, in dem Don Quichote lebte, genauer der Mann, der das Vorbild für den Ritter von der Traurigen Gestalt abgab. Er führt den Leser die Wege, auf denen der edle Hidalgo mit seinem treuen Waffenträger Sancho Pansa dahinritt. Er unterhält sich mit Paco Camino, dem berühmten Matador, über alle Details seines gefährlichen Berufs. Er unternimmt eine Reise durch die Kanarischen Inseln. Schließlich vermittelt er viele Beobachtungen und Eindrücke über Leben, Sitten und Bräuche Spaniens, mit dem Krassikow nicht nur durch seinen Journalistenberuf, sondern auch durch vielerlei lebendige Jugenderinnerungen verbunden ist.

Diese „Spanische Reportage“ ist mit großer Herzenswärme geschrieben. Als treffendes Epigraph zu diesem Buch könnte die Widmung in den Erinnerungen Roman Karmens dienen, die er Anatoli Krassikow vor einigen Jahren schenkte: „Im Zeichen unserer gemeinsamen Liebe zu Spanien.“

E. KOWALJOW

POLEN

ZIELONA GÓRA '82

Am 13. Juni ging hier das traditionelle Fest des sowjetischen Liedes zu Ende, das in diesem Jahr zum 18. Mal veranstaltet wurde und dem 60. Gründungsjahr der UdSSR galt. Hauptereignis war wie immer das Finale des polnischen Wettbewerbs des sowjetischen Liedes, bei dem 26 Amateursolisten und 9 Amateurkollektive auftreten.

Das Fest des sowjetischen Liedes ist in der VR Polen sehr populär. Jährlich beteiligen sich daran bis zu 100 000 Mädchen und Jungen. Dem

Wettbewerbsfinale gehen Vorausscheidé in Schulen, Klubs und Kulturhäusern voraus, die von September bis Mai laufen. Dann wird in Inowroclaw, Radom und Tarnów die regionale Auswahl getroffen, deren Sieger in der „Hauptstadt des sowjetischen Liedes“, wie Zielona Góra in Polen heißt, zusammentreffen.

Die Jury unter Vorsitz des bekannten polnischen Dirigenten Henryk Debich sprach in diesem Jahr den Hauptpreis, den „Goldenen Samowar“, Marek Srocki aus Radom zu. „Silberne Samoware“ erhielten Joanna Krakowiak aus Łódź und das Duett Paweł Nowak und Jacek Kos-

zewski aus Płock. „Bronzene Samoware“ gingen an Ewa Wielczyńska aus Zielona Góra, Mariola Walkuska aus Łomża und Waldemar Samordak, der die Wojsko Polskie vertrat. Außerdem wurden verschiedene Teilnehmer mit Preisen der Gesellschaft für sowjetisch-polnische Freundschaft — Organisator des Festes —, des ZK des Leninschen Komso mol und des Komponistenver bands der UdSSR ausgezeichnet. Die Preisträger werden auf Einladung des Ministeriums für Kultur der UdSSR die Sowjetunion besuchen und hier in Veranstaltungen auftreten.

V. SWETOW

AUTONOM, SOZIALISTISCH

Von unserem Sonderberichterstatter
Boris PISTSCHIK

Lange vor der Revolution, die den ersten multinationalen Staat der Arbeiter und Bauern in der Geschichte schuf, wandte sich Lenin immer wieder dem Gedanken zu, welchen Platz in der neuen Gesellschaft jedes Volk einnehmen werde. Das große und das kleine, das entwickelte und das rückständige, das seßhafte und das Nomadenvolk, das Volk mit reicher, jahrhundertealter Kultur oder das ohne eigenes Schrifttum.

Diese Überlegungen fanden später in den Gesetzen des jungen Sowjetstaates, in der Sowjetischen Verfassung, in den Grundgesetzen der Unions- und autonomen Republiken ihren Niederschlag. Sie zeigten der Welt, was Leninsche Nationalitätenpolitik bedeutet. Es ist eine sehr vielfältige Politik, die auf Empfehlung Lenins im März 1921 auf dem X. Parteitag der KPR(B) folgendermaßen formuliert wurde: „Den werktätigen Massen der nicht-russischen Völker helfen, das vorausseilende Zentralrußland einzuholen.“ Von dieser Leninschen Hilfe können Angehörige aller Völker der Sowjetunion vieles erzählen. Auch die Tschuwaschen.

Zwei Rußland



Vor der Oktoberrevolution kannten die Tschuwaschen zwei Rußland. Das eine als Land der Selbstherrschaft und Unterdrückung, der tumben Beamten und Inspektoren. Das andere als Land der Demokraten, der Aufklärer und Frei geister.

Natürlich wirkte das zaristische Rußland als bedrohlicher Monolith und das andere als zarter Keim. Doch bereits der junge Lenin antwortete auf die Bemerkung eines Gendarmen, die Revolutionäre stünden vor einer Mauer: „Ja, eine zerstürte Mauer — wenn du sie antippst, zerfällt sie!“ Außerdem weiß man ja, daß anfangs zarte und schwächliche Keime sogar Betonplatten durchbrechen können.

So geschah es auch im Ergebnis

des Kampfes des russischen Proletariats und seiner multinationalen Verbündeten. Dem allerdings ging eine nicht leichte Auseinandersetzung voraus, in der jedes der beiden Rußland die Menschen auf seine Seite zu ziehen suchte.

Ein gewisser Oberst Masslow schrieb in einem Dossier an den zaristischen Polizeichef Benkendorf: „Die Erfahrungen aller Zeiten zeigen, daß man leichter mit einem ungebildeten Volk fertig werden kann als mit einem, das auch nur die geringste Bildung erhielt... Aufgrund dieser Regel fördern die leitenden Tschuwaschen aus allen Kräften die Verbreitung der Unwissenheit.“

In einem tchuwaschischen Kreis wollte man Ende des vorigen Jahrhunderts in der Muttersprache einige aktuelle Broschüren über Agronomie, Viehzucht und Medizin drucken. Die zaristischen Beamten erklärten: „Bücher in tchuwaschischer Sprache entwickeln nur Selbstherrlichkeit, außerst unsympathische und sogar schädliche.“ Und weiter: „Eine tchuwaschische Literatur gibt es nicht und wird es nicht geben.“

Wo sind diese Weissager heute? Wer, außer Historikern und Archiven, stößt noch auf ihre Namen? Die tchuwaschische Literatur aber existiert. Jährlich werden in der Republik 2 Millionen Bücher herausgegeben. Es erscheinen vier literarische und gesellschafts-politische Zeitschriften in der Muttersprache und ein Literaturalmanach in Russisch. Tausende Mädchen und Jungen füllen Jahr für Jahr die Hörsäle der Staatlichen Universität „Ilja Nikolajewitsch Uljanow“ und der Pädagogischen Hochschule „Iwan Jakowlewitsch Jakowlew“ sowie vieler anderer Lehranstalten.

Etwa zur gleichen Zeit, da der zaristische Beamte sich über die tchuwaschische Sprache lustig machte, eröffnete der Vater des künftigen Führers der Revolution, der angesehene Aufklärer Ilja Uljanow im Dorf Koschki eine tchuwaschische Schule. Wolodja Uljanow selbst aber bereitete auf Bitte des bekannten Pädagogen Jakowlew unentgeltlich den begabten tchuwaschischen Lehrer Ochot-



nikow extern auf die Reifeprüfung an einem Gymnasium vor. Jakowlew trug sich damals, wie er später erzählte, mit einem vermessenen Gedanken. Er wollte tausend Rubel bei einer Bank hinterlegen, damit sie Zinsen brächten, und wenn eine große Summe zusammengekommen wäre, eine tchuwaschische Universität gründen. Doch der ersehnte Tausender fand sich nicht, und es gab in Rußland auch keinen Bankier, der Zinsen für die Ausbildung von „Fremdstämmigen“ gegeben hätte. Die Hilfe kam von dortherwoher sie auch einzige zu erwarten war, von dem siegreichen neuen Rußland der Arbeiter und Bauern.

Im Lenin-Museum in Tscheboksary kann man die Kopie eines Telegramms betrachten, das der Vorsitzende des Rats der Volkskommissionen Lenin im April 1918 an den Stadtsowjet von Simbirsk gerichtet hatte, zum Schutz von Iwan Jakowlew den die Nationalisten angriffen. „Mich interessiert das Schicksal Inspektor Iwan Jakowlews, der 50 Jahre am nationalen Aufstieg der Tschuwaschen arbeitete und vom Zarismus einige Male verfolgt wurde...“, schrieb Lenin. Da Lenin Jakowlew als Wegbereiter seiner Vaters betrachtete und die ganze Angelegenheit in einem persönlichen Licht sah, notierte er auf dem Rand des Telegrammformulars „Bitte mir persönlich die Rechnung für dieses Telegramm zu schicken.“

Traktoren aus Tscheboksary



Im Rechenschaftsbericht des Rates der Volkswirtschaft des Tschuwaschischen Autonomen Gebietes über die Wirtschaftstätigkeit und die Industrieproduktion zwischen September 1920 und April 1921 finden sich folgende Angaben: In diesem Zeitraum wurden rund 1,5 Millionen Flechtmatten und Säcke, 700 000 Paar Bastschuhe, 140 Stück Heugabeln, 240 Harken, 2260 Eimerglocken, 2093 Eimer usw. hergestellt.

Ich werde keine heutigen Zahle-

anführen, denn daraus ergäbe sich absolut kein Vergleich. Ebensowenig, wie sich die Erzeugnisse vergleichen lassen, die jetzt von der Industrie der Tschuwaschischen ASSR gefertigt werden. Stahl und Rundwebmaschinen, Traktoren und Spezialkraftwagen, Eisenbahnwagons und E-Stapler, Kabel und Papier, Klaviere und Waschmaschinen, Hunderte Erzeugnisse der chemischen, der Holzverarbeitungs- und der Leichtindustrie.

Eine große Karte der Republik, deren Umrisse an ein riesiges Eichenblatt erinnern, berichtet von den Veränderungen auf tschuwaschischem Boden in den etwas mehr als 60 Jahren Sowjetmacht. Das geschieht anhand von kleinen Glühlämpchen. Beim Druck auf den ersten Knopf leuchten zwei weiße Lampen auf: 1920 hatten nur zwei Städte, Alatyr und Tscheboksary, elektrisches Licht. Beim nächsten Knopfdruck glühen die Lampen der Jahre 1940—1950: in allen sechs Rayonzentren und in ihrer nächsten Umgebung. 1964 ist bereits der ganze tschuwaschische Norden mit roten Lampen besetzt. 1967, zum 50. Jahrestag der Sowjetmacht, ist die ganze Karte erleuchtet. Allerdings handelt es sich bislang noch um Strom, der von den Nachbarn geliefert wird. Nur einen geringen Teil erzeugt die Republik selbst. Doch das wird nicht mehr lange so bleiben. Die Straße mit dem Lenin-Museum in Tscheboksary wird bald zur Uferstraße werden. Der Bau des Wasserkraftwerks Tscheboksary, des letzten der achtstufigen Wolga-Kraftwerke, geht seinem Ende entgegen.

Chefingenieur Max Chiesin führt uns durch den Maschinensaal, der zwar noch im Bau ist, wo aber bereits vier Turbinen Strom liefern. Bald werden die Nachbarn selbst von den Tschuwaschen Elektroenergie erhalten. Diese Anlage besitzt zum erstenmal in der Sowjetunion, vielleicht aber auch in der ganzen Welt, eine Ausrüstung mit einer drucklosen Turbine.

Den technischen Fortschritt spürt man nicht nur bei der Bekanntschaft mit den Bauarbeitern und dem Personal des Wasserkraftwerks oder mit dem schönen Nowotscheboksarsk. Von dem Arbeitskollektiv seines Gerätewerks, das mit einem Großbetrieb zur Herstellung leistungsfähiger 300-PS-Industrietraktoren kooperiert, berichtet uns der Vorsitzende des Betriebsgewerkschaftskomitees Anatoli Maslow.

„In 16 Jahren haben wir ohne Investitionsneubau die Gußstahlerzeugung verdoppelt. Einst war die Halle für 110 000 t bestimmt, wir

aber liefern heute 220 000 t. Das alles infolge technischer Vervollkommenungen, der Hebung der Effektivität und der Arbeitsproduktivität.“

Das Werk, und nicht nur dieser Betrieb, hat bezüglich der Arbeitskräfte noch immer mit den Kriegsfolgen zu kämpfen. Es könnte heute weitere 800 Personen beschäftigen. Woher aber soll man sie nehmen? Deshalb gilt das ganze Augenmerk der neuen Technik und einer sinnvollen Betriebsorganisation. Im 11. Planjahr fünf beträgt die Auflage zur Produktionssteigerung 32%, die insgesamt aus der Hebung der Arbeitsproduktivität resultieren müssen.

Dieser Werks-Fünfjahrplan hat in gewissem Sinne auch einen diplomatischen Akzent. Denn in dem Gerätewerk werden die Ketten für große Industrietraktoren hergestellt. Es handelt sich um Fahrzeuge, die die US-amerikanischen Caterpillar-Rohrverleger ersetzen sollen und faktisch ersetzen. Als Anfang des Jahres der Kollektivvertrag zwischen Arbeitern und Direktion erörtert wurde, sprach man auch davon, wie man den Sanktionen Reagans begegnen solle. Man entschloß sich zu Taten: Erdgasförderstätten und der Gasleitungsbau arbeiten jetzt mit einheimischen Traktoren und Rohrverlegern aus Tscheboksary.

Reine Quelle



Unter den Kosmonauten hieß er bald „Vor allem Ruhe“. Tatsächlich schien ihn nichts aus dem Gleichgewicht oder in eine ausweglose Lage bringen zu können. Als ich etwas über den Kosmonauten Nr. 3 schreiben wollte, war das gar nicht so leicht, denn von sich selbst redet er nicht gern. Dagegen erzählte er mit Begeisterung von der Mutter und seinen Brüdern und seinem Heimatdorf Schorschely, dessen Name aus dem Tschuwaschischen übersetzt „Reine Quelle“ bedeutet. Ebenso gerne erzählte er den Journalisten auch von Gagarin und Titow, denen Andrijan Nikolajew dann in den Kosmos folgte.

Als es die jetzigen hohen und geräumigen Häuser der Sternenstadt noch nicht gab, saßen wir einmal in der kleinen Wohnung Nikolajews über einem seiner Artikel. Während wir arbeiteten, erklangen vom Korridor her immer wieder leise Schritte. Andrijans Mutter, Anna Ale-

xejewna, ging von ihrem Zimmer in die Küche.

Nach zwei oder drei Stunden legte Nikolajew plötzlich den Kugelschreiber hin und sagte: „Machen wir eine Pause. Sonst wird die Mutter ungeduldig. Sie kann gar nicht erwarten, daß wir uns endlich zu Tisch setzen. Wenn Sie so fortgehen, sagt sie bestimmt: „Das geht nicht, Andrijan, das gibt es bei uns nicht. Du hast den Mann ja die ganze Zeit hungrig lassen.““

„Das gibt es bei uns nicht“, d. h., bei den Tschuwaschen. Sie sind gastfreudliche Menschen. Das empfand ich auch in der Wohnung des Kosmonauten. Mir wurden alle möglichen Leckerbissen angeboten, und vor allem empfahl Anna Alejewna eine mir bis dahin unbekannte Speise: Schyrtan, in der Ofenröhre gedörrtes Hammelfleisch.

An die Gastfreundschaft der Tschuwaschen dachte ich auch, als ich zusammen mit dem Rektor der Pädagogischen Hochschule Anatoli Markow einen Rundgang durch die neuen Hochschulgebäude und durch das Prophylaktorium für Studenten machte.

„Vor dem Kriege befand sich die Pädagogische Hochschule in diesem Gebäude dort. Damals hörte die Stadt hier auf.“ Bei diesen Worten wies Anatoli Markow auf eine Halle des Elektroapparatewerks.

Im Winter des Kriegsjahrs 1941 war das in der Vorkriegszeit berühmte Charkower Elektromechanische Werk nach Tscheboksary evakuiert worden. Und obwohl die Pädagogische Hochschule die erste höhere Lehranstalt der Republik war, zögerten die Tschuwaschen keinen Augenblick, deren Hörsäle und Wohnheime auszuräumen, damit die Charkower dort ihre Werkzeugmaschinen aufstellen konnten. In den kleinen Häusern der Vororte aber rückten sie selber zusammen, um die Menschen zu beherbergen, die den langen Weg aus dem von den faschistischen Truppen besetzten Charkow zu den Ufern der Wolga hinter sich hatten.

„Und die Hochschule?“ frage ich den Rektor.

„Sie unterrichtete weiter. Zwar waren alle jungen Männer in der Armee, aber bei uns studierten die Mädchen in ein paar Räumen in einem Rayonzentrum.“

Von der Herzensgüte der Tschuwaschen sagte ein Dichter treffend: „Du mein gütig Land! Niemand war für dich ein Fremdling. Ob es Ukrainer, Letten waren, allen stand die Pforte offen.“

Die Gastfreundschaft der Tschuwaschen in der Kriegszeit wurde von den russischen und den ukrainischen Brüdern und den Söhnen

und Töchtern aller anderen Völker hoch geschätzt. In den Nachkriegsjahren erhielt die Pädagogische Hochschule Gebäude und Ausrüstungen, von denen jede Hochschule nur träumen kann. Und an der Stelle des elektromechanischen Werks entstand ein Elektroapparatenwerk, auf das jedes Industriezentrum mit Recht stolz sein könnte.

Autonom bedeutet eigenständig



Mit dem Leiter der Gebietsparteorganisation, dem Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR Ilja Prokopjew traf ich an einem Sonnabend zusammen, weil er da vermutlich weniger als sonst beschäftigt sein würde. Das hat aber nur den Anschein. Wir fanden den Ersten Sekretär des Gebietskomitees über irgendwelchen Perspektivkalkulationen. Diesen tschwaschischen Wirtschaftsfachmann zieht es immer zu Zahlen, die das reale Leben widerspiegeln.

„Wie ich die Bedeutung der Autonomie sehe? Warum wir so stolz darauf sind, daß unsere Tschuwaschische Sozialistische Sowjetrepublik autonom heißt?“ wiederholte meine Fragen vom Vortag. „Dafür gibt es vermutlich nicht wenig genaue juristische Definitionen. Ich werde versuchen, meine rein menschlichen Erfahrungen darzulegen. Wir verstehen den Leninschen Gedanken der Autonomie so: Es war nötig innerhalb kurzer Frist das Land der Tschuwaschen, das ein sehr niedriges Stadium der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung — keine Industrie, keine Lehranstalten — besaß und geistig rückständig war, an das Lebensniveau des gesamten Sowjetstaates anzugeleichen.“

Wie sah das real aus?

„Erstens muß man berücksichtigen, daß sich die Tschuwaschen unter der Zarenherrschaft in allen Beziehungen beeinträchtigt fühlten. Und ich stelle mir die Autonomie eben vor allem als mächtigen Hebel vor, der dem Volk hilft, an seine inneren Kräfte zu glauben.“

Das dürfte eine sehr richtige Beobachtung sein. Liest man die Protokolle der ersten Versammlungen, Parteitage und Tagungen, auf denen die Prinzipien und die konkreten Aufgaben zur Schaffung der tschwaschischen Staatlichkeit erörtert wurden, muß man über den Enthusiasmus staunen, von dem buchstäblich alle durchdrungen

waren. Die halbgebildeten und sogar analphabetischen Menschen spürten, daß sie selbst den Charakter der Staatsmacht bestimmen, das sie selbst jene vermessenen Pläne, mit denen sie früher nie zu tun hatten, aufstellen und natürlich auch erfüllen müssen.

„Ich glaube“, fährt Ilja Prokopjew fort, „daß die Stärke des Leninschen Herangehens an die Autonomie kleiner Völker vor allem darin besteht, daß er bemüht war, deren innere Hemmungen zu überwinden und ihre Initiativen zu entwickeln. Natürlich mußte gleichzeitig die materielle Basis geschaffen werden, wobei eine riesige staatliche Hilfe zu leisten war. Auch geistig mußte der Mensch wachsen. Betrachtet man heute den Entwicklungsstand der Produktion, der Landwirtschaft und Kultur, erkennt man leicht, wie überaus ersprießlich dieser Gedanke war. Jene, die auf einer rückständigen Stufe standen, haben in 60 Jahren einen solchen Sprung getan, daß sie es selbst manchmal nicht glauben können. Als Beispiel möchte ich anführen, daß wir heute in der Republik an einem halben Tag so viel produzieren, wie wir in den ersten Jahren nach der Revolution in 12 Monaten produziert haben. In der Zahl der Studenten pro 10 000 Einwohner hat die Tschuwaschische ASSR England, Frankreich, Italien, die BRD und Japan weit übertroffen... Wir sagen, daß wir drei Schätze besitzen: hunderttausend Worte, hunderttausend Lieder und hunderttausend Stickmuster.“

Dann fährt er fort:

„Wir leben in einem riesigen sozialistischen Staat. Genießen alle Vorzüge des Mitglieds einer multinationalen Familie. Dabei aber besitzen wir Eigenstaatlichkeit und lösen viele unserer Aufgaben nach eigenem Willen und mit eigenen Kräften. Wir sind nicht arm“, schloß der Sekretär des Gebietskomitees. „Aber ich möchte nicht, daß bei den Lesern der ‚NZ‘ der Eindruck entsteht, als sei bei uns alles wolkenlos und ohne Probleme. Nein, wir haben z. B. gerade einen sehr harten Winter in der Viehzucht hinter uns. Man denke nur, drei schlechte Erntejahre. In unserer Kartoffelgegend reichten nicht einmal die eigenen Kartoffeln. Futterstroh mußten wir von sonst woher holen. Doch auch in dieser Not blieben wir nicht ohne Hilfe. Denn sozialistische Autonomie bedeutet einmal einen hohen Grad an staatlicher Selbständigkeit jedes Volkes und das andere Mal die unerhört feste Einheit aller Völker des Sowjetlandes.“

Tscheboksary—Moskau

Die meisten jetzigen Konflikte in Afrika scheinen auf den ersten Blick in keinem Zusammenhang zu stehen. Es sieht so aus, als sei das verstärkte aggressive Vorgehen des RSA gegen Angola z. B. von den Differenzen in der OAU (Organisation der Afrikanischen Einheit) wegen des Westsahara isoliert, und diese Differenzen wiederum hätten nichts mit dem Beschuß Zaires zu tun, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder aufzunehmen. Praktisch aber sind alle Konfliktsituationen, die in Afrika seit einem oder anderthalb Jahren entstanden, auf offene oder geheime Aktionen der USA zurückzuführen. Washington ist unverkennbar entschlossen, die afrikanische Einheit zu sprengen, der OAU ihre antiimperialistische Orientierung zu nehmen und Afrika in verfeindete Gruppierungen zu zersplittern, denen man leicht den eigenen Willen diktieren könnte.

Zu einer bevorzugten Zielscheibe für Provokationen haben sich die USA Libyen ausgesucht. Das Weiße Haus meint, der antiimperialistische Kurs Oberst Ghaddafis und seine Hilfe an die nationale Freiheitsbewegung brächten die amerikanischen Interessen in Gefahr. Er ist zum Feind Nr. 1 der USA gestempelt worden. Um Libyen in Afrika zu isolieren und durchzusetzen, daß die nächste Tagung der OAU in Tripolis in eine andere Hauptstadt verlegt wird, zog Washington voriges Jahr eine lautstarke Kampagne gegen Libyen auf. Als sich aber die afrikanischen Spitzenpolitiker nicht erpressen ließen und ihrem Beschuß bestätigten, die 19. Tagung im August in der Hauptstadt Libyen abzuhalten, erklärte die US-Regierung, sie werde Libyens Nachbarländern von jetzt an mehr militärische Hilfe leisten. Tatsächlich sind diese Subventionen an Tunesien und den Sudan erhöht worden. Auch Ägypten wird wesentlich mehr unterstützt.

Die Folge von Provokationen gegen Libyen hat nichts ausgerichtet. Washington hat nur erreicht, daß Reagans Politik nicht allein in Afrika, sondern in der ganzen Welt noch mehr kritisiert wird. Selbst die westeuropäischen Bündnispartner haben Befremden geäußert. Großbritannien hat erklärt, seine Beziehungen zu Libyen seien normal. Die BRD hat den Versuch, Libyen zu isolieren, verurteilt, und der französische Außenminister Cheysson hat gesagt, Frankreich sehe Libyen nicht als „internationale subversive Kraft“ an und beabsichtige die normalen Beziehungen zu ihm allmählich wiederherzustellen.

Bei den Versuchen, die Lage in Libyen zu destabilisieren und die

STRIPPENZIEHER DER ZWISTIGKEITEN

Boris ASSOJAN

OAU vor ihrer 19. Tagung noch mehr Schwierigkeiten zu machen, haben die USA beim Anfachen des Bürgerkriegs im benachbarten Tschad — des längsten Krieges in der Geschichte des unabhängigen Afrikas — mit Hand angelegt.

Für die USA war dieser Krieg nur als zusätzliches Druckmittel gegen Libyen, als Faktor beim Aufheizen der Spannungen zwischen den Staaten Afrikas von Interesse. Er bot ihnen Gelegenheit, Ghaddafi subversiver Umtriebe gegen den Nachbarn im Süden zu bezichtigen und die amerikanische Militärpräsenz in Nordafrika unter Vorschützung der angeblich von Libyen ausgehenden Bedrohung aufzustocken.

afrikanische Einheit. Darüber sprach besorgt der Generalsekretär der OAU, Edem Kodjo, in seiner Rede zum Jahrestag dieser Organisation.

Je näher die OAU-Tagung rückt, desto deutlicher werden die Versuche der USA, auf eine Liquidierung dieser Organisation hinzuwirken. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Beschuß Zaires vom Mai zu sehen, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder aufzunehmen. Dieser Schritt der Regierung Mobutu verstößt gegen den Beschuß der OAU zu einer der wichtigsten, grundsätzlichen Fragen nicht nur der afrikanischen Einheit, sondern auch der afroarabischen Solidarität. (Es sei daran erinnert, daß die Länder Afrikas ihre Beziehungen zu Israel nach dem Krieg von 1973 abbrachen.) Die meisten afrikanischen und arabischen Spitzenpolitiker sind zu der Ansicht gelangt, daß Zaire unter dem Druck der Regierung Reagan so gehandelt hat. Sie weisen dabei auf die fast völlige Abhängigkeit der Wirtschaft Zaires von ausländischem, vor allem amerikanischem Kapital hin. Auch ist es der afrikanischen und arabischen Öffentlichkeit nicht entgangen, daß Präsident Mobutu im Dezember v. J. in den

USA war, wo offenbar die Beziehungen zu Israel zur Sprache gebracht wurden.

Washington rechnet darauf, daß das über die Kritik seitens afrikanischer Länder gekränktes Zaire die Teilnahme an der Tagung ablehnen kann und daß andere prowestliche Staaten seinem Beispiel folgen können, solche, die im Westsahara-Konflikt auf Seiten Marokkos sind, als auch solche, die Kontakte mit Israel aufzunehmen wünschen. Jedenfalls — so meinen die USA — könne die Durchbrechung der diplomatischen Blockade gegen Israel in Afrika durch Zaire im bevorstehenden OAU-Gremium zu einer Kardinalfrage werden und die Kritik an der

Politik der USA in den Hintergrund verdrängen.

Bei der Aufrechnung, wer nach Tripolis kommen und wer zu Hause bleiben wird, vergißt die Regierung Reagan nicht, Öl ins Feuer der „alten“ Konflikte zu gießen, namentlich in Angola und Namibia. Washington versucht nicht einmal mehr, sich als Gegner des Apartheid-Regimes aufzuspielen. Umgekehrt, es sportet die RSA zum aggressiven Vorgehen gegen die namibischen Patrioten und gegen Angola an und zieht die friedliche Regelung in die Länge. Damit verfolgen die USA Ziele auf weite Sicht: Sie wollen die an seltenen Bodenschätzen so reiche Region unter westlicher Kontrolle halten und eine Aufhebung der Apartheid in der RSA vereiteln. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang folgendes Eingeständnis des Leiters des US-Instituts für Konfliktforschung, das für seine Verbindungen mit der CIA bekannt ist. Am 17. April v. J. erklärte er in einem Interview für die amerikanische Zeitschrift „National Review“: „Die eigentliche Priorität ist, SWAPO daran zu hindern, in Namibia an die Macht zu kommen, denn falls ihr das gelingt, ist Südafrika total isoliert.“

Deshalb eben hat die Regierung Reagan voriges Jahr den Schritten der CIA zum Sturz der Regierungen von Sambia, Moçambique sowie der Seychellen zugestimmt. Nur dank der Wachsamkeit der Sicherheitsorgane dieser Länder flogen die Komplotten auf. Washington gibt jedoch die Hoffnung nicht auf, einen Schlag gegen die afrikanische Einheit auch im Süden Afrikas führen zu können. Zu diesem Zweck suggerieren die USA manchen Spitzenpolitikern Afrikas den Gedanken, daß die Freiheit Namibias von einer Zurücknahme der kubanischen Truppen aus Angola abhänge. Dabei ist doch bekannt, daß sich diese Truppen auf Ersuchen der angolanischen Regierung dort befinden, der sie bei der Verteidigung des Landes gegen die Aggression der RSA helfen. Die in der Presse veröffentlichte angolanisch-kubanische Erklärung hierzu ist eine entschiedene Abfuhr an Washington.

Die USA suchen und benutzen jede Gelegenheit, um die bevorstehende OAU-Tagung zu vereiteln und dadurch die Lage in Afrika noch komplizierter zu machen. Und dabei wiederholt Washington ein übers andere Mal, es sei ein Freund der Völker Afrikas. Diese erkennen aber immer deutlicher, was von solchen Beteuerungen zu halten ist, und antworten Washington etwa in dem Sinne, daß solche Freunde schlimmer als Feinde sind. ■



Der Süden Afrikas im rassistischen Fadenkreuz

Zeichnung aus der Zeitschrift der südafrikanischen Patrioten „Sechaba“

Washington hat auch beim Schüren eines anderen Konflikts — desjenigen wegen der Westsahara — seine Hand im Spiel. Gegenwärtig lehnen 19 Länder Afrikas den vor einigen Monaten gefassten Beschuß der OAU ab, die ADSR (Arabische Demokratische Sahara-Republik) aufzunehmer Marokko, das das Gebiet dieser früheren spanischen Kolonie beansprucht, droht, es werde sich nicht an der 19. OAU-Tagung beteiligen, falls eine Delegation der ADSR nach Tripolis eingeladen werden sollte. Ebenso verhält sich eine Reihe anderer Staaten Afrikas, die außenpolitisch einen prowestlichen Kurs steuern. Die entstandene Situation bedroht ganz unmittelbar die

„DORA“ MELDET

Prof. Dr. Fjodor WOLKOW

Nachdem Hitler und seine Generale Frankreich geschlagen und England in eine äußerst schwere Lage gebracht hatten, rüsteten sie für den Krieg gegen die UdSSR.

Die sowjetischen Kundschafter mußten vor allen Dingen herausfinden, ob Hitler erst in die UdSSR einfallen oder erst die geplante Invasion in England ausführen wird, und falls das erstere geschehen sollte, so wann.

Am 31. Juli 1940 informierte Hitler den Generalstab über seinen Entschluß, Kampfhandlungen gegen die UdSSR einzuleiten, und forderte dafür die Bereitstellung von 120 Divisionen, so daß im Westen 60 verbleiben sollten. Rössler erfuhr davon und suchte nach einer Möglichkeit, die Sowjetregierung zu warnen.

Am 5. Dezember 1940 überreichten Generalstabschef Halder und der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, Hitler den Plan für den Überfall auf die UdSSR. Er trug den Kodennamen „Otto“, und Hitler unterschrieb ihn am 18. Dezember 1940, gab ihm aber den Namen „Barbarossa“. Der Plan wurde nur in neun Exemplaren vervielfältigt und streng geheimgehalten. Das Oberkommando des Heeres, der Luftwaffe und der Marine bekamen je eins. Die übrigen sechs blieben beim Stab des OKW im Lager Maybach. Durch Freunde erhielt Rössler einen Originaldurchschlag.

„Lucy“ wußte, wie wichtig der Inhalt der Aktenstücke für die Sowjetregierung war, und suchte nach einer Möglichkeit, ihn durchzugeben. Wie Radó schrieb, war Rössler außer sich darüber, daß die von ihm zusammengetragenen wertvollen Informationen über Hitlerdeutschland, „die er mit Wissen der Leitung der schweizerischen Aufklärung den Engländern zuleitete, systematisch nicht für den Kampf gegen Hitlerdeutschland verwendet wurden“.

Offenbar wurde der Barbarossa-Plan spätestens im März 1941 der sowjetischen Aufklärung durchgegeben. Wie Marschall Shukow in seinen Erinnerungen schreibt, unterbreitete der Chef des Hauptaufklärungsamtes des Generalstabs der Roten Armee, General Golikow, der Führung am 20. März einen Bericht, in dem Varianten der eventuellen Richtungen angegeben waren, in denen die Naziwehrmacht beim Überfall auf die UdSSR zuschlagen werde.

Auch durch andere Kanäle bekam Radó Informationen über die für den Überfall auf die UdSSR taten sehr viel für die Abwehr der Naziaggression. Von 1939 bis Juni 1941 wurde die Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte fast verdreifacht, wurden 125 neue Divisionen gebildet. Die Industrie wurde auf einen Krieg umgestellt. Die Truppen bekamen neue Waffen und Kampftechnik. Truppen-

Neben Richard Sorges Meldungen aus Tokio waren dies die genauesten Angaben über die Angriffspläne der Nazis.

„17.6.41. An den Direktor.

An der sowjetisch-deutschen Grenze stehen rund 100 Infanteriedivisionen, von denen ein Drittel motorisiert ist. Außerdem 10 Panzerdivisionen. In Rumänien befinden sich besonders viele deutsche Truppen bei Galați. Zur Zeit machen sich ausgesuchte Elitedivisionen zu besonderer Verwendung bereit, darunter die 5. und 10., die im Generalgouvernement* (in Polen) „stehen.“

Anfang Juni 1941 funkte Radó folgendes an die Zentrale:

„Sämtliche motorisierten deutschen Truppen teile an der sowjetischen Grenze sind in ständiger Bereitschaft...“

Besonders wichtig war der Funkspruch „Doras“ vom 18. Juni 1941:

„Hitlers Überfall auf Rußland ist für die nächsten Tage festgesetzt.“

Neben Richard Sorges Meldungen aus Tokio waren dies die genauesten Angaben über die Angriffspläne der Nazis.

Die Regierung, das Volkskommisariat für Verteidigung und der Generalstab der Sowjetunion taten sehr viel für die Abwehr der Naziaggression. Von 1939 bis Juni 1941 wurde die Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte fast verdreifacht, wurden 125 neue Divisionen gebildet. Die Industrie wurde auf einen Krieg umgestellt. Die Truppen bekamen neue Waffen und Kampftechnik. Truppen-

Die Aufklärungsgruppe und Rösslers Organisation funktionierten weiter, die erste bis 1943–1944, die zweite bis zum Sieg über den Faschismus.

Nach Hitlers Überfall bestätigte, daß die Meldungen der Kundschafter genau gestimmt hatten.

Radós Aufklärungsgruppe und Rösslers Organisation funktionierten weiter, die erste bis 1943–1944, die zweite bis zum Sieg über den Faschismus.

Nach Hitlers Überfall auf die UdSSR erteilte die Zentrale der Gruppe Radós immer neue Aufträge. Sie verlangte Antworten auf schwierigste Fragen: nach den Absichten des OKW, nach Verschiebungen der deutschen Truppen und ihren Waffen, nach der Außenpolitik Deutschlands und seinen Beziehungen zu Italien, nach Industrie und Handel des Nazireichs. Auch wollte man wissen, wie das Verhältnis zwischen Hitler und den obersten Stäben war, wie die Feld-

„21.2.41. An den Direktor

Nach Angaben, die ich von einem Offizier der schweizerischen Aufklärung erhalten habe, hat Deutschland jetzt im Osten 150 Divisionen. Nach seiner Ansicht wird Deutschland seine Aktion Ende Mai anfangen.

„Dora.“

Bekanntlich hat Hitler den Termin wegen des hartnäckigen Widerstandes aufgeschoben, der der Wehrmacht in Jugoslawien und Griechenland geleistet wurde. Ende März funkte Radó an die Zentrale: „Hitler hat die Operation (Barbarossa) im Zusammenhang mit der Aggression gegen Jugoslawien um vier Wochen aufgeschoben.“

Die Information stimmte

Radó bekam über seine Informanten ziemlich genaue Meldungen über die Verlegung von Wehrmachtdivisionen nach Osten, an die Grenze der UdSSR, über ihre zahlenmäßige Stärke und Bewaffnung und leitete die Nachrichten an die Zentrale weiter:

* Fortsetzung. Anfang s. Heft 25

marschälle, Reichsleiter und hohen Nazidiplomaten die Kriegsaussichten einschätzten, was über Umstellungen in der Generalität und über Verluste der Deutschen bekannt sei, an welchen militärotechnischen Neuheiten der Gegner arbeite und welche er schon in die Serienproduktion gegeben habe.

Es kostete viel Mühe, Wagemut und Wissen, eine beliebige dieser Fragen zu beantworten. Sie wider-spiegeln den Puls des Geschehens an der sowjetisch-deutschen Front. Die genaue und rechtzeitige Infor-

von einem japanischen Angriff gegen die UdSSR könne keine Rede sein, solange Deutschland an den Fronten keine entscheidenden Siege davongetragen habe. Dank dieser Kenntnis konnte das sowjetische Oberkommando Truppenteile der Roten Armee vom Fernen Osten nach Westen verlegen und vor Moskau — auf dem Feld von Borodino, bei Dmitrow, Jachroma, Istra und Wolokolamsk — vernichtende Schläge gegen die Armeegruppen Rundstedts, Guderians, Leeb's und Hoths führen. Vor Moskau wurde das Märchen von der Unbesiegbarkeit der Naziwehrmacht zu Grabe getragen und scheiterte Hitlers Blitzkriegsdoktrin.

Im November 1941 gab Hitler Befehl zu einer neuen Offensive gegen Moskau. „Dora“ meldete:

„9.12.41. An den Direktor. Von Louise* aus Berlin.“

„Die neue Offensive gegen Moskau ist nicht auf strategische Pläne zurückzuführen, sie erklärt sich mit der in der deutschen Armee herrschenden Unge-

haltenheit darüber, daß seit 22. Juni kein einziges der anfänglich gesteckten Ziele erreicht wurde. Wegen des Widerstands der sowjetischen Truppen mußten die Deutschen den Plan Nr. 1 — Ural, den Plan Nr. 2 — Archangelsk—Astrachan und den Plan Nr. 3 — Kaukasus ... aufgeben.“

Der Sieg der sowjetischen Truppen vor Moskau hatte weltgeschichtliche Bedeutung. Dort erlitt Hitlerdeutschland, dessen Truppen bis dahin siegreich durch Brüssel, Kopenhagen, Den Haag und Paris marschiert waren, eine vernichtende Niederlage. Radó funkte:

„Die führenden Generale im OKW rechnen jetzt auf etwa 30 Monate Krieg...“

... Ende September hatte die deutsche Armee 400 Divisionen aller Waffengattungen, außerdem 1 500 000 Mann

in der Organisation Todt* und 1 000 000 Mann verschiedene Luftwaffenreserven... In Frankreich stehen jetzt 20—22 Divisionen, deren Moral ungefestigt ist..., Fälle von Fahnenflucht kommen vor... Anfang Oktober wurden Truppen aus Bordeaux nach dem Osten verlegt.“

Vor Moskau halfen aber auch die aus dem Westen geholten Truppenteile nichts. Durch „Long“**, einen Obersten des schweizerischen Generalstabs, der sich am 11. Dezember 1941 mit dem Adjutanten Generalfeldmarschall von Brauchitschs, unterhalten hatte, wurde das Urteil über die Ergebnisse der Schlacht vor Moskau bekannt. Dieser und viele im OKW hielten den Krieg von da an für verloren. Radó meldete das nach Moskau.

Die Wehrmacht verlor während der Gegenoffensive der Roten Armee im Dezember 1941 und Januar 1942 mindestens 300 000 Mann an Toten und Verwundeten.

Nach der vernichtenden Niederlage vor Moskau gab der erboste Hitler folgenden führenden Militärs den Abschied: Generalfeldmarschall von Brauchitsch, Generalfeldmarschall von Bock (Heeresgruppe Mitte), Generalfeldmarschall von Rundstedt (Heeresgruppe Süd), den Befehlshabern von Panzerverbänden General Guderian und General Hoepner und 35 kommandierenden Generälen. „Dora“ teilt das alles der Zentrale mit.

Aus erster Hand

Nach den Siegen über die Wehrmacht vor Moskau, Rostow und Tichwin führte die Rote Armee ihren erfolgreichen Winterfeldzug von 1941/42 durch. Um Revanche zu nehmen, orientierte sich das OKW nach wie vor auf eine endgültige Niederlage der UdSSR und eine Beendigung des Krieges im Sommer 1942. Laut Plan des OKW sollte der Hauptschlag am Südabschnitt der Ostfront erfolgen.

* Die Organisation baute, auch Verteidigungsstellungen und Befestigungen

** So nannte man einen Ex-Kundschafter vom 2. Büro des französischen Generalstabs, der 1940, nach Frankreichs Niederlage, in die Schweiz emigrierte



Am 2. Februar 1943 kapitulierten die Nazitruppen in Stalingrad. Unser Bild: Der Befehlshaber der 6. deutschen Heeresgruppe, Paulus (links), wurde von sowjetischen Truppen gefangen genommen

mation half der Roten Armee, den starken und tückischen Feind zu besiegen.

Die nächsten und ferneren Ziele

Zehn Tage nach dem Einfall Hitlerdeutschlands in die UdSSR meldete „Dora“ der Zentrale, das nächstliegende Ziel des deutschen Angriffs laut Plan 1 sei die Einnahme Moskaus. Der Hauptschlag solle von den Panzertruppen der Generale Guderian und Hoth geführt werden.

Die Nazis rüsteten zum entscheidenden Angriff auf Moskau und hofften, den Krieg siegreich zu Ende zu führen. Radó erfuhr wieder von den Plänen des OKW. Er funkte:

„Die Deutschen bereiten den Angriff auf Moskau für den 14. Oktober vor.“

Die große Oktoberoffensive der Wehrmacht vor Moskau endete bekanntlich mit einem Fiasco. Zu diesem Sieg hatten Radó und Sorge beigesteuert, sie hatten gemeldet,

* Die schweizerische Aufklärung

Ende März 1942 funkte „Dora“ dem „Direktor“:

„a) Letzter Termin für den Abschluß der Vorbereitungen zur Frühjahrsoffensive: 22. Mai. Beginn der Offensive zwischen dem 31. Mai und 7. Juni.

b) Nach deutscher Schätzung werde die Einnahme der nordkauasischen Ölquellen genügen, um das fehlende Benzin zu beschaffen.“

Anfang April kamen über „Louise“ neue Angaben über die Vorbereitungen zur deutschen Offensive, die „Dora“ weitergab:

„An den Direktor.

Anfang März wurden ganz Ostdeutschland, Polen, das Baltikum und das von Deutschland besetzte Gebiet der UdSSR, besonders dessen Süden, mit den für die Frühjahrsoffensive bestimmten Truppen angefüllt. Es sind zweifellos mehr Truppen und besonders Kriegstechnik als im Juni 1941.“

Am 6. April der nächste Funk-spruch an die Zentrale:

„An den Direktor. Von Louise.

1. In Odessa und Nikolajew treffen täglich Fallschirmjäger, SS- und Panzertruppen ein.

2. Königsberg, Warschau und Insterburg sind von Truppen für die Offensive überfüllt. Diese Räume werden verstärkt vor Luftangriffen geschützt.

3. In Saporosjje sind viele Transportflugzeuge zusammengezogen. Stalino (Donezbecken) ist die Hauptsammelstelle von Panzern. In Smolensk sind viele Eisenbahnzüge und ein großes Pionertruppenlager.“

Solche Meldungen wurden fast jede Nacht von „Dora“ nach Moskau gefunkt.

Ende Juni begann Hitler die Großoffensive vor Woronesch. Die Nazitruppen drängten nach der Wolga und dem Kaukasus.

Das sowjetische Oberkommando durchschautete die Absicht der Generale Hitlers, die Truppen der Südwest- und der Südfront einzukesseln und aufzureißen. Meldungen Radós halfen die Operationspläne des OKW erkennen.

Obwohl der Gegner zeitweilige Erfolge erzielen, das Donezbecken besetzen, den großen Donbogen erreichen und Stalingrad und den Nordkaukasus direkt bedrohen konnte, machte das sowjetische Oberkommando die Pläne der Generale Hitlers zunichte. Zum Sieg der sowjetischen Armee an der Wolga, wo im Sommer und Herbst 1942 eine der größten Schlachten des zweiten Weltkriegs ausgetragen wurde, haben auch Radó, Rössler und ihre Helfer eine beachtliche Beisteuer geleistet.

Am 19. November 1942 gingen die Südwest- und die Donfront, nachdem sie den Feind in Verteidigungskämpfen aufgerieben hatten, gleichzeitig zum Angriff über. Bald da-

nach brachten die Südwest- und die Stalingrader Front die Einkesselung der 6. Heeresgruppe Generalfeldmarschall von Paulus' zum Abschluß. Das OKW tat alles, um den Ring der sowjetischen Truppen um Stalingrad zu sprengen.

Am 11. Dezember bekam Radó von „Lucy“ die Wiedergabe folgender Botschaft Hitlers:

„An Paulus. Beginne morgen Angriff, um Sie herauszuholen. Rechne darauf, Weihnachten mit Ihnen zu feiern. Hitler.“

Daraus wurde nichts, obwohl das OKW alles tat, um Paulus freizusetzen.

Das sowjetische Oberkommando beauftragte die Donfront unter General Rokossowski, die in Stalingrad eingekreiste Naziarmee aufzubrechen. Am 2. Februar 1943 kapitulierte diese.

In der großen Schlacht an der Wolga wurden zwei deutsche, zwei rumänische und eine italienische Armee von der Roten Armee vernichtet geschlagen.

Die Zentrale aber gab den Aufkläfern neue schwierige Aufträge, es verlangte Angaben über die neue deutsche Kriegstechnik, über die

Zahl der Kampfflugzeuge und ihre Verluste an der Ostfront.

Radó funkte diese höchstwichtigen Angaben:

„Die deutsche Luftwaffe hat jetzt 22 000 Maschinen an der ersten und zweiten Linie ... täglich werden 10—12 Sturzbomber geliefert ... Die Verluste an der Ostfront: 45 Maschinen täglich.“

Gleich als das OKW einen neuen Messerschmitt-Jäger bekam, informierte „Dora“ die Zentrale darüber:

„10.12.41. An den Direktor.

... Das neue Messerschmitt-Flugzeug hat zwei Geschütze und zwei MGs. Sie sind alle in den Tragflächen installiert Geschwindigkeit: 600 km/h.“

Alle diese äußerst wichtigen Angaben wurden aus zuverlässigen Quellen beschafft, so z. B. diejenigen über neue Flugzeugtypen, ihre Produktion und die Verluste an der sowjetisch-deutschen Front durch „Long“ von einem Vertreter der Deutschen Lufthansa. Der „Direktor“ dankte Radó und seiner Gruppe mehrmals für ihre Leistungen und die zügige Weitergabe wichtiger Informationen.

(Schluß folgt)

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 9

III. Der unerschütterliche Bund freier Republiken

3. Край заоблачных гор

Таджикская Советская Социалистическая Республика (Таджикистан) — одна из самых высоких республик Советского Союза. 93 процента ее территории занимают горы. Но определение «высокий» характеризует сегодня многие стороны ее жизни. Это республика высокой культуры, с высокоразвитой промышленностью, здесь собирают самые высокие урожаи хлопка.

До Великой Октябрьской социалистической революции на географических картах даже не встречалось слово «Таджикистан», хотя издавна была известна горная страна, населенная трудолюбивым народом — таджиками. Этот народ, подаривший человечеству всемирно известных поэтов: Рудаки, Фирдоуси, Хайяма, был беден и бесправен. Возродила древний народ Октябрьская революция. В былье времена на одного грамотного здесь приходилось 200 неграмотных, а среди женщин не было ни одной грамотной. Сейчас в 7 высших учебных заведениях обучается 36 тысяч студентов. Изменилось и положение женщины. В старое время женщина не могла выйти на улицу без специального покрывала — паранджи. А сейчас женщины работают на производстве, руководят учреждениями, являются депутатами Верховного Совета. Женщинам по старым законам запрещалось петь и танцевать в присутствии мужчин. Теперь таджикская балерина Малика Сабирова, народная артистка СССР, танцует на лучших сценах Америки, Италии, Франции, Японии.

Таджикистан может по праву гордиться своими газетами, журналами и книгами. Ведь до революции у таджиков не было своей печати. Имена таких писателей, как Айни, Турсун-заде знают не только вся наша страна, но и зарубежные читатели.

Столица республики — Душанбе — город с полумиллионным населением. А прежде это был кишлак с глинняными домами, в которых жило не более пяти тысяч человек. Пустынные, душные, пыльные, едва освещенные улицы старого Душанбе не имеют ничего общего с современным обликом города.

Когда-то Таджикистан называли страной классического бездорожья. Считали, что дороги построить нельзя из-за высоких гор, покрытых вечными снегами. Сейчас проблему путей сообщения между городами решила авиация.

Таджикский народ сегодня вместе с другими народами Советского Союза уверенно идет к новым высотам социалистического и экономического про-гресса.

Übung: Übersetzen Sie obigen Text.

DISKUSSION MIT DEM LESEN

Wiederholte ich gelesen, daß Ronald Reagan dank der Unterstützung des Big Business die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat und eifrigst seine Schulden abarbeitet. Wenn dem so ist, warum wendet er sich dann so wütend gegen den UdSSR-Handel? Die amerikanischen Geschäftleute sind doch an ihm interessiert, durch die „Sanktionen“ des Präsidenten aber verlieren sie vorteilhafte Aufträge.

W. STADNIK

Pirjatin, Gebiet Poltawa,
Ukr. SSR



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Ronald Reagan ist ja ins Weiße Haus als Verfechter uneingeschränkter Freiheit des Unternehmertums und als Gegner der Einmischung der Regierung in die Angelegenheiten des privaten Business eingezogen. Und alle anderthalb Jahre seiner Regierungszeit beschwört der Präsident seine Treue zum „freien Handel“. Trotzdem werden unter der derzeitigen Washingtoner Administration noch umfassender als unter Carter diverse Handelsrestriktionen gegen die UdSSR verhängt.

Hierbei ignorieren die US-Regierung ebenso wie die Falken im Kongreß, daß eine derartige Politik vor allem der amerikanischen Wirtschaft schadet. Davor war z. B. im Mai auf Hearings im Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses die Rede. Durch die Reaganschen „Sanktionen“ konnte die Caterpillar Tractor der UdSSR 200 Rohrlegemaschinen nicht liefern und erlitt einen Verlust von 90 Mio Dollar, teilte der US-Kongreßabgeordnete Findley mit. 5000 Arbeiter mußten entlassen werden. Die Konkurrenzfähigkeit und das Image der Firma verlunden großen Schaden. Soweit die Verluste nur einer Firma. Insgesamt verloren US-Geschäftleute in einem halben Jahr durch die „Sanktionen“ an die 850 Mio Dollar und die Werktaulgen Zehntausende Arbeitsplätze.

Wie Sie sehen, Genosse Stadnik, ist zwischen Worten und Taten der US-Administration ein riesiger Abstand. Die Ursachen für den von Ihnen bemerkten Widerspruch — die mit Unterstützung des Big Business an die Macht gekommene Administration schädigt eben dessen Interessen — müßten, wie ich meine, in ihrem fanatischen Antisowjetismus gesucht werden.

Bedeutet das, die Außenpolitik wäre für die herrschenden Kreise der USA wichtiger als das Business geworden? Keineswegs. Bringt ja im heutigen Amerika der Antisowjetismus den Falken im Kongreß und in der Regierung nicht nur politische Dividenden. Er ist eine wahre Goldgrube für jenen Teil des US-Business, das sich am Wettrüsten gesundstößt.

Da stellt sich die Frage, warum für frühere Administrations, z. B. für Nixon oder Ford, die man gleichfalls schwerlich besonderer Sympathien für unser Land verdächtigen kann, der UdSSR-Handel keine Bedrohung der Interessen Amerikas darstellte? Verfügten ja auch damals die Falken und die Lobbyisten des Militär-Industrie-Komplexes über nicht geringen Einfluß an den Schaltthebeln der Macht.

Über nicht geringen, doch nicht über den alles überwiegenden Einfluß. In den letzten Jahren haben militaristische Politiker mit aktiver und freigebiger Unterstützung der Rüstungsmagnaten die Schlüsselposten im politischen Establishment inne. Gerade sie wollen keineswegs mit den Interessen nicht nur der Mehrheit des amerikanischen Volkes rechnen — und dessen Streben nach friedlichen Beziehungen zur UdSSR steht außer Zweifel —, sondern nicht einmal mit den Gruppierungen des Monopolkapitals, denen der Militarierungskurs spürbaren Schaden zufügt.

Die Aufblähung der Rüstungsausgaben ist bekanntlich die Hauptursache für das von Jahr zu Jahr zunehmende Defizit des Bundeshaushalts. Um die Hochrüstung weiter voranzutreiben, flickt die Regierung die Haushaltlöcher mit immer neuen Anleihen. Das aber führt seinerseits dazu, daß die Diskontsätze selbst im Tiefpunkt der Wirtschaftskrise hoch bleiben. Die Regierungskräfte erschöpfen die Finanzmärkte nicht nur der USA, sondern auch Westeuropas, während vielen, selbst großen Unternehmen der zivilen Bereiche der Bankrott droht. US-Wirtschaftsexperten haben errechnet, daß durchschnittlich 36 amerikanische Firmen stündlich pleite gehen.

Im ersten Quartal d. J. sind die Profite der meisten führenden US-

Konzerne gesunken, und die Auto-, die Stahl- und die Bauindustrie haben sogar große Einbußen erlitten. Dafür florieren die Rüstungskonzerne weiter. Die führenden Auftragnehmer des Pentagon wie die United Technologies können auf Profitraten von 13,5%, die Litton Industries von 17,9% und die Lockheed sogar von 30,4% verweisen.

Übrigens hatten die Litton Industries zusammen mit der kalifornischen Bank of America Reagans Wahlkampagnen bereits zu einer Zeit finanziert, als jener auf den Stuhl des Gouverneurs von Kalifornien wollte. Kein Wunder, daß Reagan dann als Präsident seine alten Freunde nicht vergißt.

Und Henry Jackson, der „Senator von Boeing“, wie er oft in der Presse genannt wird! Er führte die Hand beim Amendment zu dem 1974 vom Kongreß verabschiedeten Handelsgesetz, wodurch die Erfüllung des sowjetisch-amerikanischen Handelsabkommens vereitelt wurde. Kürzlich zeichnete sich Jackson erneut aus — diesmal im Gefecht zwischen Boeing und Lockheed um einen Milliardenauftrag des Pentagon. Jacksons Druck ließ den Senat für Boeing-Maschinen stimmen, obgleich im Pentagon Lockheed-Maschinen vorzog wurden.

Diese kleine Episode zeigt wohl besonders deutlich, daß sich jene, die am lautesten von einer „sowjetischen Bedrohung“ schreien, vor allem ihr eigenes militaristisches Business angelehen sein lassen. Sie kümmert der traurige Zustand der zivilen Wirtschaftszweige überhaupt nicht, nein, sie sind bereit, selbst den Partnern der Falken-Allianz an die Gurgel zu gehen.

Auch bei jenen US-Firmen, die vorteilhafte sowjetische Aufträge nicht verlieren wollen, hat man in Washington nur das Eigeninteresse im Auge. Dieser Tage wurde das erneut bestätigt durch die Ablehnung der Bitte von General Electric und Caterpillar Tractor vom Weißen Haus, die Erfüllung des von ihnen seit langem geschlossenen Kontrakts über Lieferungen von Anlagen für die sibirische Gaspipeline nicht zu stören. Überdies untersagte der Präsident solche Lieferungen sogar Auslandsfilialen amerikanischer Firmen, was die Handelsgegensätze zwischen den USA, Westeuropa und Japan weiter verschärft.

Egoismus hat stets die bürgerlichen Politiker charakterisiert. Doch einen solchen Parasitismus an den schweren Wirtschaftsproblemen des eigenen Landes und seiner Verbündeten, wie die derzeitige Falken-Allianz demonstriert, hat der Kapitalismus noch nicht gesehen.

PS

Reden, ohne was zu sagen

In seinen Erinnerungen schildert Henry Kissinger ein Gespräch mit dem verstorbenen chinesischen Regierungschef Zhou Enlai. Er schreibt: „Ich sagte dem Premier, daß ich mich in seiner Gegenwart neuerdings sehr gehemmt fühle.“ „Warum?“ habe Zhou zurückgefragt und zur Antwort bekommen: „Weil ich eine Bemerkung von Ihnen gelesen habe, ich sei der einzige Mann, der eine halbe Stunde zu reden versteht, ohne etwas zu sagen.“ Zhou habe gekontert: „Ich dachte, ich hätte gesagt: anderthalb Stunden.“

Um einen Pfennig!

Eine Münchner Hausfrau ließ ihren Kühlschrank reparieren und überwies der Firma statt, wie die Rechnung lautete, 72,52 DM nur 72,51. Die Firma erblickte darin böse Absicht und reichte Klage ein. Die Münchner Zeitschrift „Quick“ schreibt dazu, der Prozeß wegen eines Pfennigs sei der Weltrekord in Prozeßsucht.

Gefährlicher Beruf



Ein Eleve der bekannten englischen Schule, die Diener für reiche Häuser Europas ausbildet, bekam eine Stellung in einer vornehmen italienischen Familie angeboten. Diese stellte

aber die Bedingung, daß er lernt, im Auto Verfolgungen zu entgehen, und Nachhilfestunden im Schießen nimmt. Ivor Spencer, der Inhaber der Schule, teilte mit, wegen der überhandnehmenden Entführungen um des Lösegeldes willen habe er Schießen und Judo zu Pflichtfächern für Lakaien, Kammerdiener und Butler machen müssen.

Prestigeauktion



Über eine ungewöhnliche Auktion in Ottawa berichtete die kanadische Zeitung „Globe and Mail“. Versteigert wurde das Recht, mit verschiedenen Politikern zu essen. Am höchsten ausgepreist war ein Essen mit dem Ex-Finanzminister Crosbie — der Berechtigungsschein brachte 140 Dollar. Für 120 konnte man mit Justizminister Chrétien und für 110 mit dem Führer der Neuen Demokratischen Partei, Broadbent, tafeln. Der ehemalige Ministerpräsident Clark und der Senatsspeaker Marchand gingen für lumpichte 105 Dollar.

Den Teufel mit Beelzebub austreiben?

Die in den Städten der USA wütende Kriminalität hat auch auf das flache Land übergegriffen. In der

Siedlung Franklintown (Pennsylvania) haben die Ortsbehörden allen Einwohnern wegen der sich häufenden bewaffneten Überfälle und Einbrüche vorgeschrieben, Schußwaffen zu kaufen. Vorher trat eine gleichlautende Verfüzung in Kennesaw, einem Vorort von Atlanta, in Kraft. Viele Amerikaner sind jedoch der Ansicht, daß gerade der freie Waffenhandel eine Ursache für das Überhandnehmen der Kriminalität ist.

Mit Elefanten gegen Polizisten



Während ein Westberliner Zirkus zu Festspielen in Wien war, hatten zwei Artisten eine lautstarke Auseinandersetzung. Die Polizei mußte eingreifen, aber das Feld räumen, weil die Artisten Elefantenbulle aus dem Zwinger holten. Die Gerechtigkeit siegte jedoch. Die Artisten bekamen 3 bzw. 4 Monate Gefängnis, wegen des kuriosen Falls aber nur bedingt.

Erröten verlernt

Man denke! Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts beschäftigt den Führer einer Sekte in der RSA, Jan Viviers, allen Ernstes die Frage, ob die Afrikaner zu den vernunftbegabten Wesen gehören. Er teilt die Säugetiere in zwei Gruppen ein, in denkende Wesen und Tiere der Erde. Die Weißen zählt er zur ersten, die Dunkelhäutigen zur zweiten Gruppe. Seine absurde „Theorie“ begründet er damit, daß die Weißen einen schmalen großen Unterkiefer und dichtgesetzte Augen hätten und, zum

Unterschied von den Schwarzen, die Fähigkeit zum Erröten besäßen.

Mit Wildwestallüren

Ein gewisser Joseph Billie Gwin (28) aus Phoenix (Arizona) drang ins Studio der Fernsehgesellschaft Kool ein, hielt dem Mann an der Kamera, Louis Villa, die Pistole an den Hinterkopf und forderte — was wohl? — eine halbe Stunde Sendezeit, um die Zuschauer mit seinen Prophezeiungen bekanntzumachen. Der Moderator Bill Close setzte sich mit der Polizei in Verbindung und ersuchte um die Erlaubnis, Gwins Forderung nachzukommen. Er bekam sie, und Gwin sprach über die Zukunftsaussichten, worauf er sich widerstandslos abführen ließ. Über die jetzige Wirtschaftslage in den USA werden die Weissagungen Gwins die Zuschauer kaum hinweggetrostet haben.

Wo die Liebe hinfällt



Pia Curioni aus der italienischen Provinz Novara hat einen gewissen Fulvio Cerutti geheiratet. Der Altersunterschied ist 65 Jahre. „Pia gefällt mir besser als eine Zwanzigjährige“, sagt der 19jährige frischgebackene Ehemann. Auch die 84jährige Ehefrau ist zufrieden. Jetzt ist sie nämlich eine Marquise, weil Cerutti Marquis ist. Ihm hat sie als steinreiche Grundbesitzerin ein ganz schönes Vermögen in die Ehe gebracht.

Zeichnungen:
V. Rosanzew



